

Der Ilisu-Staudamm: Kein Erfolgsprojekt

Zum Hintergrund und aktuellen Stand des größten Staudammprojekts im Südosten der Türkei



Autorinnen
Daniela Setton
Heike Drillisch
Figen Bozyigit
Judith Neyer

in Auftrag gegeben von
Felekna Uca
Mitglied des Europäischen Parlaments

November 2005

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development



weed

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development

Der Ilisu-Staudamm: Kein Erfolgsprojekt

Zum Hintergrund und aktuellen Stand des größten
Staudammprojekts im Südosten der Türkei

Eine Studie, in Auftrag gegeben von
Feleknas Uca, Mitglied des Europäischen Parlaments

November 2005

Autorinnen

Daniela Setton, Projektreferentin WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung), Berlin.
Heike Drillisch, Projektreferentin WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung), Berlin.
Figen Bozyigit, freie Mitarbeiterin WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung), Berlin.
Judith Neyer, Projektreferentin FERN (Forests and the European Union Resource Network), Brüssel.

Redaktion

Daniela Setton

Layout und redaktionelle Mitarbeit

Alexander Kiehne, Berlin

Fotos, soweit nicht abweichend angegeben

Christian Kaiser, Berlin

Titelfotos

Christian Kaiser. Links die antike Stadt Hasankeyf, die vom Ilisu-Staudamm überflutet werden soll, rechts der Birecik -
Staudamm, der im Südosten der Türkei bereits 2000 gebaut wurde. Montage: Alexander Kiehne.

WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development

Torstr. 154
Germany - 10115 Berlin

Tel: +49-(0)30-275 96 643
Fax: +49-(0)30-275 96 928

info@weed-online.org
www.weed-online.de

Inhalt

Vorwort	S. 1
1. Rahmenbedingungen: Die türkische Staudammpolitik	S. 2
1.1. Das Südostanatolienprojekt (GAP)	S. 2
1.2. Die GAP-Staudämme	S. 3
1.3. Massenumsiedlung durch Staudambauten im GAP	S. 5
a. Keine neuen Arbeitsplätze	S. 6
b. Mangelhafte Umsiedlungsplanung	S. 6
c. Die sozialen Folgen von Vertreibung und Umsiedlung	S. 8
1.4. Kulturelle Zerstörung als Folge des GAP	S. 10
1.5. ökologische Auswirkungen der GAP-Staudämme	S. 11
a. Veränderung der Flussökologie und Abnahme der Wasserqualität	S. 12
b. Schädigung der Umgebung der Stauseen	S. 12
c. Zunahme von Krankheitserregern	S. 13
d. Erhöhung der Erdbebengefahr	S. 13
e. Keine ausreichenden kompensatorischen Maßnahmen	S. 13
1.6. Die geostrategische Dimension der türkischen Staudämme	S. 14
2. Hintergrund und aktueller Stand des Ilisu-Staudammprojekts	S. 17
2.1. Der Ilisu-Staudamm, Exportkreditagenturen und das alte Konsortium	S. 17
a. Die Rolle von Exportkreditagenturen	S. 17
b. Kritik an der alten Projektplanung	S. 18
c. Die Auflagen	S. 18
d. Die Kampagne	S. 19
e. Die Reaktion	S. 19
f. Das Scheitern	S. 20
2.2. Das Projektdesign	S. 20
2.3. Das neue Konsortium	S. 20
a. Verkauf der VA-Tech	S. 20
b. Geheimhaltungspolitik	S. 21
2.4. Finanzierungsoptionen für den Ilisu-Staudamm	S. 22
a. Notwendigkeit ausländischer Investoren	S. 22
b. Beteiligung von Exportkreditagenturen?	S. 23
2.5. Vorbereitung zum neuen Umsiedlungsplanung	S. 25
a. Das Ausmaß der zu erwartenden Umsiedlung	S. 26
b. Informationsdefizite und fehlende Konsultationen	S. 27
c. Verschlechterung der Lebenssituation	S. 29
d. Verschärfung der sozialen Situation in den Städten	S. 31
e. Keine öffentliche Akzeptanz für den Ilisu-Staudamm	S. 32

f. schwere Versäumnisse	S. 34
2.6. Kulturgüter	S. 35
a. Flutung der historischen Stadt Hasankeyf	S. 35
b. Angekündigte „Rettungsarbeiten“ zur Bewahrung des kulturellen Erbes	S. 36
c. Zweifelhafte Angemessenheit des Rettungsplans	S. 37
d. Bisher durchgeführte Maßnahmen	S. 38
2.7. Umweltauswirkungen	S. 39
a. Die Türkische Umweltgesetzgebung	S. 40
b. Die Umweltstudien von 1999 und 2001	S. 40
c. Verbesserte Umweltverträglichkeitsprüfung 2005?	S. 41
d. Ungenügender Referenzrahmen für die Umweltverträglichkeitsprüfung	S. 41
2.8. Der Ilisu-Staudamm und der Konflikt um das Wasser	S. 43
a. Der Ilisu-Staudamm als mögliches Machtinstrument	S. 43
b. Reduzierung des Wasserabflusses	S. 42
c. Keine Information und Konsultation mit Irak und Syrien	S. 44
d. Vermeidung internationaler Kooperation	S. 45
e. Erhöhung des Erpressungspotenzials	S. 46
2.9. Politischer Protest gegen den Ilisu-Staudamm	S. 47
2.10. Alternativen zum Ilisu-Staudamm	S. 50
a. Notwendigkeit umfangreicher Prüfung von Alternativen zum Ilisu-Staudamm	S. 50
b. Energiepolitische Alternativen	S. 51
c. Ein innovativer Planungsansatz für Staudammprojekte	S. 51
2.11. Der Ilisu-Staudamm im Kontext der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei	S. 52
a. Mangelnde Umsetzung von Gesetzen	S. 53
b. Zentrale Rolle für die EU-Kommission	S. 53
c. Druck auf Mitgliedsstaaten und europäische Unternehmen	S. 54
3. Fazit und politische Empfehlungen	S. 55
Literatur	S. 58

Verzeichnis der Abbildungen, Tabellen und Info-Kästen

Abbildungen

Abbildung 1.	Die GAP-Region	S. 2
Abbildung 2.	Der Birecik-Staudamm	S. 6
Abbildung 3.	Die 22 Staudämme des GAP	S. 11
Abbildung 4.	Die vom Ilisu-Staudamm betroffene Region	S. 26
Abbildung 5.	Dorfbewohnerin eines Dorfes in der Umgebung von Hasankeyf	S. 30
Abbildung 6.	Gehöft eines Dorfes in der Nähe von Hasankeyf	S. 30
Abbildung 7.	Das markante Minarett der Risk-Moschee in Hasankeyf	S. 37
Abbildung 8.	Fensterportal in Hasankeyf	S. 38

Tabellen

Tabelle 1.	Die Staudämme des GAP (zur Energieproduktion)	S. 4
Tabelle 2.	Kritik am alten Umsiedlungsplan noch aktuell	S. 33

Info-Kästen

Kasten 1.	Sozioökonomische Bedingungen im Südosten der Türkei – die GAP Region	S. 3
Kasten 2.	Die Weltstaudammkommission (WCD)	S. 5
Kasten 3.	Beispiele gescheiterter Umsiedlung: Birecik- und Atatürk Staudamm	S. 8
Kasten 4.	Der Konflikt zwischen türkischer Regierung und kurdischer Bevölkerung	S. 8
Kasten 5.	Vertreibung und die Auswirkungen auf Frauen	S. 10
Kasten 6.	Negative ökologische Folgen von Staudammbauten	S. 11
Kasten 7.	Die UNO-Konvention der Vereinten Nationen über die nicht-schiffbare Nutzung internationaler Wasserläufe von 1997	S. 15
Kasten 8.	Übernahmekarussell	S. 21
Kasten 9.	BOT-Modell	S. 23
Kasten 10.	Exportkreditagenturen (ECAs)	S. 24
Kasten 11.	Anforderungen an einen Umsiedlungsplan	S. 26
Kasten 13.	Anstelle effektiver Konsultationen gibt es kluge Ratschläge	S. 31
Kasten 14.	Die Situation der Menschen im Stadtteil Ben u Sen	S. 31
Kasten 15.	Beschlossene Sache: die Flutung von Hasankeyf	S. 36
Kasten 16.	Weltbankstandard zu Umweltverträglichkeitsprüfungen	S. 42
Kasten 17.	Weltbankstandards und die Konsultation mit Anrainerstaaten	S. 45
Kasten 18.	Analyse von Alternativen in den Common Approaches	S. 50
Kasten 19.	Verletzung von Standards und Gesetzen in der Planungsphase des Ilisu-Staudamms	S. 53

Vorwort

Seit Jahrzehnten versucht die türkische Regierung, mit dem Ilisu-Wasserkraftwerk einen der größten Staudämme im Südosten der Türkei zu errichten: in einer Region, in der massive Armut vorherrscht, die von einem jahrelangen politischen und gewalttätigen Konflikt geprägt ist und in der Menschenrechtsverletzungen noch immer an der Tagesordnung sind. Die Konflikte um die Wassernutzung im Euphrat-Tigris Becken würden mit dem Ilisu-Staudamm eine neue Dimension erreichen.

Schon 1997 beauftragte die türkische Regierung ein internationales Konsortium, den umstrittenen Staudamm zu bauen. Doch das Projekt ist so kontrovers, dass sich in den letzten Jahren fast alle beteiligten Investoren und Unternehmen aufgrund von internationalen Protesten daraus zurückgezogen haben. Doch in Europa ignorieren einige einflussreiche Befürworter des Ilisu-Staudamms ihre soziale und ökologische Verantwortung. Allen voran die Unternehmen, die ein Milliardengeschäft wittern und denen ihre Profite wichtiger sind als die Lebensbedingungen zehntausender Menschen, der Erhalt Jahrtausende alter Kulturgüter und die Vermeidung internationaler Konflikte um die Nutzung von Wasser.

Seit Anfang 2005 verhandelt ein neues Konsortium mit der türkischen Regierung über den Bau des Staudamms. Bevor überhaupt ein Spatenstrich zum Bau des Staudamms getätigt wurde, wurden bei den Planungen bereits gängige internationale Standards gebrochen und Menschenrechte missachtet. Damit ist kaum ein Ergebnis zu erwarten, das den betroffenen Menschen Vorteile bringt. Sollte der Ilisu-Staudamm tatsächlich gebaut werden, wären die politischen, sozialen, ökologischen, kulturellen und geopolitischen Konsequenzen fatal.

Diese Studie will die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen deutlich machen, unter denen ein solch umstrittenes Projekt überhaupt vorangetrieben werden kann. Darüber hinaus wird der aktuelle Planungsstand des Ilisu-Staudammprojekts dargestellt sowie die damit zusammenhängenden Probleme benannt. Neben der Darstellung des regulatorischen Kontextes werden die Folgen des Staudammbaus benannt und Alternativen aufgezeigt.

Die Quellenlage ist in Teilen außerordentlich schlecht, da die türkische Regierung und die beteiligten Unternehmen eine bewusste Geheimhaltungspolitik betreiben. Viele der öffentlich zugänglichen Informationen sind veraltet oder unvollständig. So stützt sich der Report in erheblichem Maße auf Gespräche mit betroffenen BewohnerInnen und den aktiven Gruppen vor Ort, WissenschaftlerInnen, ArchäologInnen, unabhängigen ExpertInnen, MitarbeiterInnen in Organisationen und den lokalen Behörden vor Ort. In Delegationsreisen und in Kontakt mit unseren türkischen Partnern aus der Region haben wir die Erfahrung gemacht, dass alles, was von offizieller Seite aus angekündigt oder versprochen wurde, vor Ort daraufhin überprüft werden muss, ob und wie die Maßnahmen umgesetzt werden und welche Auswirkungen sie haben. Wir werden uns dieser Aufgabe weiterhin stellen.

Wir danken Feleknas Uca für die Unterstützung zur Erstellung dieser Studie.

Daniela Setton
(WEED)

1. Rahmenbedingungen: Die türkische Staudammpolitik

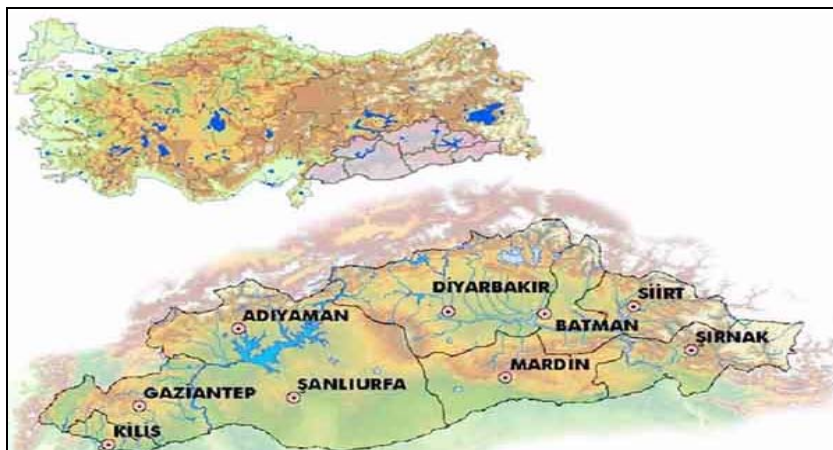
„Das Hauptziel des SAP (Südostanatolienprojekt) ist, das Einkommensniveau und den Lebensstandard der im Südosten der Türkei lebenden Bevölkerung zu erhöhen und dadurch das Entwicklungsgefälle zwischen Südostanatolien und den anderen Regionen auszugleichen.“

Türkische Regierung¹

1.1. Das Südostanatolienprojekt (GAP)

Die Planungen für den Bau des Ilisu-Staudamms sind Teil eines der weltweit umfangreichsten Infrastrukturprojekte. Das unter dem Akronym GAP (Güneydogu Anadolu Projesi) bekannte Südostanatolienprojekt wurde von der türkischen Regierung bereits in den 1970er Jahren gestartet. Es erstreckt sich im türkischen Teil des Euphrat-Tigris Becken entlang der syrischen und irakischen Grenze im äußersten Südosten der Türkei. Mit insgesamt 9 Provinzen (Adiyaman, Batman, Diyarbakir, Gaziantep, Kilis, Mardin, Siirt, Sanliurfa, Sirnak) umfasst es ein Gebiet von ca. 75.000 km². Dies sind 9,7 Prozent des türkischen Staatsgebiets (Stern 2004, 46).

Abbildung 1: Die GAP-Region



Quelle: homepage des GAP, www.gap.gov.tr

Ziel des GAP ist laut Angaben der türkischen Regierung die wirtschaftliche Entwicklung des Südostens der Türkei, eine der ärmsten Regionen des Landes. (s. Kasten 1) Mit Staudämmen, Elektrizitätswerken und Bewässerungsanlagen sollen die reichhaltigen Wasserressourcen der Region nutzbar gemacht werden. Laut einem 1989 veröffentlichten Gesamtplan für das GAP sollen insgesamt 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke mit dem Ziel der Energiegewinnung und Bewässerung entstehen. Der durch Staudämme erzeugte Strom soll nach Fertigstellung ca. 20 Prozent des gesamten Strombedarfs der Türkei abdecken, insgesamt 1,7 Millionen Hektar Land sollen bewässert werden.²

¹ Türkische Regierung, Homepage des GAP, URL: <http://www.gapturkiye.gen.tr/deu/deindex.html>.

² Zu weiteren offiziellen Informationen der türkischen Regierung über das GAP, siehe: <http://www.gap.gov.tr> oder <http://www.dsi.tr>.

Kasten 1: Sozioökonomische Bedingungen im Südosten der Türkei – die GAP-Region

Das Pro-Kopf-Einkommen liegt im überwiegend von Kurdinnen und Kurden bewohnten Südosten bei knapp 42 Prozent des türkeiweiten Durchschnitts und erreicht lediglich knapp 10 Prozent des Durchschnittseinkommens der reichsten Regionen im Westen der Türkei (McDowell 2005). Die Arbeitslosigkeit in den Städten der GAP Region liegt bei ca. 50 Prozent.

Im Gegensatz zur Industrieproduktion kommt dem Agrarsektor eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zu. Fast 80 Prozent der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Die meist kleinen Parzellen werden in der Regel von Familienbetrieben in Subsistenzwirtschaft betrieben, vor allem mit traditionellen Anbaumethoden. Die Besitzverhältnisse sind in der Region sehr ungleich. Den Großgrundbesitzern gehört rund ein Drittel des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. 70 Prozent der bebaubaren Flächen im GAP-Gebiet befinden sich in Staatseigentum, 25 Prozent verteilt sich in den Händen der Großgrundbesitzer. Lediglich 5 Prozent des Landes ist in Besitz einer Vielzahl von Kleinbauern. 38 Prozent der Landwirte besitzen kein eigenes Land, sondern pachten es von den Großgrundbesitzern. (Ronayne 2005a, S. 19 f)

Das Entwicklungskonzept des GAP baut vor allem auf die Umwandlung der von Subsistenzwirtschaft geprägten Landwirtschaft in eine auf Export ausgerichtete Agrarindustrie. Monokulturell bewirtschaftete Flächen sollen weit reichend ausgedehnt sowie die Verwendung modernster Maschinen und hochechtrageicher Pflanzensorten forciert werden, um die angekündigten Wachstumsimpulse zu erzielen. Zur Vermeidung von Missernten ist der flächendeckende Einsatz von Insektiziden, Pestiziden und Dünger vorgesehen. Auch die Energieproduktion ist nicht nur zur Deckung des eigenen Bedarfs vorgesehen, sondern soll auch dem Export dienen.

„Das Grundziel ist hierbei, das Einkommensniveau und den Lebensstandard der im Gebiet lebenden Bürger zu erhöhen und dadurch das Entwicklungsgefälle zwischen dieser und den anderen Regionen der Türkei auszugleichen, die Produktivität in der Landwirtschaft zu steigern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und somit einen Beitrag zu nationalen Entwicklungszielen wie gesellschaftliche Stabilität und wirtschaftliches Wachstum zu leisten. Als integriertes, multi-sektorales und auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Projekt ist das GAP (GAP d. Verf.) eines der größten international anerkannten Beispiele für Regionalentwicklung in der Welt.“³

Die türkische Regierung kündigt an, dass durch das GAP vor allem im Agrarbereich bis zu 3,8 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen werden. Das Einkommensniveau der Bevölkerung ließe sich so signifikant erhöhen. (Ronayne 2005a, S. 20)

Der gesamte Finanzbedarf des GAP wird mit insgesamt 32 Mrd. US-Dollar angegeben. Bis Ende des Jahres 2003 wurden jedoch erst 16,6 Mrd. US-Dollar ausgegeben – also 48 Prozent der anvisierten Gesamtsumme.⁴ Das geplante Datum der Fertigstellung des GAP-Projekts wurde insofern vor kurzem von 2010 auf 2015 verschoben. (Ronayne 2005, S. 20)⁵

1.2. Die GAP-Staudämme

Die türkische Regierung behauptet, dass das GAP einen positiven Beitrag für den sozialen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsstand der Region leistet. Seit den 1990er Jahren wird es auch als „nachhaltiges Entwicklungsprogramm“ deklariert und mit sozialen und ökologischen Pro-

³ Homepage des GAP, <http://www.gapturkiye.gen.tr/deu/okologie/index.html> (28.10.2005).

⁴ Diese Informationen stammen von der offiziellen GAP-homepage der türkischen Regierung Southeastern Anatoli Regional Development Administration <http://www.gap.gov.tr/English/Frames/fr1.html> (30.10.2005).

⁵ Allerdings ist auch dieses neue gesetzte Datum als unrealistisch einzuschätzen. Eine andere Quelle gibt als Datum der Fertigstellung das Jahr 2047 an (ETH 2001, 6).

jekten im ländlichen und städtischen Raum flankiert. An der Finanzierung dieser Projekte sind internationale Organisationen (UNDP, Weltbank⁶) sowie die EU beteiligt. Das Herzstück des GAP sind jedoch die Staudämme. Bisher wurden insgesamt 9 von ihnen fertig gebaut und in Betrieb genommen (s. Tabelle 1). Der größte Staudamm des GAP ist der 1992 fertig gestellte Atatürk-Staudamm, der zugleich der fünftgrößte der Welt ist. Ein weiterer Großstaudamm ist der Karakaya-Staudamm. Noch 13 weitere Staudämme sind in Planung, darunter auch der Ilisu-Staudamm, der einer der größten Dämme des GAP werden soll.

Tabelle 1 : Die Staudämme des GAP (zur Energieproduktion)⁷

Projekt	Kapazität (MW)	Leistung (GWh)	Projekt Status ⁸
EUPHRAT BASIN	5 304	20 098	
Karakaya Damm und HPP	1 800	7 354	In Betrieb
Atatürk Damm und HPP	2 400	8 900	In Betrieb
Birecik Damm und HPP	672	2 516	In Betrieb
Karkamis Damm und HPP	180	652	In Betrieb
Sanliurfa HPP	50	124	In Bau (k.a.)
Büyükçay Damm und HPP	30	84	In Planung
Kocaeli Damm und HPP	40	120	In Planung
Sırımtas Damm und HPP	28	87	In Planung
Kahta Damm und HPP	75	171	In Planung
Fatopasa HPP	22	47	Master Plan (k.a.)
Erkenek	7	43	Master Plan (k.a.)
TIGRIS BASIN	2172	7247	
Dicle Damm und HPP	110	298	In Betrieb
Kralkızı Damm und HPP	94	146	In Betrieb
Batman Damm und HPP	198	483	In Betrieb
Ilisu Damm und HPP	1200	3833	In Planung
Cizre Damm und HPP	240	1208	In Planung
Silvan Damm und HPP	150	623	In Planung
Kayser Damm und HPP	90	341	Reconnaissance (k.a.)
Garzan Damm und HPP	90	315	In Planung
TOTAL	7476	27 345	

⁶ Die Weltbank beteiligte sich an kleineren Projekten, die die Entwicklung der Infrastruktur in den städtischen und ländlichen Gebieten in der GAP-Region zum Ziel hatten. Für 'Dienstleistungen zur Entwicklung der Felder und Dörfer in den Becken von Sanliurfa und Harran' und für die 'Projektvorbereitungen zu einem kommunalen Planungs- und Sanierungsprojekt für GAP' wurden insgesamt 650.000 US-Dollar zur Verfügung gestellt. Die Projekte sind bereits abgeschlossen.

⁷ Daten nach: Prime Ministry of Turkey, SOUTHEASTERN ANATOLIA PROJECT, Regional Development Administration, Latest State 2001. <http://www.gap.gov.tr/English/Sdurum/sd2001.pdf> (28.10.2005). Dort angegebene Datenquelle: General Directorate of State Hydraulic Works (DSI), Planungszahlen, 2001.

⁸ Projekt Status nach: GAP Region Dams and Water Surface, Karte 4, <http://www.gap.gov.tr/Flash/Ing/gaphrt/gharita/ggn4.jpg>, ohne Datum. (28.10.2005). Standorte mit (k.a.) werden auf der Karte nicht aufgeführt..

Die türkische Regierung und das staatliche Wasserbauamt (Devlet Su Isleri, DSI) – das für die Umsetzung des GAP zuständig ist – malen von der GAP-Region mit Hilfe der türkischen Medien seit Jahren das Bild eines Garten Eden. Die tatsächlichen Auswirkungen des GAP sind jedoch weit von solch paradiesischen Zuständen entfernt. Denn trotz einiger weniger kultureller und sozialer Vorzeigeprojekte sind die mit dem GAP verbundenen sozialen, kulturellen, ökologischen, geopolitischen und menschenrechtlichen Probleme gravierend.

Vor allem die negativen Auswirkungen der GAP-Staudämme laufen den Zielen einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung zuwider. Schon die Weltstaudammkommission (WCD) hat vor 5 Jahren in ihrem Abschlussbericht auf die negativen Auswirkungen von Großstaudämmen aufmerksam gemacht.

Kasten 2: Die Weltstaudammkommission

Die gravierenden ökologischen und sozialen Begleiterscheinungen von Staudämmen und der zunehmende Protest gegen Dammbauten weltweit führten 1998 zur Einrichtung der Weltstaudammkommission (World Commission on Dams, WCD), einem unabhängigen Expertengremium, das von der Weltbank und dem World Conservation Union (IUCN) eingesetzt wurde. In dieser Kommission überprüften Staudammbefürworter und -gegner gemeinsam die Wirksamkeit von Großstaudämmen und erarbeiteten Richtlinien für ihren Bau. Die Ergebnisse waren niederschmetternd. Die Kommission stellte fest, dass Staudämme häufig nicht die erwartete technische und wirtschaftliche Leistung erbringen, gravierende ökologische Folgen nach sich ziehen und die sozialen negativen Auswirkungen oft unberücksichtigt bleiben. So wurden weltweit rund 40-80 Millionen Menschen nach dem Bau eines Staudamms vertrieben oder umgesiedelt, von denen viele keine Entschädigung erhielten. Weitere Millionen Menschen unterhalb der Staudämme mussten schwere Beeinträchtigungen ihrer Existenzgrundlagen hinnehmen. Die Empfehlungen der Kommission sehen daher unter anderem vor: die Gewinnung öffentlicher Akzeptanz für Staudammprojekte, indem die Entscheidungsverfahren die effektive Mitwirkung aller Gruppen ermöglichen; die umfassende Prüfung von Alternativprojekten; den Erhalt von Flüssen und Existenzgrundlagen, indem bei der Prüfung von Optionen und Entscheidungsverfahren die Vermeidung schädlicher Folgen an erster Stelle steht; die gemeinsame Nutzung von Flüssen zugunsten von Frieden, Entwicklung und Sicherheit durch die Vereinbarung entsprechender regionaler Abkommen statt der einseitigen Durchführung von Staudammprojekten.

Für weitere Informationen zur WCD: <http://www.dams.org>

1.3. Massenumsiedlung durch Staudammbauten im GAP

Nach Schätzungen mussten den bisher im Rahmen des GAP gebauten Staudämmen mehrere hundert tausend Menschen weichen und haben dadurch ihre Lebensgrundlage und die Möglichkeit zur eigenständigen Existenzsicherung verloren.⁹ Das gleich gilt auch für diejenigen, die in der weiteren Umgebung der Staudämme wohnen. Denn:

- Das Fischen an den Flüssen, das in der GAP-Region für viele Menschen einen wichtigen Beitrag zur Ernährung leistet, wird erschwert oder unmöglich gemacht, da die Fischpopulationen in den Stauseen absterben, in denen sich die Abwässer der Städte und der Landwirtschaft sammeln;
- Fruchtbare Ackerland wird zudem knapp, da die Überflutung der reichen Böden an den Flusstälern und der großflächige Anbau von Monokulturen die Bodenversalzung in der Region verstärkt.

⁹ Es gibt keine verlässlichen Zahlen, wie viele Menschen im GAP-Gebiet bisher allein auf Grund der Baumaßnahmen umgesiedelt oder vertrieben wurden.

Der Verlust der materiellen Lebensgrundlage wird im Rahmen des GAP jedoch nicht durch die Schaffung neuer Möglichkeiten zur Existenzsicherung kompensiert – sei es durch neue Arbeitsplätze, die Zuteilung neuer fruchtbarer Länder oder ausreichende Entschädigungen im Rahmen von Umsiedlungen. Die Erfahrungen im Zuge der bisher gebauten Staudämme zeigen deutlich, dass sich die von der türkischen Regierung angekündigte Wohlstands- und Einkommensmehrung für die Mehrzahl der betroffenen Menschen vor Ort nicht erfüllt hat.

Abbildung 2: Der Birecik-Staudamm (30.000 Menschen mussten für ihn umgesiedelt werden)



a. Keine neuen Arbeitsplätze

Von den neu entstandenen Arbeitsplätzen im Rahmen des GAP haben bisher vor allem die gut ausgebildeten Fachkräfte aus dem Westen der Türkei profitiert. Für Ansässige aus der Region sind demgegenüber kaum neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Zudem nützt der großflächige Aufbau der Agrarindustrie vor allem Investoren und Großgrundbesitzern (*Agas*), die über die nötigen Finanzmittel und die Vorbildung für die Anwendung der neuen Technologien verfügen. Durch die Einführung von Monokulturen, der großflächigen Mechanisierung der Landwirtschaft und des Einsatzes von Kunstdünger und Pestiziden konnten sie ihre Produktion ausweiten und ihre Stellung verstärken. Da eine Landreform nicht durchgeführt wird, verschärfen sich demgegenüber die ökonomischen Probleme der Kleinbauern. Ihnen fehlen die Ressourcen, um mit der Modernisierung der Landwirtschaft Schritt zu halten. Außerdem verdrängen die großflächigen Anbausysteme Pächter von ihrem Land. Die Arbeitsplätze der Kleinbauern werden durch die Agrarindustrie wegrationalisiert, während kaum neue Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Bereichen entstehen.

b. Mangelhafte Umsiedlungsplanung

Die von der türkischen Regierung im Rahmen von Staudambauten praktizierte Umsiedlungsplanung ist zudem zutiefst mangelhaft. Hinsichtlich Konsultationen, Kompensationen und Umsiedlung-

gen wurden und werden internationale Standards und geltende türkische Gesetze übergangen sowie grundlegende Menschenrechte nicht gewährleistet.

So ist die von Staudambauten betroffene Bevölkerung weder ausreichend über die bevorstehenden Maßnahmen informiert worden, noch fanden Konsultationen statt. Viele Menschen sind z.B. durch die flutenden Wassermassen von ihrem Land vertrieben worden. Die Bevölkerung hatte zudem keine Möglichkeit, ihre Interessen bei der Erstellung der Entschädigungs- und Umsiedlungspläne einzubringen. In der Öffentlichkeit wird zudem jede Diskussion über den Nutzen oder die Probleme der GAP-Projekte unterdrückt.¹⁰

Die Folge ist, dass die Menschen im Zuge von Umsiedlungen keine adäquaten Entschädigung erhalten haben:

- Eine Entschädigung durch neues Land ist begrenzt, weil die Überflutung viele fruchtbare Böden zerstört – ebenso wie die Bodenversalzung infolge von Bewässerung und Agrobusiness. Findet eine Entschädigung durch Land dennoch statt, wird meist unfruchtbarer Boden zugewiesen.
- Nur diejenigen, die Landbesitz nachweisen können, haben ein Anrecht auf monetäre Entschädigungen. Aufgrund der ungleichen Besitzverhältnisse in der GAP-Region erhalten deshalb meist Großgrundbesitzer – nicht zuletzt wegen ihres hohen politischen und ökonomischen Einflusses - den größten Teil der Entschädigungen. Großgrundbesitzer haben deshalb oft im Wissen um eine zukünftige Entschädigung vor einem Staudambau Land in den Gebieten aufgekauft, die überflutet werden sollen, Landarbeiter und Pächter gehen dabei meist leer aus. Dazu kommt, dass bei der Umsiedlungsplanung zahlreiche von Kleinbauern betriebene Grundstücke vom Katasteramt nicht registriert wurden, und insofern auch kein Entschädigungsanspruch besteht. So haben viele Menschen, die durch die Umsiedlung ihre Lebensgrundlage verloren haben, überhaupt keine Entschädigung erhalten.
- Sofern an Kleinbauern überhaupt Entschädigungen gezahlt wurden, reichten diese zum Neuerwerb von Land oder dem Aufbau einer neuen dauerhaften Einkommensquelle nicht aus. In vielen Fällen wurden z.B. nur Entschädigungen für verlassene Häuser gezahlt, nicht jedoch für die Gärten oder das Vieh. Mit der gezahlten Summe kann so nach der Umsiedlung meist nur eine kurze Zeit überbrückt werden.

Ein weiteres Problem ist, dass die Entschädigungen nur an Männer ausgezahlt werden. Die Frauen erhalten keine eigenständige Kompensation und sind so völlig von ihren Männern abhängig. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Dorfbevölkerung oft nicht auf den Umgang mit viel Geld vorbereitet ist. Auch sind viele der Betroffenen nicht mit der Einklagung ihrer Rechte vertraut oder haben keine Kenntnis davon, welche Rechte ihnen unter dem türkischen Enteignungsgesetz¹¹ zustehen. Die Kosten und die Zeit für eine rechtliche Vertretung oder einen Gerichtsprozess können viele nicht aufbringen. Allerdings ist auch nach einem gewonnenen Prozess über Entschädigungsansprüche noch lange nicht garantiert, dass der türkische Staat die vom Gericht festgelegten Entschädigungsgelder, tatsächlich in der rechtmäßigen Frist zahlt. (Ronayne 2005)

¹⁰ Zu einer detaillierten Darstellung der Kritik an der Umsiedlungspraxis, siehe: Ronayne 2005.

¹¹ Türkisches Enteignungsgesetz No.2949 von 1983.

Kasten 3: Beispiele gescheiterter Umsiedlung: Birecik- und Atatürk Staudamm

Der Birecik-Staudamm liegt 91 Kilometer südlich des Atatürk-Dammes und ist 2000 in Betrieb genommen worden. Türkische Behörden haben die Umsiedlung der 30 000 Betroffenen hinsichtlich der Partizipation und der Verbesserung des Lebensstandards der betroffenen Bevölkerung als vorbildlich gelobt. Die Betroffenen sehen dies jedoch anders. Von ehemaligen BewohnerInnen der untergegangenen Dörfer erfuhr eine internationale Delegation, die das Projektgebiet vom 9.-16. Oktober 2000 bereiste: „Wir wurden nicht umgesiedelt, sondern vertrieben.“ „In den neuen Dörfern ist es wie der Tod.“

- 18 Dörfer in der Nähe der Baustelle wurden gewaltsam durch Soldaten geräumt. Die Menschen haben keine Kompensationen erhalten;
- An einer anderen Stelle waren über tausend BewohnerInnen eines Dorfes gezwungen, ihre Häuser zu verlassen als sie von den steigenden Fluten überrascht wurden;
- Viele landlose Familien erhielten keine Kompensation;
- Die Vertriebenen haben ihre Lebensgrundlage verloren und in ihrer neuen Umgebung wenig Aussicht auf Arbeit;
- Diejenigen, denen neue Häuser zugewiesen wurden fanden sie unfertig und überfüllt vor;
- Die Gräber der Ahnen wurden überflutet statt verlegt.

Ähnliche Erfahrungen wurden im Rahmen des Baus des 1993 fertig gestellten Atatürk-Staudamms verursacht. Bei seinem Bau wurden zwischen 150 000 und 200 000 Menschen z.T. auch mit Gewalt aus ihrer Heimat vertrieben. Zahlreiche DorfbewohnerInnen, die seit 1985 durch das Ansteigen des Atatürk-Sees evakuiert werden mussten, haben bisher noch nicht die vereinbarte Entschädigungssumme erhalten, die landlose Bevölkerung ging leer aus.

(KHPR 2000, S. 53ff/ Ronayne 2005a)

c. Die sozialen Folgen von Vertreibung und Umsiedlung

Der langjährige Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Bevölkerung gehört zu den zentralen politischen Rahmenbedingungen der GAP-Staudämme. (s. Kasten 4). Denn das GAP liegt mitten in den kurdischen Gebieten, in denen durch bewaffnete Auseinandersetzungen vor allem in den 1990er Jahren mehr als drei Millionen Menschen vertrieben und bis zu 4000 Dörfer geräumt, teilweise niedergebrannt und vollkommen zerstört wurden. Durch die türkischen Sicherheitskräfte wurden im Osten und Südosten der Türkei bei diesem Konflikt ganze Landstriche entvölkert.

Kasten 4: Der Konflikt zwischen türkischer Regierung und kurdischer Bevölkerung

Seit der Gründung der Türkei durch Mustafa Kemal versucht das Land seine schwer erworbene territoriale Integrität zu schützen. Die multiethnische sowie multikonfessionelle Realität wurde bis vor kurzem in der Türkei verleugnet. Die Interessen der KurdInnen galten als partikular und unvereinbar mit der offiziellen Staatsdoktrin. Dies hatte einen jahrzehntelangen massiven gewaltsamen Assimilierungsdruck für die kurdische Bevölkerung zur Folge. Zur Assimilationspolitik gehörte die Unterdrückung der kurdischen Kultur, das Verbot der kurdischen Sprache, Bedrohung, Inhaftierung, Folter, extralegale Tötung und das „Verschwindenlassen“ von politischen Gegnern sowie die Beschneidung des Rechts auf Meinungsfreiheit. Die kurdische Bevölkerung wurde jahrzehntelang zu ‚Bergtürken‘ erklärt und einer strikten staatlich-militärischen Kontrolle unterworfen.

In den Jahren von 1984 bis 1999 herrschte in den südöstlichen Gebieten der Türkei ein grausamer Krieg zwischen der kurdischen Arbeiterpartei – besser bekannt als PKK – und türkischen Sicherheitskräften.¹² Mehr als 35.000 Menschen, überwiegend kurdische Zivilisten, starben in diesem Konflikt.

¹² Zum Hintergrund des Konflikts, siehe: McDowall 2004a.

Die bürgerkriegsartigen Zustände in den kurdischen Gebieten gehören zwar seit dem 1999 von der PKK verkündeten Waffenstillstand der Vergangenheit an. Das Ausnahmerecht (OHAL) galt in einigen kurdischen Provinzen noch bis 2002.¹³ Eine Intensivierung der Konflikte ist jedoch wieder eingetreten, nachdem Kongra-Gel¹⁴ den Waffenstillstand im Juni 2004 aufgekündigt hatte. Seit April 2005 ist der Konflikt wieder eskaliert. Im Zeitraum von Mai – Juni 2005 kamen bei Anschlägen und Gefechten insgesamt 65 Anhänger der PKK und 32 Soldaten ums Leben. Das Straßenbild wird in den kurdischen Gebieten wieder zunehmend von Kampfhubschraubern, Militärkonvois und Straßensperren geprägt. Zwar ist die PKK keine Massenbewegung mehr. Doch die Zunahme ihres Einflusses wird auch darauf zurückgeführt, dass sich die Hoffnungen auf gleiche Rechte und bessere ökonomische Lebensbedingungen für die Mehrzahl der Kurdinnen und Kurden nicht bewahrheitet haben. (Höhler 2005, S. 3)

Menschenrechtsverletzungen nach wie vor an der Tagesordnung¹⁵

Menschenrechtsverletzungen	Jan. – Dez. 2004	Jan. - April 2005	gesamt
Tote bei militärischen Gefechten	219 Tote	73 Tote	292 Tote
Extralegale Hinrichtungen	68 Tote	7 Tote	75 Tote
Vorwurf der Folter	338 Fälle	163 Fälle	501 Fälle
Widerrechtliche Verhaftungen	375 Fälle	118 Fälle	493 Fälle

Die Menschenrechtssituation in den kurdischen Gebieten weiterhin prekär. Nach wie vor gibt es Berichte über Misshandlungen und Folter von Gefangenen und Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.¹⁶

Der Lebensstandard der Flüchtlinge verschlechtert sich vor dem Hintergrund der instabilen ökonomischen Situation in der Region und der mangelhaften Umsiedlungsplanung der türkischen Regierung auf dramatische Weise. Die durch gewalttätige Konflikte und Staudämme vertriebene kurdische Bevölkerung lebt zum größten Teil verarmt in den Slums der Großstädte. Ihr Leben ist von Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Armut geprägt. Mangelnde Hygiene und Mangelernährung fördern die Verbreitung von Krankheiten.¹⁷ Interviews in den Armenvierteln von Diyarbakir haben ergeben, dass viele Menschen seit Jahren keinen Joghurt gegessen haben. Viele haben nur Reis, wenn sie ihn von Verwandten kriegen, manchmal kriegen die Kleinkinder nur aufgesammeltes Brot mit Zuckerwasser.

Durch die Vertreibung aus den ländlichen Regionen sind die Städte im Südosten der Türkei in den letzten Jahren extrem angewachsen. Am stärksten ist dieser Zuwachs in Diyarbakir gewesen, wo die Zahl der EinwohnerInnen von 250 000 auf weit über 1 Millionen Einwohner angewachsen ist, mit erdrückenden 70 Prozent Arbeitslosigkeit. In den größeren Städten liegt die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei 50 Prozent (Kurdish Human Rights Project 1999, S. 39). Aber auch die Flucht in die Städte der Westtürkei war enorm. (Ronayne 2005a, S. 20)

Ein Vertriebener in Diyarbakir beschrieb seine Lage folgendermaßen:

„Ich kam 1991 aus einem Dorf in der Nähe von Hasankeyf, als die Armee das ganze Dorf nieder brannte. Die Arbeitslosenzahl hier in Diyarbakir ist sehr hoch. Im Sommer gibt es manchmal ein bisschen Arbeit. Wir leben nicht hier, wir existieren nur. Wir möchten in unse-

¹³ Das vom türkischen Parlament am 25.05.1987 erlassene „Ausnahmezustandsgesetz“ gab dem Gouverneur für das Ausnahmezustandsgebiet und seinen Sicherheitskräften weitreichende Vollmachten. Als letztes wurde der Ausnahmezustand 2002 in den Provinzen Tunceli, Hakkari, Diyarbakir und Sirnak offiziell aufgehoben.

¹⁴ Nachfolgeorganisation der PKK.

¹⁵ Die folgenden Zahlen gehen auf den Menschenrechtsverein IHD/Insan Haklari Derneği (Sektion Diyarbakir) zurück und sind ein Ausschnitt der Bilanz der Menschenrechtsverletzungen für das Jahr 2004 und die ersten 4 Monate des Jahres 2005 in der Türkei; die Liste ist nur eine Auswahl von identifizierten Menschenrechtsverletzungen.

¹⁶ Eine Schwierigkeit besteht zudem zunehmend darin, Folterungen wirklich nachzuweisen. Es werden inzwischen vorwiegend Methoden angewandt, die keine sichtbaren Spuren am Körper hinterlassen, wie Elektroschocks, Schlafentzug, Hunger und psychischem Terror.

¹⁷ Zur Situation der Menschen in den Slums der Städte im GAP-Gebiet siehe auch: „Das blaue Gold“ 2003, ein Film von Leslie Franke, Hamburg.

*re Dörfer zurückkehren, wo das Leben zwar härter aber besser war.*¹⁸

Die Menschen leiden nach Vertreibung und Umsiedlung nicht nur unter materiellen Einbußen. Auch die psychosozialen Folgen machen den Menschen zu schaffen. Die plötzliche Zerstörung ihrer intakten Dorfstrukturen, die Entwurzelung und Entrechtung hat bei vielen ein Trauma hinterlassen. In den Städten haben die Betroffenen Schwierigkeiten, sich in der neuen Umgebung anzupassen, leiden an sozialer Isolierung und sind ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Das Zusammenleben ist darüber hinaus von Gewalt geprägt. Ein Großteil der Vertriebenen würde in die Heimat zurückkehren, wenn die Möglichkeit dazu bestünde. Die eigenständige Existenzsicherung in den Dörfern wird einem Leben in den Slums der Großstädte vorgezogen.

Kasten 5: Vertreibung und die Auswirkungen auf Frauen

Besonders negativ sind die Auswirkungen der Vertreibungen und Umsiedlungen für Frauen. Sie sind in der kurdischen Region die Hauptversorgerinnen der Familie und der Gemeinden, sie bestellen die Felder und bringen die Ernte ein. Sie kümmern sich um den Haushalt und ziehen die Kinder auf. Sie übernehmen die Aufgabe des Gemeinschaftsaufbaus und -erhalts und setzen sich am stärksten für die Bewahrung der Kultur und gegen die kulturelle Zerstörung ein, die die Vertreibungen verursachen. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen gehen in den Städten verloren oder werden unbrauchbar. Der Verlust der sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen sowie der natürlichen Ressourcen bedeutet für viele Frauen ein Leben am Rande des Existenzminimums. Viele sind gezwungen, durch Betteln, Müllsammeln und Prostitution ihr eigenes Überleben und das ihrer Kinder zu sichern. Viele Frauen verkraften nicht, dass sie nicht mehr in der Lage sind, ihr eigenes Essen selbst anzubauen und die Familien zu ernähren. Die Selbstmordrate unter den ehemaligen Dorfbewohnerinnen ist hoch.

Quellen: Gespräche mit Handan Coskun¹⁹, WEED/FERN Delegationsreise Juli 2005

Angesichts des politischen Konflikts in der Region zweifeln viele Menschen daran, dass es der türkischen Regierung mit dem GAP um die ‚Entwicklung‘ und ‚Modernisierung‘ der Region geht. Für sie sind die GAP-Staudämme vor allem politisch motiviert: die kurdischen Gebiete lassen sich mit der Zerstörung, Trennung und Zerstückelung der kurdischen Dörfer und Provinzen im Einzugsgebiet der Staudämme wesentlich besser politisch und militärisch kontrollieren. Selbst ein ehemaliger DSI-Mitarbeiter bestätigte diese Sichtweise in einem Gespräch mit WEED/FERN im Juli 2005 in Diyarbakir.

1.4. Kulturelle Zerstörung als Folge des GAP

Die Stauseen des GAP-Projekts haben bis heute eine große Menge archäologisch und historisch bedeutsamer Stätten zerstört. Das Gebiet im ehemals fruchtbaren „Halbmond“ wird seit Tausenden von Jahren besiedelt. Es gilt als Wiege der Zivilisation. Hier gründeten die Menschen vor über 9000 Jahren dauerhafte Siedlungen und betrieben Ackerbau. Zahlreiche Eroberer und Völker haben in dieser Region ihre Spuren hinterlassen.

Diese reichhaltigen archäologischen und historischen Zeugnisse der Zivilisation würden durch die Fertigstellung des GAP-Projekts unwiederbringlich vernichtet werden. Dem Atatürk-Stausee im Euphrat sind schon die Hauptstadt des Komagenerreiches Samsat und die 9000 Jahre alte Siedlung Nevali Cori zum Opfer gefallen. Der Birecik-Stausee verschlang die uralte und archäologisch bedeutsame Stadt Zeugma (Luyken 2000). Zahlreiche weitere bekannte und unbekannte Stätten

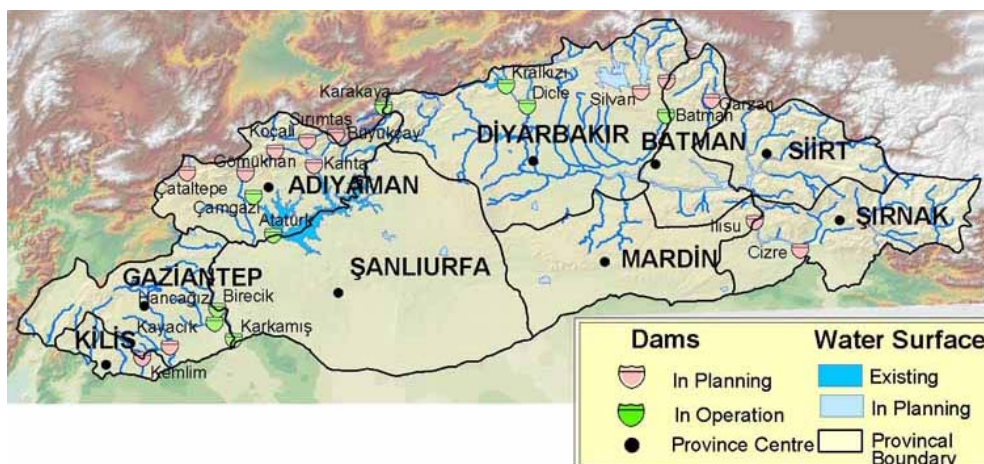
¹⁸ Gespräch mit einem Einwohner des Stadtteils Beynusen: WEED/FERN Delegation Juli 2005.

¹⁹ Den großen Bedarf an psychologischer, sozialer und rechtlicher Beratung für die betroffenen Frauen und ihre Kinder in und um Diyarbakir versucht der Verein DIKASUM zu decken. Handan Coskun ist Leiterin des Vereins.

gingen in den Stauseen unter.

Die überfluteten Kulturgüter haben eine hohe Bedeutung für viele Volksgruppen in der Region, insbesondere für die kurdische Kultur und die vor Ort ansässige kurdische Bevölkerung. Mit der Flutung dieser einmaligen Kulturgüter wird demnach auch ein Stück kurdischer Identifikationsmöglichkeit und Geschichte vernichtet (Ronayne 2004). Die Staudämme zerstören damit nicht nur die materiellen Lebenszusammenhänge der betroffenen Menschen, sondern führen auch zu einer kulturellen Entwurzelung. Zusammen mit Vertreibung und Umsiedlung verändern sie das soziokulturelle Gefüge der GAP-Region gravierend. Aus durch Subsistenzwirtschaft lebenden, selbstständigen Menschen werden abhängige, verarmte und entwurzelte Land- und Heimatlose. (Ronayne 2005a)

Abbildung 3: Die 22 Staudämme des GAP



Quelle: Homepage des GAP, <http://www.gap.gov.tr>

1.5. Ökologische Auswirkungen der GAP-Staudämme

Nach der Fertigstellung aller geplanten GAP-Staudämme werden auf türkischem Staatsgebiet etwa 50 Prozent der 750 km langen Fließstrecke vom Euphrat in Staugewässer verwandelt sein. Beim Tigris wird insgesamt eine Strecke von 325 km gestaut. Dadurch wird sich der Charakter der Flüsse grundlegend verändern. Viele der von der WCD genannten ökologischen Auswirkungen von Staudämmen (s. Kasten 6) lassen sich jedoch bereits jetzt schon im GAP-Gebiet feststellen.

Kasten 6: Negative ökologische Folgen von Staudambauten

Die Auswirkungen von Großstaudämmen auf Ökosysteme und Artenvielfalt sind vor dem Hintergrund der langjährigen Erfahrungen mit Dämmen intensiv aufgearbeitet worden. Die *Weltstaudammkommission (WCD)* kommt zu dem Schluss, dass die ökologischen Folgen von Staudämmen in der Bilanz eher negativ ausgefallen sind und in vielen Fällen zu einem unumkehrbaren Verlust an Tier- und Pflanzenarten sowie Ökosystemen geführt haben. Als besonders problematisch nennt die Kommission:

- den *Verlust an Waldflächen und Lebensräumen* für wilde Tiere, den Verlust von Tier- und Pflanzenarten und die Belastung der flussaufwärts gelegenen Einzugsgebiete durch die Überschwemmung des Speichergebietes;
- den *Verlust an im Wasser lebenden Arten*, an Fischbeständen ober- und unterhalb der Staudämme und negative Auswirkungen auf Überschwemmungsgebiete, Feuchtgebiete und sonstige Ökosysteme am Unterlauf

der Flüsse, in Mündungsgebieten und in nahe gelegenen Küstenbereichen; kumulative Auswirkungen auf die Wasserqualität, natürliche Überschwemmungen und die Zusammensetzung der Arten in Flüssen mit mehreren Staudämmen.

Zudem stellt die Kommission fest, dass die Auswirkungen von Staudammbauten auf das Klima erheblich sind. Stauseen produzieren durch faulende Pflanzen und Kohlenstoffzufuhr aus dem Einzugsgebiet Treibhausgase. Die Erdatmosphäre wird durch verstärkten Methanaustritt belastet, insbesondere da der hohe Verschmutzungsgrad des Wassers zu einem Überangebot an Nährstoffen (Eutrophierung) und Sauerstoffarmut führen wird. Vor dem Hintergrund der negativen ökologischen Auswirkungen werden Staudämme inzwischen in verschiedenen Industrieländern wieder stillgelegt, um die Ökosysteme wieder herzustellen (Weltstaudammkommission 2000).

a. Veränderung der Flussökologie und Abnahme der Wasserqualität

Da der Eintrag von Sauerstoff in stehenden Gewässern niedriger ist, hat die Selbstreinigungsfähigkeit von Tigris und Euphrat abgenommen, Nähr- und Schadstoffe reichern sich an. Die an Fließgewässer angepassten Arten können in den Stauseen nicht existieren; die kältere Wassertemperatur des Sees schädigt empfindliche Arten unterhalb des Damms. Da keine Fischtreppe vorgesehen ist, stellen die Dämme zudem Barrieren für wandernde Fischarten dar. Durch die Vielzahl von Stauseen kommt es zu einer starken Fragmentierung von Lebensräumen für Fließgewässerarten. Zudem wird die Dynamik der Wasserstände weitgehend zerstört. Der Wechsel von Abfluss und Überflutung, auf den Flora und Fauna in ihren wesentlichen Lebenszyklen wie Fortpflanzung, Ruhephasen und Migration angewiesen sind, wird insbesondere in der Auffüllphase, aber auch darüber hinaus durch den See neutralisiert. Der Fortbestand der Artenvielfalt wird bis weit unterhalb des Damms, letztlich bis zum Ende des Flusses, gefährdet (Epiney, 2000).

Ein besonderes Problem stellt die Unterbrechung des Sedimenttransports dar. Von den trockenen – zusätzlich im Zuge der Terrorismusbekämpfung mit Hilfe von Herbiziden und Brandbeschleunigern entwaldeten – Hängen im GAP-Gebiet werden große Mengen an Sediment in die Flüsse gespült. Diese lagern sich in den Stauseen ab und werden innerhalb weniger Jahrzehnte zur Verschlammung und Leistungsreduzierung der Stauseen führen. Durch die Ablagerung im Mündungsgebiet der Zuflüsse werden auch die dortigen Biotope verändert. Andererseits fehlen die Sedimente in den Flussbetten und Überschwemmungsgebieten flussabwärts. Die Flussbetten können damit sehr stark ausgegraben werden, was wiederum zu einem Absinken des Grundwasserspiegels führen kann.

b. Schädigung der Umgebung der Stauseen

Durch die bisher gefluteten Flächen wurde eine Vielzahl von Lebensräumen mit hoher biologischer Vielfalt zerstört. Hierzu gehören neben den Fließgewässern unterschiedlicher Geschwindigkeiten auch Sand- und Kiesbänke, Weiden- und Tamariskegebüsch, Auenwälder, Steilufer und felsige Talhänge, Steppen, Buschland und Wälder der Talhänge sowie eine vielgestaltige Kulturlandschaft mit Wiesen, Gärten, Gehölzen und Äckern. Damit gehen – neben den betroffenen Tier- und Pflanzenarten – auch bewährte Landnutzungsmethoden, Gartenbautechniken und die genetische Vielfalt alter lokaler Kulturpflanzen verloren (Agis/Omeri 2000).

Aber auch die weitere Umgebung der Stauseen ist von ökologischen Veränderungen betroffen. Im Umland der Seen kommt es zu einem Anstieg des Grundwasserspiegels, was wiederum der Versalzung der Böden Vorschub leistet. Durch die Zunahme des Bewässerungsfeldbaus verschärft sich dieses Problem. Die Folgen sind vermehrte Missernten und Dürren, was wiederum die Migration im Mittleren Osten verstärkt. Derzeitig sind mehr als die Hälfte der im GAP bewässerten Gebiete – also ca. 100.000 Hektar Land – von Bodenversalzung betroffen. (Beitrag im ORF, 28.9.2005)

c. Zunahme von Krankheitserregern

Mikroklimatische Veränderungen wie eine erhöhte Luftfeuchtigkeit und Restwasser in periodisch freiliegenden Uferflächen fördern den Befall von Kulturpflanzen mit Schimmelpilzen und bilden ein ideales Brutgebiet für Malaria-Mücken und andere Krankheitserreger. Im Gebiet des Atatürk-Stausees kommen seit dessen Bau die vorher in der Region unbekanntenen Krankheiten Malaria, Schistosomiasis und Leishmaniose vor.

Eine wirksame Bekämpfung der durch den Damm hervorgerufenen Krankheiten erfolgt jedoch nicht. Die Reaktion der Gesundheitsbehörden besteht aus einer einmal jährlich erfolgenden Verteilung von Malariatabletten und dem Versprühen von Chemikalien in den städtischen Gebieten - die jedoch ohne entsprechende Aufklärung und Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung ihrerseits Gesundheitsgefahren bergen (Ilisu Dam Campaign et.al., 2000).

d. Erhöhung der Erdbebengefahr

Nicht zu unterschätzen ist auch, dass die Staudambauten die Erdbebengefahr im GAP verstärken. Der Südosten der Türkei ist eine seismisch aktive Region, da hier die arabische und die anatolische Scholle aufeinander treffen. Der kurdische Studentenverband listet in der Zeit von 1939 bis 1992 fünf Erdbeben mit jeweils etlichen Hundert bis zu Tausenden von Toten im kurdischen Teil der Türkei auf (Der Verband der StudentInnen aus Kurdistan, 2005). Allein im Jahr 2003 kam es zu zwei weiteren Beben: im Januar in Dersim (Tuncelli) und im Mai in der Provinz Bingöl. Der Inhaber des Lehrstuhls für Angewandte Geologie der Hacettepe-Universität, Prof. Dr. Kassapoglu, warnt vor Beben einer Stärke bis zu 6,8 (Kasapoglu 1999). Das riesige Gewicht der aufgestauten Wassermassen erhöht wiederum die bereits bestehende Erdbebengefahr.

e. Keine ausreichenden kompensatorischen Maßnahmen

Laut Weltstaudammkommission sind einige Auswirkungen von Großstaudämmen auf Ökosysteme und Artenvielfalt in den betroffenen Landstrichen so gravierend, dass sie durch kompensatorische Maßnahmen gar nicht abgeschwächt werden können. Einzelne Maßnahmen für eine wirkungsvolle Schadensbegrenzung sind dennoch möglich – und werden auch von internationalen Standards verlangt.

Die türkische Regierung hat jedoch wenig unternommen, um den ökologisch schädlichen Folgen der Staudämme entgegenzuwirken. Die bisherigen Bemühungen, die Umweltbelastungen der GAP-Staudämme zu begrenzen, waren wenig erfolgreich und sind völlig unzureichend gewesen. Wichtige Maßnahmen, die einen positiven ökonomischen und ökologischen Effekt hätten, wurden gar nicht erst in Angriff genommen. Andere Maßnahmen wurden angekündigt, aber nicht umgesetzt. So sind z.B. groß angelegte Aufforstungsprogramme, die wichtig für eine ökologische Rege-

neration der Region wären, bisher nicht durchgeführt worden. Da sich der Erfolg von Aufforstungsprogrammen erst nach mehreren Jahren einstellt, wäre es dringend erforderlich, dass die Programme sofort gestartet werden.

Wirksame Maßnahmen zur ökologischen Schadensminimierung erfordern laut der Weltstaudammkommission zumindest eine gute Informationsbasis, eine frühzeitige Zusammenarbeit von Ökologen, Staudamplanern und den betroffenen Menschen sowie eine systematische Beobachtung und Evaluierung der Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen. In Anbetracht des begrenzten Erfolgs traditioneller Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sollten Regierungen verstärkt darauf achten, bestimmte Teilstücke oder Becken eines Flusses in ihrem natürlichen Zustand zu belassen, Alternativprojekte zu entwickeln oder Ausgleichsmaßnahmen an Standorten von gleichwertiger ökologischer Bedeutung vorzunehmen. In der GAP Region ist all das nicht passiert.

1.6. Die geostrategische Dimension der türkischen Staudämme

Auf ihrem Weg in den Süden zum Persischen Golf durchfließen Euphrat und Tigris den Irak und Syrien – eine Region also, die schon lange als die wichtigste Kornkammer des Nahen Ostens gilt. Mit ihrem trockenen Klima sind die sehr stark landwirtschaftlich geprägten Unteranrainer im höchsten Masse vom Flusswasser des Euphrat und des Tigris abhängig.

- Syrien, dessen Wasserversorgung zu 86 Prozent aus dem Euphrat aufgewendet wird (vgl. Carkoglu/Eder 2001, S. 52), betreibt große Bewässerungsprogramme im Einzugsgebiet des Flusses. Zugleich sollen Teile des wachsenden Energiebedarfs durch Wasserkraft gedeckt werden.
- Auch für den Irak haben beide Ströme sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Trinkwasserversorgung und einen Teil der Stromerzeugung große Bedeutung.

Die großen Bewässerungs- und Stauseevorhaben des GAP berühren somit fundamentale Interessen der beiden Anrainerstaaten. Jede Veränderung der Qualität und Quantität des Wasserzuflusses kann für beide Staaten eine existentielle Bedrohung darstellen.

Damit ernsthaften Auseinandersetzungen um den Zugang zu grenzüberschreitenden Wasserressourcen durch zwischenstaatliche Kooperation vorgebeugt werden, gibt es auf internationaler Ebene eine Reihe rechtlicher Instrumente. Grundlegende Prinzipien sind dabei z.B. detaillierte Vorabinformationen und Konsultationen flussabwärts gelegener Staaten bei Projekten an grenzüberschreitenden Flüssen. Sie sind als festes Gewohnheitsrecht zu betrachten, das sich in einer Vielzahl von Verträgen, wie z.B. auch Abkommen zwischen der Türkei und ihren Nachbarstaaten, widerspiegelt.²⁰

Dennoch wendet die Türkei in ihren GAP-Planungen diese internationalen Prinzipien nicht an. Sie lehnt zudem die Unterzeichnung der UN-Konvention über die nicht-schiffbare Nutzung grenzüberschreitender Wasserwege (siehe Kasten 7) ab, in der die Vertragsstaaten zusichern, Anrainern am Unterlauf des Flusses keinen Schaden zuzufügen.

Die türkische Regierung beruft sich im Umgang mit den Wasserressourcen von Euphrat und Tigris weitestgehend auf das ‚Recht des Stärkeren‘ und begründet ihre strikte nationale Interessenverfolgung auf

²⁰ Für einen Überblick, siehe: Epiney 2000.

dem Prinzip der absoluten territorialen Souveränität. Für die Haltung der türkischen Regierung ist das Zitat des ehemaligen türkischen Staatspräsidenten Demirel charakteristisch: "Mit dem Wasser ist es wie mit dem Öl. Wer an der Quelle des Wassers sitzt, hat ein Recht darauf, dass es ihm niemand streitig machen kann." Folglich betrachtet die Türkei jede Art von Rücksichtnahme auf andere Länder als ein freiwilliges Zugeständnis. Sie definiert Euphrat und Tigris als grenzüberschreitende und nicht als internationale Gewässer. Letzteres würde im Falle des GAP rechtliche Verpflichtungen im Umgang mit anderen Staaten enthalten, die die Türkei nicht einzugehen bereit ist. (Gilli et. al. 2001, S. 23)

Kasten 7: Die UNO-Konvention über die nicht-schiffbare Nutzung Internationaler Wasserwege

Die Konvention wurde 1997 von der Generalversammlung der UNO verabschiedet. Sie enthält Regelungen in Bezug auf die Nutzung internationaler Wasserläufe und ihres Wassers für andere Zwecke als die Schifffahrt. Dabei schließt sie Maßnahmen für den Schutz, die Erhaltung und das Management im Zusammenhang mit der Nutzung von Wasserläufen und ihres Wassers mit ein.

Zentrale Bestimmungen:

- „*Equitable and reasonable utilization and participation*“ (Artikel 5): alle Staaten des Flusssystems haben einen Anspruch auf eine angemessene Nutzung der Wasserressourcen haben, mit dem Ziel einer optimalen und nachhaltigen Nutzung;
- „*no-harm rule*“ (Artikel 7): legt die Verpflichtung der Flusssanrainerstaaten fest, alle angemessenen Maßnahmen zu treffen, um „eine signifikante Beeinträchtigung“ anderer Flusssanrainerstaaten zu verhindern;
- *Prinzip der Kooperation zwischen den Flusssanrainerstaaten* (Artikel 8): legt die „generelle Verpflichtung zur Kooperation zwischen den Anliegerstaaten eines Wasserlaufes auf der Basis der souveränen Gleichheit, territorialen Integrität, des gegenseitigen Vorteils und des guten Glaubens fest, um eine optimale Nutzung und adäquaten Schutz eines internationalen Wasserlaufes zu erreichen“. Zu diesem Zweck sollen die Staaten eines internationalen Wasserlaufes die Errichtung von Kommissionen oder gemeinsamen Mechanismen in Erwägung ziehen. Ebenso soll ein regelmäßiger zwischenstaatlicher Austausch von Daten und Informationen, die den internationalen Wasserlauf betreffen, stattfinden. Neben diesen Grundprinzipien enthält die Konvention verfahrensrechtliche Bestimmungen, wie die Notifikation und Konsultation bei geplanten Nutzungen von internationalen Wasserläufen.

Quelle: Loibl, Gerhard (2003): Wasser – internationale rechtliche und politische Rahmenbedingungen. Referat auf dem Auftakt Symposium zum Jahr des Wassers 2003 20./21. März 2003, Österreichische Nationalbibliothek, Wien. URL: <http://gpool.lfrz.at/gpoollexport/media/file/Aqua visionen.pdf> (29.10.2005).

So hat die türkische Regierung auch in ihrer GAP Politik vorwiegend nach nationalen Interessen gehandelt. Dies verdeutlichen Fälle, in denen es bereits im Rahmen des GAP zu Rationierungen des Wasserzuges und zu Verunreinigung des Wassers gekommen ist:

- In Syrien kam es schon zur Rationierung von Trinkwasser, da der Abfluss des Euphrat durch die bisher fertiggestellten Dämme des GAP um fast die Hälfte gesunken ist;
- Die ohne feste vertragliche Regelung 1987 vereinbarte Durchflussmenge von 500 Kubikmetern Euphratwasser pro Sekunde²¹ an der türkisch-syrischen Grenze wurde von der Türkei Ende der 1990er Jahre ohne Neuverhandlungen deutlich gesenkt (vgl. Hildyard et. al. 2000, S. 70). Grund dafür waren über mehrere Jahre anhaltende Dürrezeiten in der Türkei, die einen niedrigen Pegel in den Stauseen verursachten und damit die Wirtschaftlichkeit der Wasserkraftwerke gefährdeten.

²¹ Die natürliche Fließgeschwindigkeit beträgt durchschnittlich 905 Kubikmeter pro Sekunde.

Auch hat die türkische Regierung bereits das *Wasser als Waffe* eingesetzt:

- Während des Golfkriegs von 1991 reduzierte die Türkei mit Billigung der Alliierten den Wasserfluss zum Irak (vgl. Dietziker 1998, S. 15).
- Die türkische Regierung setzte das Wasser von Euphrat auch gegen Syrien ein und hat damit mehrfach kriegerische Auseinandersetzungen in greifbare Nähe gerückt. So versuchte sie in der Vergangenheit, Syrien in einem Wechselspiel von Zugeständnissen und Einschränkungen bei der Wasserzufuhr zur Aufgabe seiner Unterstützung der PKK zu bewegen (vgl. Dietziker 1998, S. 17). Die syrische Regierung dagegen protegierte die Stützpunkte der PKK auf ihrem Gebiet, um diese wiederum als Druckmittel für einen unverminderten Wasserabfluss des Euphrat einsetzen zu können.

In der Vergangenheit ist das Wasser des Euphrat und des Tigris bereits Ursache wie auch Mittel von Konflikten zwischen der Türkei und den arabischen Nachbarstaaten gewesen. Mit dem GAP hält die Türkei ein wichtiges machtpolitisches Instrument in Händen, das den Konflikt um das Wasser in eine neue Dimension gerückt hat. Nach der Fertigstellung des GAP sollen die 22 Staudämme 28 Prozent des gesamten Wasserpotentials der Türkei regulieren. Mit jedem neu gebauten Staudamm erhöht sich die Kontrolle der Türkei über die Abflussmengen des Euphrat und des Tigris und nach der Fertigstellung des GAP wäre es möglich, den südlichen Anrainerstaaten das Wasser in erheblichem Maße „abzudrehen“. Syrien und Irak stehen dem GAP insofern äußerst skeptisch gegenüber. Die Weltbank hat das außenpolitische Konfliktpotential des GAP schon früh erkannt und aus diesem Grund bereits 1984 eine Finanzierung der Staudammprojekte des GAP abgelehnt. (Bosshard, 1999).

2. Hintergrund und aktueller Stand des Ilisu-Staudammprojekts

„Bei allen unseren Projekten legen wir neben technischer Perfektion größten Wert auf soziale, kulturelle und ökologische Verträglichkeit unserer Anlagen. (...) Selbstverständlich werden wir das Projekt Ilisu nur dann weiter verfolgen, wenn vom Auftraggeber gewährleistet ist, dass die gestellten Anforderungen der internationalen Finanzinstitutionen und deren Regierungen erfüllt werden.“²²

Presseerklärung der VA-Tech, im Jahr 2001

2.1. Der Ilisu-Staudamm, Exportkreditagenturen und das alte Konsortium

Der Bau des Ilisu-Staudamms wurde bereits in den 1950er Jahren diskutiert. Auch wenn erste Machbarkeitsstudien schon 1971 fertig gestellt waren, dauerte die Verabschiedung des endgültigen Projektdesigns für den Staudamm noch bis zum Jahr 1982 (Turkish Embassy/Altinbilek 2000, S. 31). Doch aufgrund der fehlenden Finanzierung blieb das milliarden schwere Projekt noch 15 weitere Jahre ein Papiertiger, bis die Umsetzung der Pläne in Angriff genommen wurde (KHRP 2001, S. 9). Erst 1997 bekam ein Unternehmenskonsortium den Auftrag, den Ilisu-Staudamm zu bauen – allerdings ohne öffentliche Ausschreibung, wie es türkische Gesetze vorsehen.

Das Schweizer Unternehmen Sulzer Hydro wurde federführend mit dem Bau des Ilisu-Staudamms beauftragt. Während Sulzer Hydro (1999 aufgekauft von der österreichischen VA Tech) gemeinsam mit der Schweizer ABB Power Generation (im März 2000 an Alstom verkauft) die Verantwortung für den elektromechanischen Teil des Projekts erhielt, kam als zentrale Baufirma Balfour Beatty aus Großbritannien dazu. Die Union Bank of Switzerland (UBS) übernahm es, ein Finanzierungspaket zu erstellen. Um das finanzielle Risiko des Projekts abzusichern, wandten sich die Unternehmen an die Exportkreditagenturen (ECAs, s. Kasten 10) ihrer Länder.

Obwohl ECAs damals noch völlig im Geheimen agierten, wurde im Dezember 1998 bekannt, dass die Schweizer Exportkreditagentur ERG eine staatliche Bürgschaft für das Projekt zugesagt hatte, wenn auch unter dem Vorbehalt, dass die Exportkreditagenturen (ECAs) anderer Länder sich ebenfalls beteiligen würden. Die Öffentlichkeit reagierte alarmiert, da absehbar war, dass der Ilisu-Staudamm zu schwerwiegenden ökologischen Schäden, Menschenrechtsverletzungen und einer Verschärfung des Wasserkonflikts in Nahost beitragen würde.

a. Die Rolle von Exportkreditagenturen

Nichtregierungsorganisationen befürchteten nach der Zusage aus der Schweiz einen Dominoeffekt. ECAs hatten schon in den vorangegangenen Jahren unter Beweis gestellt, dass sie zur Exportförderung ihrer eigenen Unternehmen auch ökologisch und sozial extrem bedenkliche Projekte abnickten und Garantien ohne ausreichende Umweltprüfungen bewilligten, wie z. B. für den Dreischluchten-Staudamm in China: Nachdem die USA eine Beteiligung an dem Projekt abgelehnt hatten, ergriffen deutsche und Schweizer Unternehmen ihre Chance – und erhielten prompt die gewünschten staatliche Bürgschaften. Und das, obwohl angesichts von weit über einer Million Umsiedelnden und der politischen Lage in China absehbar war, dass es bei der Projektdurchführung

²² Pressemitteilung von VA TECH HYDRO vom 21. November 2001 mit dem Titel: Einhaltung internationaler Standards und Auflagen als Voraussetzung für Weiterverfolgung von Projekt Ilisu, Türkei.

zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen kommen würde.

ECAs standen Ende der 90er Jahre aufgrund ihrer mangelnden Berücksichtigung ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Aspekte massiv unter Druck. In etlichen Industrieländern waren Kampagnen entstanden, die eine Reform der Vergabep Praxis forderten. In Deutschland initiierten z. B. WEED und urgewald als Reaktion auf die Bürgerschaftsvergabe für den Drei-Schluchten-Staudamm die Hermes-Reformkampagne, die noch heute von über 100 Organisationen mitgetragen wird. ECAs sahen sich daher gezwungen, Umweltaspekte verstärkt in die Projektprüfung einzubeziehen. Um gleichzeitig zu verhindern, dass ECAs sich gegenseitig in ihren Standards unterbieten, wurde ein Informationsaustausch über besonders umweltrelevante Projekte etabliert. Ilisu wurde der erste Testfall für diese neue Kooperation zwischen ECAs.

Für das Konsortiums zum Bau des Ilisu-Staudamms kamen Unternehmen aus der Schweiz, der USA, Großbritannien, Schweden, Deutschland, Japan, Österreich, Italien und Portugal in Frage²³, so dass die ECAs dieser Länder in den Informationsaustausch und die Projektprüfung einbezogen waren. Insbesondere die britische ECA (Export Credits Guarantee Department, ECGD) nahm auf Druck der öffentlichen Kampagne und einzelner Abgeordneter eine intensive Untersuchung des Projekts vor.

b. Kritik an der alten Projektplanung

Zwei von der ECGD in Auftrag gegebene Gutachten über die Umsiedlungsproblematik (ECGD 1999) und die Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA 1999) kamen zu der eindeutigen Schlussfolgerung, dass das Projekt die relevanten Standards der Weltbank und der OECD bei weitem nicht einhält. Unter anderem wurde kritisiert, dass indirekte Umweltauswirkungen (z. B. von Stromleitungen oder assoziierter Industrie- und Landwirtschaftsentwicklung), die kumulativen Auswirkungen in Zusammenhang mit den übrigen Dämmen des GAP, Alternativprojekte sowie ein umfassender Umweltmanagementplan zur Abfederung der Umweltauswirkungen völlig unzureichend behandelt sind. In Bezug auf die türkische Wasserbehörde wurde festgestellt, dass frühere Zwangsumsiedlungen schlecht geplant und ausgeführt wurden und geprüft werden sollte, ob DSI überhaupt in der Lage ist, die auftretenden Probleme zu bewältigen. Die Mehrheit der lokalen Bevölkerung sei gegen das Projekt eingestellt, das Problem ungleicher Landverteilung sei nicht angegangen worden, ein Konsultationsprozess mit den Betroffenen habe nicht stattgefunden und es seien keine Zielgebiete für die Umsiedlung identifiziert worden.

c. Die Auflagen

Die Exportkreditagenturen gaben daher im Dezember 1999 vier Auflagen als Vorbedingung für eine positive Bürgerschaftsvergabe bekannt:

- die Erstellung eines Umsiedlungsplans nach international akzeptierter Praxis, einschließlich eines unabhängigen Monitoring;
- die Bereitstellung von Kläranlagen, die den Erhalt der Wasserqualität gewährleisten;
- eine Versicherung, dass ein angemessener Wasserabfluss jederzeit erfolgt;

²³ Das endgültige Konsortium, soweit es bekannt wurde, bestand aus Sulzer Hydro (später VA Tech), ABB (später Alstom), Balfour Beatty, der italienischen Impregilo, Skanska aus Schweden sowie den türkischen Baufirmen Nuroi, Kiska und Tekfen. Eine deutsche Niederlassung von Sulzer Hydro sollte Turbinen und Generatoren liefern.

- ein detaillierter Plan, das archäologische Erbe Hasankeyfs so weit wie möglich zu erhalten.

Die britische ECGD ergänzte dies durch die Bedingung einer öffentlichen Versicherung durch die türkischen Behörden, dass die vorgeschriebenen Konsultationen mit den Nachbarstaaten durchgeführt wurden.

Um diesen Auflagen zu genügen, beauftragten türkische Behörden Anfang des Jahres 2000 die türkische Beratungsfirma SEMOR mit einer Studie über die Zahl der voraussichtlich Betroffenen und ihre sozioökonomische Situation, obwohl SEMOR kaum Erfahrung mit Umsiedlungsprojekten dieser Größenordnung hatte. Laut Aussage der türkischen Regierung sollte der Umsiedlungsplan den Standards der Weltbank und der OECD entsprechen.

d. Die Kampagne

Unterdessen machte eine breite Koalition von Nichtregierungsorganisationen sich daran, eigene Informationen über das Projekt zusammen zu tragen. Eine Reihe von fact-finding missions²⁴ untersuchte die Situation vor Ort, sprach mit Betroffenen und Aktivisten vor Ort und verglich diese Informationen mit internationalen Richtlinien und den Aussagen der beteiligten Unternehmen und ECAs. Die Ergebnisse dieser Recherchen wurden den ECAs zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurden ParlamentarierInnen der beteiligten Länder informiert und aufgefordert zu verhindern, dass ihre Regierungen sich an diesem Projekt beteiligen, das nicht nur Umwelt und Kulturgüter zerstören, sondern auch zur Vertreibung zehntausender Kurdinnen und Kurden und zur Verschärfung des Wasserkonflikts in Nahost führen würde. Zudem war absehbar, dass das Projekt gegen eine Vielzahl internationaler Standards verstoßen würde. Durch breit angelegte Medienarbeit wurde die Öffentlichkeit informiert; Protestbriefe trafen bei den beteiligten Ministerien ein; der Kabarettist Mark Thomas tourte mit einem eigenen Programm zum Thema durch Großbritannien; die Unternehmen wurden mit der Kritik am Projekt konfrontiert.

e. Die Reaktion

Als Reaktion auf die öffentliche Kampagne und die von ihnen selbst erstellten Studien beauftragten die ECAs das Konsortium, eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu erstellen. Die Schweizer ECA beauftragte zudem die ehemalige Weltbankmitarbeiterin und Soziologin Dr. Ayse Kudat, den zwischenzeitlich von SEMOR erstellten Umsiedlungsplan zu bewerten. Ihr im August 2000 in die Öffentlichkeit durchgesickertes Gutachten zeigte, dass die Projektplanung aller Bemühungen zum Trotz noch immer weit von internationalen Standards entfernt lag und nicht einmal die Zahl der Betroffenen realistisch eingeschätzt worden war (s. Kapitel 2.3.).

Die Umweltverträglichkeitsprüfung wurde im April 2001 fertig gestellt und diesmal – im Gegensatz zu früheren Studien – veröffentlicht. Eine 200seitige Analyse dieser UVP durch Nichtregierungsorganisationen²⁵ folgte. Sie kommt zu dem Schluss, dass die UVP nicht einmal den selbst gesteckten Referenzrahmen, die Richtlinien der US-Ex-Im-Bank, erfüllt und das Projekt gegen eine Vielzahl

²⁴ U.a. sind die Berichte folgender Missionen verfügbar:

- Kurdish Human Rights Project et al. (2001): 'If the river were a pen ...' The Ilisu Dam, the World Commission on Dams and Export Credit Reform, KHRH, London
- National University of Ireland, Kurdish Human Rights Project: 'The Cultural and Environmental Impact of Large Dams in Southeast Turkey. Fact-Finding Mission Report. February 2005.

²⁵ Corner House, Ilisu Dam Campaign, Kurdish Human Rights Project, Friends of the Earth, Erklärung von Bern, Campaign An Eye on SACE, Pacific Environment, WEED.

von Weltbank- und OECD-Bestimmungen verstößt.

Die Exportkreditagenturen weigerten sich jedoch nach wie vor, die Konsequenz aus diesen eklatanten Mängeln zu ziehen und eine Bürgschaftsübernahme abzulehnen. Ihre gebetsmühlenartig vorgetragenen Antwort auf die Kritik der Nichtregierungsorganisationen lautete: „Wir werden alle Bedenken prüfen.“

f. Das Scheitern

Die beteiligten Unternehmen zeigten dagegen mehr Verantwortungsbewusstsein. Bereits im September 2000 hatte das schwedische Unternehmen seinen Rückzug aus dem Projekt bekannt gegeben. Zwar wurden Verhandlungsprobleme als Ursache genannt, zugleich gab aber der Firmensprecher Thor Krussel zu, dass die Umweltrichtlinien des Unternehmens verbessert worden waren und daher der Ilisu-Staudamm nicht mehr zur Unternehmensphilosophie passte (Ucar 2000; Brown 2000). Am 13. November 2001 folgten Balfour Beatty und die italienische Firma Impregilo. In ihren Pressemitteilungen machten sie für ihren Rückzug ökologische, soziale und wirtschaftliche Gründe geltend. Ende Februar 2002 gab auch die Schweizer Bank UBS ihre Beteiligung an dem Projekt auf. Sie begründete dies mit dem schleppenden Fortschritt des Projekts und mit der anhaltenden Unklarheit über soziale und ökologische Ausgleichsmaßnahmen. So scheiterte vorerst der Versuch, den Ilisu-Staudamm zu bauen.

2.2. Das Projektdesign

Der Ilisu-Staudamm wird von der türkischen Regierung vor allem mit dem stetig wachsenden Energiebedarf der Türkei begründet und ist das größte derzeit geplante Wasserkraftwerk in der GAP-Region. So ist er neben dem Karakaya-Staudamm der einzige GAP-Staudamm, der ausschließlich zur Stromgewinnung vorgesehen ist. Der Stausee soll eine Fläche von 312km² am Tigris fluten, auf einer Länge von 120 km, ca. 65 km vor der Grenze zum Irak. Die geplante Kapazität des Staudamms ist 1200 MW, die Leistung der Wasserkraftanlage soll 3,833 GWh betragen. Damit soll der Ilisu-Staudamm 16 Prozent zur Stromproduktion des GAP leisten beitragen. Die Staumauer soll 138 Meter hoch sein, die Länge 1820 Meter. Die erwartete Lebensdauer des Ilisu-Staudamms ist 50 – 100 Jahre. Der Baubeginn des Damms ist bereits für Ende 2005 geplant. Bis 2012 soll der Damm fertig gestellt sein, dann soll die Aufstauung des Wassers erfolgen.²⁶

2.3. Das neue Konsortium

Im Herbst 2005 startete die türkische Regierung – die den Staudammbau in der Zwischenzeit keineswegs aufgegeben hatte – mit dem alten Konsortialführer VA-Tech (ehemals Sulzer Hydro, s. Kasten 8) erneut Verhandlungen zum Bau des Ilisu-Staudamms. Bis Anfang 2005 hatte sich bereits ein neues Konsortium gebildet. Es besteht aus der VA-Tech (Österreich), Alstom (Schweiz), Ed Züblin (Deutschland) und Lider Nurol, Cengiz, Celikler, Temelsu (Türkei). Mit der VA-Tech und Alstom (ehem. ABB) sind die beiden einzigen Unternehmen aus dem alten Konsortium wieder mit dabei, die sich nie öffentlich vom Ilisu-Projekt distanziert haben.

²⁶ zu den technischen Daten des Staudamms siehe (DSI/ENCON 2005).

a. Verkauf der VA-Tech Hydro

Um die VA-Tech, die auch in der neuen Konstellation wieder Konsortialführer ist, hat es in den vergangenen Monaten einige Aufregung gegeben. Nachdem die EU-Kommission den hartnäckigen Übernahmeversuchen von Siemens endlich grünes Licht gegeben hatte, ging das österreichische Unternehmen in die Hände des deutschen Konzerns. Allerdings machte die EU-Kommission Siemens aufgrund wettbewerbsrechtlicher Bedenken zur Auflage, die Wasserkraftsparte der VA-Tech – die VA-Tech Hydro – zu verkaufen. Siemens wurde für den Verkauf des europäischen Marktführers bei Turbinen und Generatoren für Wasserkraftwerke eine Frist von acht Monaten eingeräumt.

Damit steht das Unternehmen, das den Ilisu-Staudamm federführend bauen soll, derzeit zum Verkauf. Aus internen Kreisen heißt es, dass die vorübergehende Übernahme der VA-Tech Hydro durch Siemens keinen entscheidenden Einfluss auf die Planungen für den Bau des Ilisu-Staudamms hatte und auch keinen haben wird. Tatsächlich deutet alles eher darauf hin, dass *business as usual* aufrechterhalten wird. Die VA-Tech Hydro wird von einem unabhängigen Treuhänder geführt und versichert ihren Kunden, dass die Geschäfte „wie bisher“ weiterlaufen werden. Auch Siemens hat deutlich gemacht, an einem Käufer interessiert zu sein, der das Geschäft der VA-Tech Hydro „so wie es ist weiter zu führen beabsichtigt“²⁷. Anders ausgedrückt: der Bau des Ilisu-Staudamms ist im Übernahmepaket enthalten. Es wird ein Verkaufspreis von bis zu 300 Millionen Euro erwartet.

Derzeit ist noch nicht klar, wer der neue Eigentümer der VA-Tech Hydro sein wird. Der Verkauf wird vermutlich erst Anfang 2006 stattfinden, allerdings wird auch schon Mitte Dezember als möglicher Verkaufstermin genannt. Bisher haben es sechs Kaufinteressenten in den Kreis der engeren Bewerber geschafft. Auf der sog. Shortlist befindet sich auch die Allianz Capital Partners, die Private-Equity-Gesellschaft der Allianz-Gruppe mit den Österreichern Erwin Soravia und eventuell Ex-VA-Tech-Chef Klaus Sernetz als Partnern (O.V. 2005). Nach internen Angaben sind alle Unternehmen, die sich auf der Shortlist befinden, an der Fortführung des milliarden schweren Ilisu-Staudamms interessiert.

Kasten 8: Übernahmekarussell

1997	Die Türkische Regierung übergibt den Auftrag für den Bau des Ilisu- Staudamms an Sulzer Hydro
1999	Sulzer Hydro wird von VA-Tech übernommen und als neuer Teil der Wassersparte bei der VA-Tech eingegliedert
2000	Sulzer Hydro heißt von nun an VA TECH ESCHER WYSS
2004	Siemens versucht die VA-TECH zu übernehmen
2005	Siemens übernimmt VA-TECH, muss VA-TECH Hydro verkaufen
2006	neuer Eigentümer von VA-TECH Hydro

b. Geheimhaltungspolitik

Das Konsortium betreibt die Vorbereitungen zum Bau des Ilisu-Staudamms weitestgehend im Verborgenen. Zu den wenigen relevanten Informationen, die an die Öffentlichkeit gegeben wurden, gehörte die Ankündigung einiger zentraler Dokumente:

²⁷ So Siemens Vorstandschef Albert Hochleitner im Interview mit dem österreichischem Nachrichtenmagazin NEWS im August 2005. URL: http://www.networld.at/articles /0528/30/116844_s1.html; 7.8.2005.

- **„neue, wesentlich verbesserte Umweltstudien“** nach international geltenden Richtlinien und Standards von OECD und Weltbank, mit den Schwerpunkten Wasserqualität im Stausee, Gewährleistung ausreichender Abflussmengen und dem Erhalt von Kulturgütern (insbesondere Hasankeyf);
- einen **Umsiedlungsplan**, der nach Weltbank-Standards angefertigt werden soll.

Nach Angaben der VA-Tech liegen die Berichte vor und sollen noch im November öffentlich zugänglich gemacht werden. Alstom hat in einem Brief vom Juni 2005 betont, dass das Lieferkonsortium „erklärtermaßen bereit ist den Dialog mit NGOs fortzusetzen, sobald die international üblichen Umweltberichte verfügbar sind“²⁸.

Trotzdem weigern sich die Unternehmen nach wie vor, weitere Informationen über den genauen Planungsstand zum Bau des Ilisu-Staudamms oder über den genauen Verhandlungsstatus mit der türkischen Regierung an die Öffentlichkeit zu geben.

Mit dem Bau des Ilisu-Staudamms wurde noch nicht begonnen. Nach Aussagen der Baufirma Züblin soll die Baustelle jedoch sofort nach Veröffentlichung der Studien – also noch im November 2005 - an das Konsortium übergeben werden. Dieses Vorgehen zeigt, dass weder die türkische Regierung, noch das Konsortium an einem ernsthaften Dialog mit der Öffentlichkeit interessiert sind. Alles deutet darauf hin, dass mit dem Bau schnell begonnen werden soll, ohne dass es eine öffentliche Diskussion über die Qualität der vorgelegten Dokumente gibt.

Das Projekt soll allem Anschein nach ohne Rücksicht auf die betroffene Bevölkerung und die Umwelt durchgesetzt werden. Dass das Konsortium nach Aussage des schweizerischen Konzerns Alstom für die Erstellung der Berichte 25 Millionen Euro beisteuert macht deutlich, welche Gewinne das Konsortium durch eine Beteiligung am Staudammbau erwartet.

2.4. Finanzierungsoptionen für den Ilisu-Staudamm

Der Auftragswert für den Ilisu-Staudamm wurde in den letzten Jahren mit 1,5 Mrd. US-Dollar angegeben. Nach internen Angaben ist diese Summe inzwischen auf gute 2 Mrd. US-Dollar angestiegen.

a. Notwendigkeit ausländischer Investoren

Es ist fraglich, ob die türkische Regierung die Auftragssumme aus eigener Kraft aufreiben können wird. In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts befand sich die Türkei noch in einer schweren Wirtschaftskrise mit einer Inflationsrate von zeitweise 150 %. Im Februar 2001 stand das Land noch am Rande eines Staatsbankrotts. Diese Situation hat sicherlich dazu beigetragen, dass sich die ausländischen Investoren aus einem Risikoprojekt wie dem Ilisu-Staudamm zurückgezogen hatten.

Auch wenn die türkische Wirtschaft derzeit an Fahrt gewinnt und die Inflation im Jahr 2004 erstmals seit 30 Jahren unter zehn Prozent lag, ist anzuzweifeln, dass die türkische Regierung über ausreichende Ressourcen zur Finanzierung des Staudamms verfügt. Es ist also davon auszugehen, dass die türkische Regierung zur Realisierung des Ilisu-Staudamms auf die

²⁸ Brief von Alstom an die ‚Erklärung von Bern‘, 16. Juni 2005.

Beteiligung ausländischer Unternehmen und Investoren angewiesen ist.

Es gibt allerdings Anzeichen dafür, dass die türkische Regierung Schwierigkeiten hat, Finanzpartner für den Bau des Ilisu-Staudamms zu finden. Bei einem Treffen des türkischen Sicherheitsrats im Herbst 2005 wurde beschlossen, weitere Staudammprojekte, darunter den Ilisu-Staudamm, als sog. BOT-Projekt über 49 Jahre durchzuführen (s. Kasten 10). 1996 hatte die türkische Regierung schon einmal geplant, Ilisu als BOT zu bauen, allerdings gab es damals keine Interessenten für diesen Auftrag, da das Projekt wirtschaftlich fragwürdig erschien (KHPR, 2001, S. 10). Hinzu kommt, dass nach 50 Jahren, eventuell schon früher, damit gerechnet werden muss, dass der Staudamm aufgrund von Sedimentierung unrentabel wird. Die türkische Regierung hätte dann die Aufgabe, einen nicht mehr profitablen Damm instand zu halten, ohne dass sie vorher mit dem Projekt Einnahmen erzielen konnte.

b. Beteiligung von Exportkreditagenturen?

Es ist unwahrscheinlich, dass die türkische Regierung diesmal Unternehmen und Banken findet, die ein derart langfristiges Risiko ohne Absicherung durch ECAs eingehen. Zudem ist das Projekt

Kasten 9: Das BOT-Modell

Die Abkürzung „BOT“ steht für „build-operate-transfer“ (deutsch: Bauen, Betreiben, Übertragen; Betreibermodell). Bei diesem Finanzierungsmodell überträgt der eigentliche Produzent, in diesem Fall die türkische Regierung, einige Teile oder die gesamte Produktion und Instandhaltung eines Projekts für eine limitierte Zeit auf den Investor, der dadurch gleichzeitig zum Betreiber wird. Durch die Gewinne amortisieren sich die Investitionen. Nach Ablauf der zugebilligten Nutzungsdauer wird das Projekt an die eigentlichen Auftraggeber zurückgegeben. In der Praxis wird aber häufig eine neue Konzessionsphase ausgehandelt, da der Kunde gewöhnlich wenig Interesse daran hat, die Anlage nun selbst zu betreiben.

nach wie vor umstritten. Das ist sowohl den beteiligten Unternehmen als auch in Bankenkreisen bekannt. Die Beteiligung kommerzieller Banken ist zentral, da nur so die beteiligten Unternehmen die hohe Auftragssumme vorfinanzieren können. Im ursprünglichen Konsortium oblag es der Union Bank of Switzerland (UBS), die Finanzierung für das Projekt zu arrangieren. UBS erklärte jedoch Ende Februar 2002 ihren Rückzug von dem Vorhaben, unter anderem aufgrund der mit dem Ilisu-Staudamm verbundenen ökologischen und sozialen Probleme.²⁹ Bisher ist nicht bekannt, welche Banken das neue Konsortium unterstützen. Allerdings werden sich die Banken gut überlegen, ob sie ohne Abdeckung des Risikos in ein solch umstrittenes und risikoreiches Großprojekt wie den Ilisu-Staudamm einsteigen.

Die beteiligten Unternehmen drängen zudem auf eine Beteiligung von ECAs. Nach Angaben von Alstom³⁰ beruht das Finanzierungskonzept für den Ilisu-Staudamm auf Exportkrediten und kommerzieller Finanzierung durch große Banken. Da die Umweltstudien und der Umsiedlungsplan bereits vorliegen, ist ein Antrag auf Deckung bei den infrage kommenden Exportkreditagenturen (ECAs) aus der Schweiz, Österreich und Deutschland sehr bald zu erwarten. Bereits in den letzten Monaten sind schon informelle Anfragen an die Schweizer ERG und die Österreichische Kontroll-

²⁹ Ob die UBS doch den Wieder-Einstieg erwägt, obwohl die Probleme kaum geringer geworden sind, oder welche andere Bank das Projekt zu finanzieren bereit sein könnte, war zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Studie noch nicht bekannt.

³⁰ Brief von Alstom an Erklärung von Bern vom 16. Juni 2005

bank erfolgt. Es ist derzeit nicht bekannt, ob Hermes schon einen (informellen oder formellen) Antrag auf Deckung vorliegen hat. Züblin hat jedoch explizit angekündigt, bei der deutschen ECA Hermes bald einen Antrag auf Deckung zu stellen (Brensell 2005, S. 8).

Von den ursprünglich beteiligten ECAs³¹ ist also zumindest bei Deutschland, Österreich und der Schweiz davon auszugehen, dass sie in Kürze vor der Entscheidung stehen, ob sie den Ilisu-Staudamm finanziell unterstützen werden. Zumindest die deutsche Euler Hermes Kreditversicherungs-AG und die Österreichische Kontrollbank haben ihre Bereitschaft schon bekannt gegeben, das Projekt erneut zu prüfen.

Es ist also davon auszugehen, dass die ECAs eine wichtige Rolle für die Durchführung des Projekts spielen werden. Die angekündigten Umweltstudien und der Umsiedlungsplan werden demnach einen zentralen Stellenwert für die Finanzierung des Ilisu-Staudamms haben.

Kasten 10: Exportkreditagenturen (ECAs)

Exportkreditagenturen (ECAs) unterstützen Exporte ihrer heimischen Unternehmen, die in Entwicklungs- und Schwellenländer gehen. Die Rolle von ECAs ist es vor allem, das politische und wirtschaftliche Risiko für die heimischen Unternehmen beim Export abzusichern. Alle Industriestaaten und zunehmend auch Schwellenländer haben eigene ECAs. Sie stellen eine Versicherung bereit, die es Unternehmen erleichtert, Bankkredite zur Vorfinanzierung der Exporte aufzunehmen. Einige Länder, darunter die USA, Kanada und Japan, vergeben zusätzlich direkte Kredite zur Exportfinanzierung.

Alle ECAs zusammen vergeben jährlich 50 bis 70 Mrd. US-Dollar an mittel- und langfristigen Exportkrediten und -versicherungen. Hinzu kamen in 2003 z. B. 570 Mrd. US-Dollar für kurzfristige Versicherungen. Damit sind ECAs die wichtigste öffentliche Finanzierungsquelle für große Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern

Die Funktionsweise

Für eine ganze Reihe ausländischer Unternehmen bedeuten die Investitionen wie Staudambbauten in Schwellen- und Entwicklungsländern zwar ein sehr interessantes Geschäft. Doch eine Beteiligung kommt für sie in der Regel nur dann in Frage, wenn staatliche Bürgschaften das *wirtschaftliche und politische Risiko absichern*. Werden die Lieferungen vom Geschäftspartner nicht bezahlt oder verhindern Krieg, Bürgerkrieg oder Zahlungsunfähigkeit des Landes die Überweisung des Betrags, zahlt bspw. die deutsche Bundesregierung den deutschen Lieferanten abzüglich eines Eigenanteils aus und fordert den Betrag vom Schuldnerland langfristig wieder ein. Durch die Verringerung des Risikos ist es für die Unternehmen möglich, Kredite billiger aufzunehmen. Den *Banken* bietet eine Beteiligung von Exportkreditagenturen den Vorteil, die Projektprüfung sowohl in ökonomischer als auch ökologischer und sozialer Hinsicht den ECAs zu überlassen. Der Öffentlichkeit gegenüber nutzen sie die Beteiligung von ECAs als Gütesiegel, um die Verantwortung für mögliche negative Auswirkungen abschieben zu können.

Die Folgen

Seit der Schuldenkrise der 80er Jahre ist so ein Defizit von 11 Mrd. Euro entstanden. Die Unternehmen zahlen für die Versicherungsleistung zwar eine Prämie, diese ist jedoch gerade bei Großprojekten nicht kostendeckend. Während so die Unternehmen im Risiko- oder Schadensfall ihre Verluste sozialisieren können, sind die

³¹ Deutschland, Großbritannien, Italien, Japan, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, USA.

Menschen in den Empfängerländern die eigentlichen Leidtragenden bei fehlgeschlagenen Projekten. Entweder, weil sie von den direkten Folgen der oft ökologisch und sozial verheerenden Projekte betroffen sind, oder weil ihre Regierungen im Zuge der durch ECAs entstandenen Auslandsverschuldung die Sozialprogramme kürzen, um Handelsschulden ans Ausland zu zahlen.

Der regulatorische Kontext

Aufgrund der z.T. schwerwiegenden Folgen der Projekte, die mit Beteiligung von ECAs umgesetzt werden, fordern Nichtregierungsorganisationen seit langem verbindliche ökologische und soziale Vergabekriterien. Im November 2001 nahmen die meisten der in der OECD zusammengeschlossenen Exportkreditagenturen die „Common Approaches on Environment and Officially Supported Export Credits“ an. In der überarbeiteten Fassung vom November 2003 erkennen alle OECD-Mitgliedsstaaten diese an.

In den Common Approaches bekennen sich die ECAs zwar zur Umweltverantwortung von Exportkreditagenturen und sehen die Erstellung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und deren Veröffentlichung 30 Tage vor einer Bürgschaftsentscheidung für besonders umweltrelevante Projekte, sog. Kategorie-A-Projekte, vor. Gleichzeitig bleiben eine Reihe von Schlupflöchern erhalten und die Einhaltung internationaler Standards wird zwar als Regel anerkannt, aber nicht verbindlich verlangt. Die Menschenrechtssituation in den Empfängerländern spielt als offizielles Kriterium für die Bürgschaftsentscheidung überhaupt keine Rolle.

Zurzeit diskutieren ECAs erleichterte Zahlungsbedingungen für den Bau von Großstaudämmen. Obwohl die negativen Auswirkungen von Staudämmen umfassend dokumentiert sind, wehren sich einige Exportkreditagenturen noch immer dagegen, die Einhaltung der Richtlinien der Weltstaudammkommission (WCD) als Voraussetzung für eine begünstigte Förderung festzuschreiben.³²

2.5. Vorbereitungen zum neuen Umsiedlungsplan

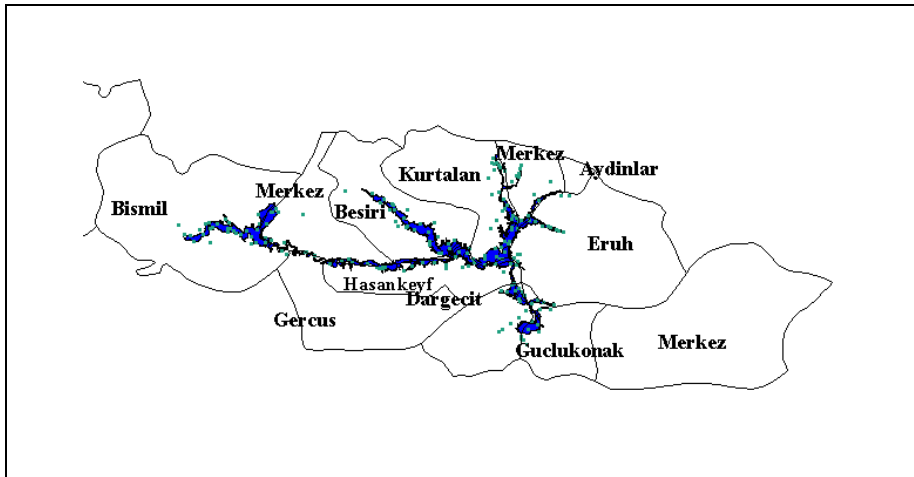
Unter dem alten Konsortium hatte die türkische Regierung auf Druck der involvierten ECAs zugesagt, einen Umsiedlungsplan zu erstellen, der den internationalen Standards von OECD und Weltbank entspricht. Eine 2000 an die Öffentlichkeit durchgesickerte Studie, die im Auftrag der Schweizer Exportkreditversicherung angefertigt wurde, deckte jedoch eklatante Mängel bei der Umsiedlungsplanung auf. Das Fazit aus dem alten Bericht der ehemaligen Weltbank-Expertin Ayse Kudat lautete, dass die wesentlichen bisherigen Umsiedlungsvorbereitungen für den Ilisu-Staudamm den gängigen internationalen Standards klar widersprachen. Die wichtigsten Kritikpunkte lauteten:

- Statt von 12 000 bis 15 000 Betroffenen, die von den Projektbetreibern angeführt wurden, musste laut Dr. Kudat mit bis zu 78.000 Betroffenen gerechnet werden;
- entgegen Weltbank-Standards wurde keine vollständige sozio-ökonomische Erhebung durchgeführt;
- entscheidende Daten über Landrechte, die Einkommensstruktur der Betroffenen, die Arbeitssituation in den Aufnahmestädten u.a. fehlten;
- entgegen Weltbank- und OECD-Standards wurden keine Alternativen zum Ilisu-Projekt bei den Planungen berücksichtigt und die Genehmigung des Projekts erfolgte, bevor ein Umsiedlungsplan erstellt wurde;

³² Ausführliche Informationen zur ECA-Reformkampagne unter <http://www.weed-online.org>, <http://www.urgewald.de>, <http://www.eca-watch.org>.

- Entgegen Weltbank und OECD Standards besteht keine Bereitschaft der Regierung ein ausreichendes Budget für die Umsiedlung bereitzustellen (s. Kudat 2000).

Abbildung 4: Die vom Ilisu-Staudamm betroffene Region³³



a. Das Ausmaß der zu erwartenden Umsiedlung

Mit der Flutung des Ilisu-Staudamms sollen die Kreisstadt Hasankeyf, 95 Dörfer und 104 Weiler (insgesamt 200 Siedlungen) komplett oder teilweise überflutet werden, auf einem Gebiet von über 300 km². Alles, was nicht abgebaut und wiederaufgebaut werden kann, soll verstaatlicht werden. Darüber hinaus wird angegeben, dass sich die vom Staudammbau Betroffenen auf dem Land oder in der Stadt neu ansiedeln können.

Auch wenn aufgrund der in den letzten Jahren verstärkt eingesetzten Entvölkerung in der Ilisu-Region voraussichtlich mit weniger Betroffenen als vor einigen Jahren gerechnet werden muss, ist nach wie vor mit mehreren zehntausenden zu rechnen, die umgesiedelt werden müssen. Die Kosten für die Umsiedlung werden ungefähr mit einer Milliarde Euro beziffert – sog. „Nebenkosten im Rahmen von Staudammbauten, die oft bei der Planung von Staudämmen vernachlässigt werden.“ (WCD 2000)

Es ist zentral, dass der Umfang und die Risiken der drohenden Massenumsiedlung im Vorbereitungsprozess eines Umsiedlungsplans klar identifiziert und im Dialog mit der betroffenen Bevölkerung angemessene Gegenmaßnahmen zur Abfederung der negativen Konsequenzen entwickelt werden. Alle verfügbaren Informationen deuten jedoch darauf hin, dass die Versäumnisse bei der Erstellung des alten Umsiedlungsplans auch beim neuen Umsiedlungsplan weitestgehend wiederholt werden.

Kasten 11: Anforderungen an einen Umsiedlungsplan

Ein Umsiedlungsplan sollte integraler Bestandteil der Vorbereitungen von Staudammprojekten sein. Er sollte eine umfassende Analyse des Umfangs und der Risiken der Umsiedlung identifizieren und klare Maßnahmen

³³ Auf der Karte sind die Landkreise der fünf betroffenen Provinzen Batman, Diyarbakir, Siirt, Sirkak, Mardin angegeben: Besiri, Gercüs, Hasankeyf, Bismil, Aydinlar, Eruh, Kurtalan, Güclükonak, Dargecit. ‚Merkez‘ bezeichnet die Provinzhauptstädte Batman, Siirt, Sirkak.

zur Lösung von negativen sozialen Auswirkungen entwickeln, die im Zusammenhang mit dem Bau des Staudamms zu erwarten sind. Einen ernst gemeinten Umsiedlungsplan zu erstellen würde bedeuten, von Dorf zu Dorf zu gehen, um die Menschen über die geplanten Maßnahmen ausführlich zu unterrichten, damit sie sich eine Meinung bilden können und die Möglichkeit haben, diese auch in die Planungen einzubringen.

(Kudat 2000)

b. Informationsdefizite und fehlende Konsultationen

Im März 2005 verteilte das türkische Wasserbauamt (DSI) und die mit der Erstellung des Umsiedlungsplans beauftragte Firma ENCON in der Region eine ‚Informationsbroschüre‘ zu den bevorstehenden Umsiedlungen (DSI/ENCON 2005). Darin wurden bereits einige Angaben zum Vorgang der Verstaatlichung, zu den Neuansiedlungen, den Gerichtsformalitäten für eine Entschädigung der Bevölkerung, der Bereitstellung von Kreditprogrammen und die Erhebung von Daten der sozio-ökonomischen Situation der Bevölkerung gemacht. Summen werden jedoch keine genannt.

Zu allen Angaben, die in der DSI/ENCON Broschüre gemacht werden, haben keine fairen und offenen Konsultationen mit der Bevölkerung stattgefunden. Die Menschen werden weitestgehend vor vollendete Tatsachen gestellt, ohne eine Möglichkeit, ihre Rechte wahrnehmen zu können.

So werden laut den Ankündigungen von DSI/ENCON für die von Überflutung bedrohten Siedlungen neue Ansiedlungsorte gesucht. Die betroffenen Menschen werden in diesen Prozess jedoch in keiner Weise einbezogen. Nicht einmal die Kommunalverantwortlichen und Bürgermeister der umliegenden Städte wurden konsultiert. Nach Angaben des Bürgermeisters von Hasankeyf, Vahap Kusen, wurde seine Stadt z.B. gar nicht erst von der Firma ENCON aufgesucht, die den Umsiedlungsplan erstellt hat. Und dies, obwohl schon offiziell darüber debattiert wird, an welchem Ort Hasankeyf neu angesiedelt werden soll. Sogar zu einer Versammlung in Ankara, in der es im Sommer 2005 um eben diese Frage ging, wurde der Bürgermeister von Hasankeyf nicht eingeladen.

„Wir wurden alle nicht konsultiert. Hier [im Südosten] werden Projekte geplant und der lokalen Bevölkerung als fait accompli präsentiert. Die Konsultationen die ENCON durchführt sind reine Publicity und eine Schande.“³⁴

Die türkische Regierung hat sich bei der Erstellung des neuen Umsiedlungsplans jedoch auf die Einhaltung von Weltbankstandards verpflichtet, ebenso hat das Konsortium deren Einhaltung angekündigt. Weltbank-Standards (OP 4.12) sehen jedoch Konsultationen im Rahmen der Erstellung von Umsiedlungsplänen vor. Statt der eigentlich angekündigten Konsultationen wurden im Rahmen der Erstellung des Umsiedlungsplans von der Firma ENCON dubiose Befragungen durchgeführt, deren Ergebnisse bisher nicht veröffentlicht wurden. Laut Berichten erfolgten diese im Einzugsgebiet des Ilisu-Staudamms durchgeführten Befragungen völlig unsystematisch und stichprobenartig. Besonders problematisch ist auch, dass Frauen überhaupt nicht in die Befragungen einbezogen werden. Es werden ausschließlich Männer befragt. Bewohner von Dörfern, die sich klar gegen den Staudambau ausgesprochen hatten und ihr Land nicht verlassen wollen, mussten sich langwierigen ENCON Befragungen unterziehen und hatten keine Chance, ihre Meinung zu artikulieren.

³⁴ Interview mit Vahap Kusen, WEED/FERN Delegation, Juli 2005, Diyarbakir.

Von Betroffenen wurde berichtet, dass ENCON-Mitarbeiter versucht haben, mit subtilen Wohlstandsbotschaften Zustimmung zum Ilisu-Staudammprojekt zu erhalten. Es wurden Fragen gestellt wie „Wollt ihr nicht in ein schönes, größeres Haus ziehen?“. Wichtige Fragen, die sich an den Ängsten und Wünschen der Menschen orientieren, wurden jedoch ausgelassen. Bewohner eines Dorfes in der Nähe von Hasankeyf äußerten sich besorgt über die Herangehensweise der ENCON Mitarbeiter:

„Vor kurzem wurden wir in eine lokale Polizeistation bestellt, dort wurde uns mitgeteilt, dass wir unser Dorf innerhalb von sieben Jahren verlassen müssen und das war alles.“³⁵

Für eine Einschätzung der durchgeführten Befragungen ist es wichtig zu berücksichtigen, dass eine freie Meinungsäußerung aufgrund der problematischen Menschenrechtssituation vor Ort nach wie vor eingeschränkt ist. Das Klima politischer Repression im Überflutungsgebiet des Ilisu-Staudamms erlaubt keine Gesprächssituation, in der die befragten Menschen ihre Bedenken, ihre Kritik und ihren Protest frei äußern können.³⁶ Dass von einer umfassenden Gewährleistung grundlegender demokratischer Freiheiten im Südosten der Türkei noch keine Rede sein, bestätigt auch die EU: Der letzte Bericht über den Fortschritt der Beitrittsverhandlungen der Türkei bemerkt, dass obwohl „die Regierung ihre Kontrolle über das Militär zunehmend behauptet“, „die Streitkräfte in der Türkei nach wie vor über eine Reihe informeller Mechanismen Einfluss“ ausüben. Der Bericht hält außerdem fest: „in zahlreichen Fällen [...] werden Journalisten und andere Bürger, die ihre Meinung friedlich äußern, noch rechtlich verfolgt“ (Europäische Kommission 2004, S. 170; S. 55).

Unter besonderer Bezugnahme auf den Südosten der Türkei hat die EU-Kommission sogar ihre Besorgnis über das Fehlen einer integrierten Strategie geäußert, die „zur Verringerung der regionalen Disparitäten und zur Deckung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung“ beiträgt und „der Schaffung der Voraussetzungen für die uneingeschränkte Wahrnehmung der Rechte und Freiheiten der Kurden“ (Europäische Kommission 2004, S. 20; S. 57) dient.

Dennoch wird der jahrelang währende politische und militärische Konflikt zwischen türkischer Regierung und der kurdischen Bevölkerung im Südosten der Türkei bei den Planungen zum Ilisu-Staudamm überhaupt nicht berücksichtigt. Dies ist aus folgenden Gründen problematisch:

- Im Einzugsgebiet des Ilisu-Staudamms liegen fünf Provinzen, in denen schon zahlreiche Dörfer während des 15 jährigen Konflikts entleert wurden. Die Entschädigungsansprüche und Bedürfnisse dieser Vertriebenen wurden bereits im alten Umsiedlungsplan komplett übergangen (s. Kudat 2000). Es gibt keine Hinweise darauf, dass dies bei den neuen Planungen anders ist.
- Die schwierige Menschenrechtsslage und die andauernden Auseinandersetzungen in den kurdischen Gebieten (s. Kasten XX) erschweren bzw. verunmöglichen eine effektive politische Partizipation der Bevölkerung, wie sie auch von internationalen Regulierungen und Standards verlangt wird. In dieser von Repression und Einschüchterung geprägten Situation ist ein Projektergebnis, in dem die Betroffenen ihre Interessen und Bedenken frei und offen einbringen können, nicht gewährleistet. Die Fortführung und Realisierung dieses Projekts unter den jetzigen Bedingungen

³⁵ Gespräch mit Bewohnern eines Dorfes in der Nähe von Hasankeyf, WEED/FERN Delegationsreise, Juli 2005

³⁶ siehe auch Kapitel 2.9. und Kasten 4.

würde eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention – die von der Türkei 1954 schon ratifiziert wurde - sowie des Artikel 6³⁷ des Vertrags von Nizza nach sich ziehen.

Problematisch sind auch die massiven Informationsdefizite vor Ort. Relevante Informationen werden gar nicht bzw. nur selektiv und beschönigend in die Öffentlichkeit gegeben. Dies wurde in Gesprächen und Interviews mit BewohnerInnen aus betroffenen Dörfern, mit ArchäologInnen, mit VertreterInnen lokaler Behörden und von Vereinen immer wieder bestätigt.

Die Versäumnisse der türkischen Regierung, im Rahmen der Erstellung des neuen Umsiedlungsplans (RAP) die betroffene Bevölkerung angemessen zu konsultieren, stellt sowohl einen klaren Rechtsbruch der EU-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, der Weltbank *Operational Policies* bezüglich „unfreiwilliger Umsiedlung“ (OP 4.12) und der Umweltverträglichkeitsprüfung (OP 4.01) dar, auch bezüglich der einschlägigen Richtlinien der OECD und der Empfehlungen der Weltstaudammkommission dar.

Kasten 12: Anstelle effektiver Konsultationen gibt es kluge Ratschläge

Was sie tun können (Sizin Yapabilecekeriniz):

- aktive Beteiligung bei der Erstellung des Umsiedlungsplanes
- nach allen Informationen über die neuen Ansiedlungsmöglichkeiten die beste Entscheidung für die Familie fällen
- an den Informationsveranstaltungen teilnehmen und die eigene Sichtweise sowie Vorschläge mit den Experten teilen
- Die auf den Versammlungen aufgenommenen Informationen im Familien -und Freundeskreis weiterverbreiten
- Bei den Umfragen ehrlich und offen antworten und die die Umfrage Durchführenden unterstützen
- Bei der selbstorganisierten Umsiedlung mit den Hilfsstellen beraten wie sie ihr Geld am besten einsetzen können

aus: DSI/ENCON Broschüre, März 2005

c. Verschlechterung der Lebenssituation

Für die Bereitstellung neuer Ansiedlungen kündigt die türkische Regierung gemäß Weltbankstandards an, dass es den Betroffenen nach der Umsiedlung mindestens genauso gut gehen müsse, wie in ihren alten Strukturen. Sie müssten die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt gemäß den vorher ausgeübten Tätigkeiten zu verdienen. (DSI/ENCON 2005)

Es gibt jedoch derzeit keinerlei erkennbare Strategie, die ökonomischen Probleme und die hohe Arbeitslosigkeit in der Region erfolgreich zu bekämpfen und den Menschen im Zuge eines Staudammbaus eine wirtschaftliche und soziale Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Die Erfahrungen, die mit anderen Umsiedlungen im Zuge des Staudammbaus im GAP bestehen (s. Kapitel 1), lassen jedoch befürchten, dass die betroffenen Menschen durch den Staudammbau wenig Aussicht auf eine Verbesserung ihres Lebensstandards haben werden. Im Gegenteil, es ist eine dramatische Verschlechterung zu befürchten.

³⁷ "The Union is founded on the principles of liberty, democracy, respect for human rights and fundamental freedoms, and the rule of law, principles which are common to the Member States." Article 6 of the Treaty on European Union.

Abbildung 5: Dorfbewohnerin in der Umgebung von Hasankeyf

(Foto: Heike Drillisch, WEED)

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Menschen in der Region ausreichend für ihre Verluste entschädigt werden. Nach Flutung des Ilisu-Gebiets werden von ca. 320 km², die geflutet werden, ca. 200 km² fruchtbares Ackerland sein. Insofern ist die Möglichkeit, die Menschen mit Land zu entschädigen, sehr begrenzt.



Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen im Rahmen anderer Umsiedlungsprozesse, dass Landlose keine Entschädigungen erhalten. Dies trifft auf viele Kleinbauern in der ebenen Region zu, in der der Ilisu-Staudamm geplant wird. Die Besitzverteilung ist hier noch ungleicher als im übrigen kurdischen Gebiet. Es handelt sich zumeist um Grundstücke von Großgrundbesitzern, das kultivierbare Land ist unter einigen wenigen Familien verteilt. Viele der Kleinbauern können ihren Landbesitz nicht nachweisen. Es wird geschätzt, dass 50 Prozent keine Landtitel besitzen. Hinzu kommt noch ein großer Anteil landloser Familien (ca. 35 Prozent), die sich mit Viehzucht, als Wanderarbeiter oder als Tagelöhner in den Städten oder mit anderen Gelegenheitsjobs durchschlagen müssen (Morivardi, 2002, S. 14; Kudat 2000, S. 12).

Erschwerend kommt hinzu, dass nach Angaben von Gök-Der (Verein der Vertriebenen) zahlreiche Grundstücke von Bauern bei der Umsetzung vergangener Staudammprojekte im Rahmen des GAP vom Katasteramt nicht registriert worden sind. Gleiches ist im Einzugsgebiet des Ilisu-Staudamms zu erwarten.



Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass vor allem Großgrundbesitzer von Entschädigungszahlungen profitieren werden.

Abbildung 6: Gehöft eines Dorfes in der Nähe von Hasankeyf

(Foto: Heike Drillisch, WEED).

Ohne ausreichende Entschädigungen sehen die Zukunftsperspektiven der meisten Betroffenen jedoch schlecht aus. Frauen aus dem Dorf Meymuniye im Flutungsgebiet des Ilisu-Staudamms berichten, dass die Familien arm sind und ihnen kein Land gehört. Die Frauen bauen das notwendige an und werden dabei von den Kindern und Männern unterstützt. Die Männer und Jungen gehen Fischen. Mit der Vertreibung würden sie alles verlieren. Eine Hoffnung auf ausreichende Entschädigung oder gar ein angenehmeres Leben haben sie nicht (Ronayne 2005a, S.71).

Vor allem für Frauen wird die Umsiedlung schwerwiegende Konsequenzen haben, ihre Belange werden bisher in den Umsiedlungsplanungen so gut wie überhaupt nicht berücksichtigt. Handan Coskun stellt dazu fest:

„Die Staudämme bieten keine Alternative zum Lebensunterhalt der Frauen. Das Entschädigungsgeld wird an die Männer ausgezahlt. Die Frauen besitzen kein Land und sie haben keine Rechte (...). Das ist der Grund, warum die Frauen in ihren Dörfern bleiben möchten.“³⁸

Kasten 13: Weltbankstandard OP 4.12

OP 4.12 verlangt u.a., dass Umzusiedelnde über ihr Recht auf Konsultation informiert werden und dass sie an den Profiten des Projekts beteiligt werden müssen.

www.worldbank.org

d. Verschärfung der sozialen Situation in den Städten

Die meisten der Umgesiedelten werden ein ähnliches Schicksal erleiden müssen wie die tausenden von Vertriebenen und Umgesiedelten in der Region. Vielen wird keine andere Wahl bleiben, als in die nahe gelegenen Städte zu ziehen. Dadurch würde sich die ohnehin schon dramatische Situation in den Elendsvierteln der Region erheblich verschärfen. Die Aufnahme mehrerer zehntausender Menschen ist durch die Städte kaum zu verkraften. Die lokalen Behörden und die Stadtverwaltungen haben keine Kenntnis über Programme oder ausreichende Gelder, die einen angemessenen Umgang mit diesem Problem erlauben würde.

Zugleich ist nicht zu erwarten, dass sich die Situation in den Städten durch die Rückführung von ehemaligen Flüchtlingen entspannen wird. Die Türkei hatte sich gegenüber der UN und der EU zwar verpflichtet, für die freiwillige Rückkehr der Vertriebenen zu sorgen. Im Vorfeld der Entscheidung über die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen bemühte sie sich, eine positive Bilanz ihrer Rückführungspraxis zu zeichnen: ein Drittel der Flüchtlinge – deren Gesamtzahl offiziell nur auf 378 000 beziffert wird – seien bereits in ihre Heimat zurückgekehrt.

Nach Angaben von *Human Rights Watch* wartet jedoch die Mehrheit der Flüchtlinge noch immer auf die versprochene Hilfe der türkischen Regierung, um in ihre Heimat zurückzukehren: Die tatsächliche Zahl der Rückkehrer liegt in einigen Gebieten bei weniger als einem Fünftel der offiziellen Schätzungen (HRW 2005a, S.1). Seit sechs Jahren läuft bereits das „Rückkehr in die Dörfer“ - Projekt, das bisher jedoch kaum Erfolge vorzuweisen hat (HRW 2005b).

Kasten 14: Die Situation der Menschen im Stadtteil Ben u Sen³⁹

Ben u Sen ist einer der Slums innerhalb der Stadtmauern Diyarbakirs im Südosten der Türkei. Die Slumbewohner sind weitestgehend Vertriebene. Es gibt keine genauen Angaben darüber, wie viele Menschen aufgrund von Staudammprojekten nach Diyarbakir vertrieben worden sind.

Die Lebensbedingungen der Vertriebenen in Diyarbakir sind schlecht, die Menschen sind sehr arm, es fehlt an Wohnraum, an Arbeit (70 % Arbeitslosigkeit), an Geld und an Unterstützung. Die Vertriebenen beschreiben ihre Lebensumstände als menschenunwürdig und betonen, dass das vom türkischen Staat verabschiedete Gesetz zur Wiederansiedlung und Entschädigung bisher kaum umgesetzt worden ist. Diyarbakir wird viele der tausend Umgesiedelten und Vertriebenen aufnehmen müssen, wenn der Ilisu-Staudamm gebaut wird.

³⁸ zitiert nach Ronayne 2005b, S.25.

³⁹ Quelle: Interviews mit Vertriebenen und BewohnerInnen im Stadtteil Ben u Sen, WEED/FERN Delegationsreise im Juli 2005.

Rückkehrwillige werden vor allem an einer Rückkehr gehindert, weil ihre Häuser und Dörfer komplett zerstört wurden und/oder unbewohnbar sind, es keine Sicherheitsgarantien in abgelegenen Orten gibt, es auf dem Land an der nötigen Infrastruktur (Elektrizität, Telefonleitungen, Verkehrsverbindungen, Schulen) fehlt, sich in vielen verlassenen Dörfern noch Minen befinden und nach wie vor extralegale Hinrichtungen durch Militäreinheiten stattfinden. (HRW 2005b)

Eine der zentralen Gründe, warum so wenige Vertriebene einen offiziellen Antrag auf Rückführung in ihre Dörfer gestellt haben, ist jedoch das berüchtigte Dorfschützersystem⁴⁰, das entgegen der Ankündigungen des türkischen Staates bisher keinesfalls abgeschafft worden ist. In einigen Fällen haben sich die Dorfschützer das Land der Vertriebenen angeeignet und sind heute noch bereit, zur Verteidigung der illegal angeworbenen Besitztümer Gewalt anzuwenden (HRW 2005b, S. 9f). Rückkehrer werden auch gezwungen, sich selbst als Dorfschützer zu Verfügung zu stellen. Eine Entschädigung erhalten nur diejenigen, die eine Erklärung unterschreiben, nach der ihre Häuser und Felder durch die PKK zerstört worden seien.

In ihrem 2003 veröffentlichten Regelmäßigen Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt nimmt die Europäische Kommission erstmals Bezug auf die Lage der Vertriebenen und konstatiert: „Das Programm für die Rückkehr in die Dörfer schreitet sehr langsam voran. Um die Probleme der Binnenvertriebenen zu lösen, die sozioökonomische Entwicklung der Region umfassend voranzutreiben und die kulturellen Rechte allgemein zu fördern, sind ernsthafte Anstrengungen erforderlich“ (Europäische Kommission 2003, B.1.6.).

Im Juli 2004 verabschiedete das türkische Parlament zwar ein Entschädigungsgesetz⁴¹, nach dem Flüchtlingen bereits ab Ende 2004 Kompensationen für materielle Schäden zustehen, die ihnen zwischen 1987 und 2004 im Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen zugefügt wurden. Es ist nicht bekannt, dass bisher Zahlungen in nennenswerter Höhe auf der Grundlage des Entschädigungsgesetzes erfolgt sind. Auch Pläne der türkischen Regierung, eine eigenständige Behörde zur Rückführung der Binnenvertriebenen zu gründen, wurden nicht umgesetzt (HRW 2005b, S. 24 ff).

Die Europäische Union warnt in ihrem Fortschrittsbericht von 2004 erneut, dass „die Lage der Binnenvertriebenen (...) nach wie vor kritisch (ist, d. Verf.) und viele unter (...) prekären Bedingungen“ (Europäische Kommission 2004, B.1.3) leben. Auf der Grundlage dieses Berichtes forderte das EU-Parlament die Türkei auf: „Weitere Maßnahmen sollten gezielt die Empfehlungen des Sonderbeauftragten für Vertriebene des UN-Generalsekretärs aufgreifen“ (Europäisches Parlament 2004, S. 172).

e. Keine öffentliche Akzeptanz für den Ilisu-Staudamm

Als eine der zentralen Voraussetzungen, damit ein Staudammbau erfolgreich ist, benennt die WCD die öffentliche Akzeptanz für geplante Staudammbauten:

„Die Entscheidungsverfahren müssen die effektive Mitwirkung aller Gruppen ermöglichen und zur nachweislichen Akzeptanz von Grundsatzentscheidungen führen.“ (WCD 2000, S.18)

⁴⁰ Das Dorfschützersystem existierte schon zu Bürgerkriegszeiten. Es funktionierte so, dass unter Androhung von Vertreibung und Gewalt einzelne Bewohner kurdischer Dörfer gezwungen wurden mit dem Militär zu kooperieren. Als sog. Dorfschützer mussten sie PKK-Mitglieder denunzieren, wenn diese im Dorf erschienen.

⁴¹ Law on Compensation for Damage Arising from Terror and Combating Terror (Law 5233 – “Compensation law”).

Laut türkischem Menschenrechtsverein (IHD) ist die Mehrzahl der Bevölkerung in der vom Ilisu-Staudamm betroffenen Region eindeutig gegen den Bau des Ilisu-Staudamms und befürchtet vor allem Nachteile. Die Ankündigungen der türkischen Regierung, dass es den Menschen nach der Umsiedlung nicht schlechter als vorher gehen soll, werden als reine Propaganda eingeschätzt. Die ablehnende Haltung gegenüber dem Ilisu-Staudamm wird durch Gespräche und Interviews von verschiedensten europäischen Delegationen in die Region bestätigt. (s. auch ORF 29.9.2005)

„Die wenigen, die sich in der Vergangenheit dafür ausgesprochen haben glauben, dass eine Kompensation sie aus ihrer schwierigen Lebenslage retten wird. Dieser Staudamm wird jedoch keinen Wohlstand bringen, sondern nur Nachteile.“⁴²

Eine Frau aus dem Dorf Meymuniye, welches durch den Ilisu-Stausee überflutet werden soll, klagt:

„Niemand in den umliegenden Dörfern oder in Hasankeyf möchte den Staudamm.“ (Ronayne 2002, S. 71)

Im Gespräch mit einer Delegation (Ronayne 2005b) äußerten sich männliche Mitglieder aus den Dörfern Yazlica und Caltepe in der Provinz Sirnak, die nach Batman vertrieben worden sind, definitiv gegen den Staudamm. Obwohl ihre Dörfer von der Überflutung durch den Ilisu-Stausee bedroht sind, wurden sie bisher nicht konsultiert. Ein Dorfmitglied aus Caltepe äußerte der Delegation gegenüber:

„Ich akzeptiere keine Kompensationen, auch wenn sie mir ganz Batman geben würden. Ich möchte zurück in mein Dorf. Die Zerstörung von Geschichte werde ich nie akzeptieren. Wenn sie sagen, dass sie uns informiert hätten, lügen sie. Sie [der türkische Staat] lügt überall, sie lügen die EU an und die EU hört auf die Menschen mit Macht und Geld.“

Ein anderes männliches Dorfmitglied ging soweit zu sagen, dass er seit langem auf die Rückkehr in sein Dorf Yazlica wartet und das Konsortium sowie Geldgeber sollten wissen, dass er sich selbst verbrennen würde falls sein Dorf in den Fluten untergehen sollte. Mit der Überflutung würde sein Leben keinen Sinn mehr ergeben (Ronayne 2005a, S. 73, Fußnoten 292, 293).

Weit verbreitet ist auch die Auffassung, dass der türkische Staat mit dem Ilisu-Staudamm vor allem die Absicht verfolge, durch den Ilisu-Stausee die kurdischen Dörfer und Provinzen voneinander zu trennen um die Gegend besser kontrollieren zu können.

Doch es gibt auch einige, die sich durch die Umsiedlung ein besseres Leben erhoffen. Auf der jüngsten Delegationsreise (Anfang November 2005) sagten zwei Frauen im Alter zwischen 30 und 40 aus einem Dorf nahe Hasankeyf:

„Mein Sohn ist von 2 Monaten bei einem Unfall gestorben. Ich will nicht, dass sein Grab überflutet wird. Und ich will nicht in der Stadt leben ohne Einkommen. Wenn ich schon umziehen muss, dann will ich eine Verbesserung meines Lebensstandards. Dann ist der Umzug okay.“

⁴² Interview mit Mitgliedern vom Menschenrechtsverein - WEED/Fern Delegation 14.7.2005.

„Ich will nach Batman ziehen, weil ich mich in meinem Dorf langweile. Ich habe 6 Kinder und das Leben ist sehr hart. Wir kommen hier kaum über die Runden, müssen uns im Winter Geld von den Schwiegereltern leihen, weil wir das Futter für die Tiere kaufen müssen. Mehrere meiner Schwager leben in Batman und haben da Arbeit, da will ich auch hin.“

e. Schwere Versäumnisse

Die Praxis bei der Erstellung des neuen Umsiedlungsplans macht deutlich, dass die Kritik an der alten Umsiedlungsplanung der türkischen Regierung nach wie vor aktuell ist: die Interessen der betroffenen Menschen bleiben außen vor. Nationale Gesetze werden ebenso wenig umgesetzt wie internationale Standards.

Tabelle 2: Kritik am alten Umsiedlungsplan noch aktuell

Zentrale Kritik am alten Umsiedlungsplan 2000 ⁴³	Zentrale Kritik an den Vorbereitungen zum neuen Umsiedlungsplan 2005
Entgegen Weltbank -und OECD Standards wurden keine Alternativen zum Ilisu-Projekt berücksichtigt	Bleibt bestehen
Die Genehmigung des Projekts fand statt, bevor ein Umsiedlungsplan erstellt wurde, dies entspricht weder Weltbank noch OECD Richtlinien	Bleibt bestehen
Entgegen Weltbank-Standards wurde keine vollständige sozio-ökonomische Erhebung durchgeführt; entscheidende Daten über Landrechte, die Einkommensstruktur der Betroffenen, die Arbeitssituation in den Aufnahmestädten u.a. fehlen	Bleibt bestehen
Entgegen Weltbank und OECD Standards besteht keine Bereitschaft der Regierung ein ausreichendes Budget für die Umsiedlung bereitzustellen	Bleibt bestehen
Entgegen Weltbank -und OECD Richtlinien wurden Frauenbelange nicht gesondert untersucht	Bleibt bestehen
Entgegen Weltbankstandards wird sich nach aller Voraussetzung die sozio-ökonomische Lage der Umgesiedelten verschlechtern. Es sind keine Programme erkennbar, um die Umgesiedelten auf ihr neues Leben vorzubereiten oder sie auch nach der Umsiedlung zu betreuen	Bleibt bestehen
Zur Umsetzung der „best practice“-Richtlinien von Weltbank und OECD sind noch tief greifende institutionelle Reformen in der Türkei nötig seien.	Bleibt bestehen

Die internationalen Erfahrungen mit Infrastrukturprojekten vom Ausmaß des geplanten Ilisu-Staudamms zeigen deutlich, dass Konsultationen mit der betroffenen Bevölkerung und ein damit einhergehender Einfluss auf die Projektplanung unabdingbar sind, damit ein ausreichender Schutz ihrer Interessen gewahrt werden kann.

Die türkische Regierung wird mit ihrer Umsiedlungspolitik vermutlich nicht einmal die schwachen Vorgaben der Weltbank im Bereich der Umsiedlung einhalten. Die Weltbank verlangt (OP 4.12), dass die Lebensverhältnisse der durch Umsiedlung von Staudambauten betroffenen Menschen nach der Umsiedlung zumindest denen davor gleichwertig sein müssen. Leben Menschen vor der Umsiedlung also in Armut, dann dürfen die Menschen nach der Umsiedlung nicht ärmer sein, aber sie müssen auch nicht ein Leben jenseits der Armut führen (restore livelihood).

⁴³ nach Kudat 2000.

Hier besteht ein signifikanter Unterschied zu den Empfehlungen der Weltstaudammkommission, die im Falle von Umsiedlungen eine wirkliche Verbesserung des Lebensstandards der Betroffenen fordern: Eine der 7 strategischen Prioritäten, die die WCD zur Entscheidungsfindung beim Bau von Großstaudämmen vorsieht, ist, dass nachteilig betroffene Menschen zu den bevorzugten Nutznießern des Projekts gehören. Die Weltbank bezeichnet dies zwar auch als wünschenswert, hält jedoch eine Wiederherstellung der Einkommen und Lebensstandards für ausreichend. Dies vernachlässigt, dass in der langen Planungsphase von Staudämmen das Einkommen der Anwohner/innen meistens schon deutlich sinkt und eine Umsiedlung in der Regel zu einem wesentlich höheren Angewiesensein an Geldvermögen führt, da gemeinschaftlich genutzte Ressourcen vom Stausee vernichtet werden.

2.6. Kulturgüter

Das Gebiet, auf dem der Ilisu-Staudamm errichtet werden soll, beherbergt eine Vielzahl historisch bedeutsamer Stätten. Bereits in der Steinzeit siedelten sich hier Menschen an, errichteten vor über 9000 Jahren feste Siedlungen, betrieben Ackerbau und begannen, Tempel zur Verehrung von Göttern zu errichten. Später kreuzten sich Assyrer, Perser, Griechen, Römer, Abbasiden, Byzantiner und Seldschuken. Mit der Überflutung von 15 Kleinstädten und 52 Dörfern, von Gärten und Auengehölzen, Wiesen, Weiden und Feldern, Kiesbänken und Steilufern ginge eine einzigartige Kulturlandschaft verloren.

a. Flutung der historischen Stadt Hasankeyf

Besonders umstritten ist die Entscheidung der türkischen Regierung, mit dem Bau des Ilisu-Staudamms die historische Stadt Hasankeyf zu fluten. Dabei ist Hasankeyf die einzige Stadt in der Region, die vollständig aus der Antike erhalten geblieben ist. Mit seiner mehrere tausend Jahre alten Vergangenheit birgt dieser Ort ein reichhaltiges historisches Erbe verschiedenster Zivilisationen und Völker. Hasankeyf ist ein bedeutender Ort der assyrischen, christlichen, abassidisch-islamischen und osmanischen Geschichte in der Türkei. Unter abassidischer, persischer, römischer, byzantinischer und osmanischer Herrschaft behauptete sie ihre besondere Stellung. An der Seidenstraße gelegen, war es ein bedeutendes überregionales ökonomisches Zentrum. Seit dem Mittelalter ist der Ort auch eine Pilgerstätte für viele Muslime, aufgrund des Grabmals Iman Abdulahs, das jährlich nicht weniger als 30.000 Pilger anzieht.

Die einzigartigen Zeugnisse der Vergangenheit, wie die Pfeiler einer gewaltigen mittelalterlichen Brücke, Moscheen aus dem 15. Jahrhundert, eine Raubritterfestung und zehn tausende Höhlen, von denen einige bis vor kurzem bewohnt wurden, sollen in den Fluten des Stausees untergehen. Doch nicht nur als ein Ort mit besonderer kultureller und historischer Bedeutung für die Bewohner, sowie für das gesamte kurdische Volk ist Hasankeyf von unschätzbarem Wert, sondern auch als Kulturgut der Menschheit insgesamt.

Aufgrund seiner Bedeutung wurde Hasankeyf bereits 1978 vom türkischen Kulturministerium voller archäologischer Schutz gewährt. 1981 wurden insgesamt 22 Bauten in den Rang von Kulturdenkmälern der ersten Kategorie erhoben, darunter Hasankeyf. Diese Kulturgüter genießen höchsten Schutz. Außerdem unterzeichnete die Türkei 1983 die Pariser UNESCO-Konvention für den *Erhalt des kulturellen und natürlichen Erbes der Welt* vom November 1972. Damit verpflichtete sich das Land, eine Auswahl von Naturgebieten, Denkmälern und historischen Stätten zu schützen und ge-

gebenfalls ihre Aufnahme in die Liste des „Weltkulturerbes“ zu beantragen.⁴⁴ Außerdem unterschrieb die Türkei im Januar 1992 das *Europäische Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes (revidiert)*, das im Mai 2000 in Kraft getreten ist.⁴⁵

Auch das EU-Parlament wies auf die hohe kulturelle Bedeutung Hasankeyfs und der anderen Kulturgüter in der Region hin und forderte die Türkei auf, „ihre Wahrnehmung ethnischer und religiöser Minderheiten grundlegend zum Positiven zu verändern, beispielsweise indem sie deren Beitrag zum kulturellen Erbe des Landes würdigt“ und fordert insbesondere, „dass die türkische Regierung einige dieser besonderen Beiträge wie beispielsweise Hasankeyf, Ani, Zeugma oder Aghtamar für wert befundet, in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen zu werden“ (Europäisches Parlament 2004, S. 9).

Doch die Türkei hat andere Pläne. Es ist längst beschlossene Sache, dass das archäologische und kulturelle Erbe Hasankeyfs und andere Kulturgüter unter den Fluten des Ilisu-Staudamms begraben – und damit zerstört werden sollen. Das neue Projektdesign für den Staudamm wurde bei den neuen Planungen nicht verändert, um die Stadt vor der Überflutung zu bewahren. Dennoch kündigte die türkische Regierung Verbesserungen hinsichtlich des Umgangs mit der antiken Stadt Hasankeyf an.

Kasten 15: Beschlossene Sache: die Flutung von Hasankeyf

„Die Siedlung von Hasankeyf wird vollständig unter den Stauwassern des Ilisu-Damms versinken und damit alle dort existierenden Kulturgüter. Die dort ausgeführten archäologischen Arbeiten versuchen, die Kulturgüter über und unter der Erde zu retten, zu dokumentieren und nach Möglichkeit in Sicherheit zu bringen.“

Homepage der türkischen Regierung zum GAP⁴⁶

b. Angekündigte „Rettungsarbeiten“ zur Bewahrung des kulturellen Erbes

1998 wurde zwischen dem türkischen Kulturministerium, der Wasserbehörde DSI und der Middle East Technical University (METU) eine Vereinbarung getroffen, um die vom Ilisu-Staudamm bedrohten Kulturgüter zu retten⁴⁷. Das METU-Centre for Research and Assessment of the Historic Environment (TACDAM) hat die wissenschaftliche Leitung der Grabungen übernommen. Seit dem hat sich eine Vielzahl türkischer und ausländischer Universitäten und Forschungseinrichtungen⁴⁸ an dem Projekt beteiligt. Auch türkische Museen sind mit der Aufsicht über einzelne Forschungen involviert. Im *steering committee* des Rettungsprojekts sind neben Vertretern der METU-Universität und TACDAM auch die Wasserbehörde DSI, das GAP-Direktorium, Kulturbehörden sowie private Sponsoren⁴⁹ vertreten.

⁴⁴ zur Ratifizierung der UNESCO-Konvention durch die Türkei siehe: <http://whc.unesco.org/en/statesparties/tr>.

⁴⁵ European Council, European Convention on the Protection of Archaeological Heritage (Revised). URL: <http://conventions.coe.int/Treaty/en/Treaties/Html/143.htm>. KHRP 2001, S. 76.

⁴⁶ <http://www.gapturkiye.gen.tr/deu/kultur/index.html> (5.10.2005).

⁴⁷ Die Vereinbarung regelt gleichzeitig Rettungsarbeiten für vom Karkamis-Staudamm am Euphrat bedrohte Kulturgüter. Da dieser bereits im Jahr 2002 fertig gestellt werden sollte, lag der Schwerpunkt der Arbeit zuerst in dieser Region. Die Arbeit im der Ilisu-Gebiet kam nur schleppend voran.

⁴⁸ Darunter die Universitäten von Bryn Mawr, Binghampton, Utah, Akron, Münster, München und Rom sowie das American Research Institute (ARIT), das Deutsche Archäologische Institut, das Prager Orientinstitut und das Französische Anatolian Research Institute.

⁴⁹ Hilton Hotels und Hewlett Packard

Ziel des Rettungsprojekts ist es,

- einige bedeutsame Denkmäler zu restaurieren und an anderer Stelle wieder aufzubauen;
- andere archäologische Stätten inner- und außerhalb Hasankeyfs auszugraben und zu dokumentieren;
- aus der antiken Zitadelle auf dem - Hasankeyf und den geplanten Stausee überragenden - Steilufer einen archäologischen Park zu schaffen.⁵⁰



Abbildung 7: Das markante Minarett der Rizk-Moschee in Hasankeyf. Nach der Überflutung wird nur noch die Spitze zu sehen sein.

(Foto: Heike Drillisch, WEED)

Für die ‚Rettungsarbeiten‘ in Hasankeyf hat die türkische Regierung im Projektbudget 30 Millionen Euro eingeplant. Für Klassifizierungs- und Ausgrabungsarbeiten (sowie Umsiedlung bedeutender Denkmäler) in der Ilisu-Region – von der die meisten Gelder nach Hasankeyf gehen werden – werden jedoch bereits schon vom ausländischen Konsortium 25 Millionen Euro beigesteuert. Das genaue Budget für die Ausgrabungsarbeiten ist nicht bekannt. Allerdings scheint die türkische Regierung selbst nur einen vergleichsweise geringen Betrag für die groß angekündigte ‚Rettung‘ der Kulturgüter in der Region beizutragen.

c. Zweifelhafte Angemessenheit des Rettungsplanes

Vom Bau des Staudamms bis zur Überflutung sollen sieben Jahre vergehen. In dieser Zeitspanne ist es unmöglich, auch nur die wichtigsten Artefakte vor den Fluten zu bewahren. Vergleichbare Ausgrabungen im ähnlich bedeutenden Ephesus dauern bereits seit 100 Jahren an.⁵¹ Zudem ist Hasankeyf als „lebendes Museum“ mit seinen vielen Höhlen, archäologischen Schätzen und filigranen Belegen mittelalterlicher Baukunst nicht einfach an einem anderen Ort aufzubauen. Insbesondere die einmalige Lage am Steilufer des Tigris und die daraus resultierende Verzahnung von Natur und Kultur lässt sich an anderenorts nicht rekonstruieren.

Dennoch sollen die kurzen Zeitspannen durchgesetzt werden, ungeachtet der Einigkeit unter Experten darüber, dass die historische und archäologische Bedeutung der antiken Stadt noch weitestgehend unerforscht ist. Noch weniger Beachtung haben die bekannten und vermuteten historischen Stätten in der Umgebung von Hasankeyf erfahren, für die es bisher überhaupt nur ansatzweise eine kartographische Erfas-

⁵⁰ s. URL: <http://www.metu.edu.tr/home/wwwmuze/tacdam2002/>.

⁵¹ Kurdish Human Rights Project et al., S.77.

sung gibt. Welche Forschungserkenntnisse mit den Hunderten archäologischer Stätten im Überflutungsgebiet verloren gehen würden, lässt sich nicht einmal vermuten

ArchäologInnen kritisieren zudem, dass TACDAM sowie die vor Ort tätigen türkischen und internationalen Grabungsteams mehr oder weniger willkürlich je nach ihrem eigenen Interesse bestimmte



Forschungsaspekte auswählen. Türkische Wissenschaftler spezialisierten sich z. B. stark auf die Blütezeit Hasankeyfs im Mittelalter (ohne dabei zu erwähnen, dass die damaligen Dynastien kurdisch waren), während ausländische Forscher Stätten untersuchten, die zu ihrem jeweiligen Forschungsschwerpunkt passten. Es wird kritisiert, dass weder eine Strategie noch bestimmte Entscheidungskriterien erkennbar sind, anhand derer Grabungsstätten ausgewählt würden. Auf der Website von TACDAM sind zwar jährliche Fortschrittsberichte der Teams zu finden, aber es gibt keinerlei Angaben, was in der verbleibenden Zeit erreicht werden soll. Von einem „Rettungsplan“ kann daher nicht die Rede sein

Abbildung: Fensterportal in Hasankeyf

(Foto: Heike Drillisch, WEED).

Ein gravierendes Manko der kulturhistorischen Rettungsarbeiten ist zudem die einseitige Fokussierung auf die länger zurück liegende „glorreiche“ Vergangenheit. Die jüngere Geschichte wird völlig vernachlässigt. Wie Maggie Ronayne aufzeigt (Ronayne 2005) besteht z. B. die Gefahr, dass unter dem Stausee auch Beweise für im letzten Jahrhundert begangene Verbrechen verschwinden, z. B. Massengräber von im Bürgerkrieg Verschwundenen und zerstörte Dörfer. Auch die armenische Geschichte, z. B. die Funktion der Höhlen als Verstecke zur Zeit der Verfolgung, wird außer Acht gelassen. Ein wichtiger Aspekt, der erforscht werden müsste, ist die Bedeutung bestimmter Orte für die jetzt im Gebiet ansässige Bevölkerung. Die orale Tradition zu erforschen, ist im sog. „Rettungsplan“ von TACDAM jedoch überhaupt nicht vorgesehen.

d. Bisher durchgeführte Maßnahmen

Wie Mitglieder einer Delegationsreise nach Hasankeyf im Oktober 2005 feststellten, sind im Verlauf der letzten fünf Jahre sichtbare Fortschritte erzielt und etliche antike Gebäudekomplexe freigelegt worden.⁵² Zieht man jedoch in Betracht, wie wenig Zeit bis zur geplanten Flutung der Ilisu-Region zur Verfügung steht, wird offensichtlich, wie aussichtslos das Unterfangen ist, den kulturellen Reichtum im Überflutungsgebiet auch nur annähernd dokumentieren zu wollen.

Zudem wird von Experten erhebliche Kritik an den bereits durchgeführten Ausgrabungen (2002 – 2004) in Hasankeyf geübt. Die bisherigen Arbeiten seien mangelhaft gewesen und ließen bis heute an Kompetenz und Sorgfalt zu wünschen übrig. Durch eine unprofessionelle Vorgehensweise seien so u.a. bei

Vermessungen erhebliche Schäden an den Kulturgütern verursacht worden. Eine angemessene Erfassung und Bemessung der vorhandenen Kulturgüter sei nicht erfolgt.

⁵² VertreterInnen von WEED und The Corner House besuchten Hasankeyf im Oktober 2000 sowie im Oktober 2005.

Zudem scheinen nicht einmal alle zur Verfügung stehenden Ressourcen für die Rettung der von Überflutung bedrohten Stätten verwandt zu werden. Im Sommer 2005 wurden zum Beispiel in der Zitadelle oberhalb Hasankeyfs Arbeiten durchgeführt, etliche Gebäude wurden freigelegt. Die Zitadelle ist vom Bau des Staudamms jedoch gar nicht betroffen, da sie sehr hoch liegt. Dass diese Arbeiten überhaupt zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführt werden, anstelle sich angesichts der knappen Zeit auf Arbeiten in den Überflutungsgebieten zu konzentrieren, ist nicht nachvollziehbar. Dies hängt wohl eher damit zusammen, dass die Zitadelle zum Tourismuszentrum ausgebaut werden soll – der Rest geht in den Fluten unter.

Inzwischen hat das DSI nach der Aussage von Archäologen⁵³ den Vertrag mit TACDAM gekündigt. Als Gründe werden Korruption und Inkompetenz genannt. Sollte sich dies auch offiziell bestätigen, würde dies die Kritik von NGOs und unabhängigen ExpertInnen bestätigen, die seit langem auf die mangelhaften Ausgrabungsarbeiten hinweisen. Durch diese unzureichende institutionelle Verankerung der archäologischen Arbeiten wurde nun offensichtlich noch einmal zusätzlich die so kostbare knappe Zeit verschwendet. Wie die Zuständigkeiten künftig geregelt sein sollen, ist derzeit noch unklar. Es ist zu befürchten, dass weitere Zeit ohne umfassende Fortschritte verloren geht und nur bestimmte Aspekte erforscht werden, wenn die Zuständigen einen engen eigenen Themenzuschnitt haben.⁵⁴

Mit dem Bau des Ilisu-Staudamms würde die türkische Regierung sowohl gegen ihre eigenen Gesetze zum Erhalt archäologischer Kulturgüter als auch gegen archäologische *best practice* verstoßen. Ungeahnte Kulturschätze in Hasankeyf sowie im Umland würden unerforscht in den Fluten untergehen. Hasankeyf als einmaliges Ensemble kann nicht an anderer Stelle wieder aufgebaut werden. Einzelne Monumente sollen zwar versetzt werden, ein „Rettungsplan“ im eigentlichen Sinne existiert jedoch nicht. Insbesondere die jüngere und mündlich überlieferte Geschichte findet in den Rettungsmaßnahmen keinerlei Berücksichtigung.

2.7. Umweltauswirkungen

In ökologischer Hinsicht sind vom Ilisu-Staudamm massive und nicht revidierbare Veränderungen zu erwarten. Die bisher sichtbar gewordenen Auswirkungen schon gebauter Staudämme im GAP-Gebiet und anderswo (s. Kap. 1,5) sind auch für den Ilisu-Staudamm zu erwarten.

Der Stausee wird den Tigris-Strom auf etwa 120 km Länge in ein stehendes Gewässer umwandeln. Dies hat immense ökologische Folgen für Flora und Fauna sowohl im Fluss als auch in den umgebenden Ökosystemen. Die ökologischen Funktionen des Flusses gehen dadurch verloren. Mit jedem weiteren Staudamm verschärfen sich diese Probleme. Als einer der größten Staudämme des GAP würde der Ilisu-Staudamm die Erdbebengefahr im Südosten der Türkei erhöhen und hätte deutliche klimatische Auswirkungen. Prof. İlyas Yılmazlı von der Yüzüncü Yıl Universität in Van warnte z. B. bei der Internationalen Wasserkonferenz in Diyarbakir am 30. Oktober 2005 vor einer Veränderung des Mikroklimas. Der Vizebürgermeister von Diyarbakir İlhan Diken thematisierte bei derselben Konferenz die zu erwartende Zunahme von Tropenkrankheiten.

Abhängig von der Jahreszeit werden z. B. bis zu 190 km² Uferland freiliegen und der Malariaaus-

⁵³ Die folgenden Informationen gehen auf ein Interview zurück, das WEED mit der Archäologin Maggie Ronayne im Oktober 2005 in Diyarbakir durchgeführt hat.

⁵⁴ zu Standards für Ausgrabungen siehe: Ronayne 2005a.

breitung Vorschub leisten. Als Gegenmaßnahmen sind jedoch lediglich Bildungsprogramme für die Bevölkerung geplant – ein kaum ausreichendes Mittel. Von den über 300 km², die überflutet werden sollen, sind zwei Drittel sehr fruchtbares Land, während die umliegende Hänge ausgesprochen karg sind. Über geplante Ausgleichsmaßnahmen ist jedoch nichts bekannt. Noch wurde bisher ein Aufforstungsprogramm gestartet, dessen sofortiger Beginn dringend geboten wäre, um den Boden zu verbessern und die Erosion gering zu halten. Ein besonderes Problem wird die Verschlechterung der Wasserqualität darstellen, da die Abwässer der umliegenden Gemeinden und Städte überwiegend ungeklärt in den Tigris geleitet werden. In Diyarbakir und Batman sind zwar Kläranlagen gebaut worden oder in Planung, diese erfassen jedoch nur einen Teil der dort wohnenden Haushalte. Der Ilisu-Stausee droht daher, zu einer giftigen Kloake zu werden. Dies gefährdet alle Menschen, die für Trinkwasser oder Fischfang auf den Fluss angewiesen sind – nicht nur in unmittelbarer Nähe des Sees, sondern auch flussabwärts in Syrien und im Irak. Die Aussicht, dass der neu entstehende See die Region ökologisch bereichern könnte und als Erholungsgebiet oder Erwerbsquelle für Fischer einen positiven Beitrag zur Entwicklung leisten könnte, erscheint insofern völlig unrealistisch.

a. Die türkische Umweltgesetzgebung

Trotz seiner absehbaren massiven ökologischen Auswirkungen wurde der Ilisu-Staudamm 1982 ohne die Berücksichtigung von Umweltauswirkungen geplant. 1993 wurden in der Türkei zwar Umweltstudien zur Pflicht, ältere Projekte bleiben davon aber ausgenommen. Nach türkischem Recht könnte Ilisu daher ohne ökologische Folgenabschätzung und Ausgleichsmaßnahmen gebaut werden. Die türkische Wasserbehörde DSI hatte angegeben, dass sie eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung nur durchführen werde, wenn diese von den beteiligten Unternehmen oder Regierungen verlangt werde. Dies macht deutlich, dass ihr Interesse an der Reduzierung von Umweltschäden durch das Projekt gering ist.

b. Die Umweltstudien von 1999 und 2001

Um internationale Finanzierung erhalten zu können, wurden dennoch einige Umweltstudien erstellt. Diese erwiesen sich allerdings als äußerst mangelhaft, wie ein von der britischen Regierung beauftragtes Gutachten (ERM 1999) feststellte. Die Exportkreditversicherungen verlangten daher als Voraussetzung für eine Bürgschaftsvergabe die Erstellung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die im Jahr 2001 von einem internationalen Gutachterteam (IEG⁵⁵) vorgelegt wurde. Auch diese Studie ist jedoch äußerst unvollständig und kommt in Teilen zu nicht nachvollziehbaren Schlussfolgerungen. Eine von Nichtregierungsorganisationen beauftragte Analyse von Philip Williams & Associates (PWA 2001) kritisiert insbesondere, dass die technischen Dokumente, auf denen die UVP fußt, nicht öffentlich zugänglich sind und somit eine detaillierte Bewertung der UVP schwer möglich ist.

Dennoch ist offensichtlich, dass die Arbeit der IEG internationalen Normen für die Durchführung von UVPs nicht entspricht. Teilweise werden widersprüchliche Aussagen getroffen, z. B. über die Bedeutung des Cizre-Damms für das Ilisu-Projekt. Weder werden die Auswirkungen veränderter Wasserabflüsse auf die flussabwärts lebenden Flussanrainer untersucht, noch die sich verschlechternde Wasserqualität und daraus resultierende Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung quantifi-

⁵⁵ Die Ilisu Engineering Group besteht aus Hydro Concepts Engineering (Schweiz) (Federführung), Hydro Quebec International (Kanada), Colenco (Schweiz) und Dolsar (Türkei).

ziert. Ebenso wenig wurden die im Falle eines Dammbrochs betroffenen Gebiete identifiziert oder die kumulativen Wirkungen des Ilisu-Staudamms in Zusammenhang mit den anderen Dämmen des GAP untersucht. Auch die Analyse von Alternativprojekten, die nach internationaler Gepflogenheit Teil einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist, bleibt vollkommen mangelhaft. Zudem wurden offensichtlich übliche technische Studien zur Modellierung von Langzeitfolgen unterlassen. Und in wesentlichen Aspekten bleibt die UVP schlüssige Begründungen für getroffene Annahmen schuldig, z. B. bei der Festsetzung der Mindestdurchflussmenge.

c. Verbesserte Umweltverträglichkeitsprüfung 2005?

Laut Ankündigung des Konsortium wurden dieses Jahr „neue wesentlich verbesserte Umweltstudien nach geltenden internationalen Richtlinien und Standards (OECD, Weltbank)“ erstellt (s. Kapitel 2.3.) Es wurde jedoch nicht bekannt gegeben, welche Firma mit der Erstellung beauftragt wurde, noch welche Daten aufgenommen werden sollten oder wie der Prozess der Erstellung der Studien vonstatten ging. Nach informellen Informationen wurde dasselbe Gutachterteam beauftragt, dass bereits 2001 die UVP erstellte. Damals bestanden allerdings erhebliche Zweifel an der Unabhängigkeit der Gutachter.

Wie zwischenzeitlich verlautete, ist diese UVP mittlerweile fertig gestellt, wurde aber noch nicht veröffentlicht. Eine genaue Bewertung der Studie war daher zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichts nicht möglich. Verschiedene Hinweise legen jedoch nahe, dass lediglich einige Ergänzungen zu den alten Dokumenten erstellt wurden, während die umfassendere Kritik an der alten UVP unberücksichtigt bleibt.

Dafür spricht zum einen, dass dasselbe Team wie 2001 beauftragt wurde. Aber auch die angekündigten Schwerpunkte der Studie - die Wasserqualität im Stausee, die Gewährleistung ausreichender Abflussmengen sowie der Erhalt von Kulturgütern (insbesondere in Hasankeyf)⁵⁶ - sprechen dafür, dass zentrale Aspekte wie die kumulativen Auswirkungen der Stauseen, Folgen für die flussabwärts lebende Bevölkerung oder eine neue Bewertung von Alternativprojekten nicht durchgeführt wurden. Eine Delegation von WEED und FERN erfuhr im Juli 2005 von einem ehemaligen Mitarbeiter des DSI in Diyarbakir, dass die Mehrheit der Flora und Fauna im Überflutungsgebiet nicht untersucht und bewertet wurde. Mehrere ExpertInnen und Betroffene, darunter der Bürgermeister von Hasankeyf, äußerten die Ansicht, dass lediglich die alte UVP aufpoliert werden solle, um der Regierung und den Finanziers einen „Persilschein“ für die Bewilligung des Projekts zu liefern.

Ob diese Einschätzung zutrifft, lässt sich erst nach Veröffentlichung der UVP beurteilen. Schon jetzt ist allerdings offensichtlich, dass von einer Konsultation mit Betroffenen im Rahmen der Erstellung der UVP – einer Regelung, die sowohl die Weltbank als auch die Exportkreditagenturen und die EU verlangen - nicht die Rede sein kann.

d. Ungenügender Referenzrahmen für die Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Konsortium hat als Referenzrahmen für die neue Umweltverträglichkeitsprüfung die Standards von OECD und der Weltbank angegeben. Die Empfehlungen der Weltstaudammkonferenz, die die

⁵⁶ Schreiben von Alstom an die Erklärung von Bern, 16. Juni 2005.

internationale „best practice“ beim Staudammbau darstellen (Scudder 2005), werden dagegen außer Acht gelassen.

Kasten 16: Weltbankstandard zu Umweltverträglichkeitsprüfungen

Die *Operational Policy* OP 4.01 in Verbindung mit den *Bank Procedures 4.01 on Environmental Assessments* der Weltbank legt technische Standards fest, die bei der Erstellung einer Umweltverträglichkeitsprüfung eingehalten werden müssen. Dazu gehören unter anderem eine Alternativenprüfung, inklusive einer ‚no project option‘, und die *Konsultation mit Betroffenen* bei der Erstellung der UVP.

Die im Jahr 2001 veröffentlichte UVP für den Ilisu-Staudamm hatte in mehrfacher Hinsicht gegen Weltbank-Richtlinien verstoßen. Die oben beschriebene Situation lässt darauf schließen, dass auch die neue UVP die Richtlinien nicht einhalten wird, u.a. was die Prüfung von Alternativen und Konsultationen im Rahmen der UVP angeht.

Damit würde das Projekt auch gegen die Umwelleitlinien der Exportkreditversicherungen verstoßen⁵⁷. Diese beziehen sich ihrerseits auf die safeguard policies der Weltbank und sehen u. a. vor, dass für besonders umweltrelevante (Kategorie-A-) Projekte eine UVP erstellt wird, die u. a. eine detaillierte Analyse von Alternativen, einen Umwelt-Managementplan und Protokolle der Gespräche enthält, die geführt wurden, um sich über die Ansichten der betroffenen Bevölkerung, lokaler Nichtregierungsorganisationen und Behörden zu informieren. Die EU-Kommission hat bereits deutlich gemacht, dass es ihr ein dringendes Anliegen ist, dass die Türkei auf dem Gebiet der Umweltverträglichkeit aufholt. Dies zeigt sich an der Tatsache, dass die UVP-Richtlinie in das Beitrittsdokument (Accession Agreement) aufgenommen wurde: Der Vertrag über die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei (Richtlinie 2003/398/EC) verlangt von der Türkei ausdrücklich die „Anwendung und Durchsetzung der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung“ (Europäischer Rat 2003, S. 49). Diese Vorgabe sollte die Türkei bereits 2002/2003 erfüllen. Die Richtlinie 97/11/EG (Europäischer Rat 1997) verlangt u. a., dass der betroffenen Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben wird, sich vor der Erteilung der Genehmigung zu den Ergebnissen der UVP zu äußern.

Dass die Türkei bis heute davon absieht, die EU-Vorgaben für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung für das Ilisu-Projekt umzusetzen, ist höchst bedenklich. Als Begründung gibt die türkische Regierung an, dass die Planungen für den Ilisu-Staudamm zeitlich vor den Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU begonnen haben. Da die Vertragsabschlüsse noch ausstehen, ist dieses Argument jedoch nicht stichhaltig und verrät eher ein massives Desinteresse der türkischen Regierung an europäischen Umweltstandards. Aufgrund seiner politischen Bedeutung im Kurdengebiet und als strategischer Faktor gegenüber den Nachbarstaaten soll die Umsetzung des Staudamms offensichtlich nicht durch die Einhaltung von Umweltrichtlinien gefährdet werden.

⁵⁷ "Recommendation on Common Approaches on Environment and Officially Supported Export Credits" in der Fassung vom 18.12.2003.

2.8. Der Ilisu-Staudamm und der Konflikt um das Wasser

Der Ilisu-Staudamm ist der größte der derzeit geplanten Staudämme und von zentraler strategischer Bedeutung für die türkische Regierung. Zusätzlich ist auf der 65 km langen Strecke zwischen dem Ilisu-Staudamm und der Grenze zum Irak noch ein weiterer Staudamm (Cizre-Staudamm) geplant, der der Bewässerung dienen soll.

Als ein zentraler Bestandteil des GAP berührt das Ilisu-Staudammprojekt in erheblichem Maße die Interessen der flussabwärts gelegenen Nachbarstaaten Irak und Syrien. Sollte der Ilisu-Staudamm gebaut werden, hätte das erhebliche Auswirkungen auf die beiden Anrainerstaaten.

a. Der Ilisu-Staudamm als mögliches Machtinstrument

Wie jeder Staudamm bietet der türkischen Regierung auch das Ilisu-Projekt die Möglichkeit, den Unteranliegern die Wasserzufuhr abzuschneiden. Mit dem Ilisu-Staudamm würde sich die Kontrolle über das



Wasser in erheblichem Maße erhöhen: Bei einem maximalen Speichervolumen des Stausees von 10,4 Milliarden Kubikmeter und einem normalen Betriebsvolumen von 7,46 Milliarden Kubikmeter besteht ein Reserve-Staupotential von ca. 3 Milliarden Kubikmeter. Angesichts einer jährlichen Durchflussmenge des Tigris von 15 Milliarden Kubikmeter – wovon rund die Hälfte auf die kurze Regenzeit entfällt – würde das Rückhaltevolumen des geplanten Ilisu-Reservoirs die Türkei also

dazu befähigen, den Wasserzufluss in die beiden Anliegerstaaten für mehrere Monate erheblich zu verringern. (Bosshard 1999).

Mit der Fertigstellung aller am Tigris geplanten Dämme würde die Türkei 50% des Abflusses des Tigris in den Irak und nach Syrien kontrollieren. Mit dem Ilisu-Staudamm ein weit reichendes Machtinstrument gegenüber seinen Nachbarstaaten in

b. Reduzierung des Wasserabflusses

Auch wenn der Ilisu-Staudamm ausschließlich zum Zwecke der Energiegewinnung vorgesehen ist und nicht zur Bewässerung dienen soll, wird er die Wasserknappheit am Unterlauf des Tigris erhöhen und die Hydrologie⁵⁸ des Flusses gravierend verändern. Während er einerseits alle kleinen und mittleren Frühjahrshochwasser auffangen und erst im Herbst größere Wassermassen abgeben wird, wird es andererseits je nach Elektrizitätsbedarf zu großen Schwankungen des Wasserabflusses im Tagesverlauf kommen.

⁵⁸ Die Hydrologie ist Wissenschaft vom Wasser, seinen Eigenschaften und seinen Erscheinungsformen auf und unter der Landoberfläche sowie in Küstengewässern; hier u.a.: die im folgenden beschriebenen Schwankungen des Wassers im Jahreszeiten/Tagesverlauf.

Vor dem Hintergrund der Wasserproblematik in der Region und der geopolitischen Spannungen mit Syrien und Irak hatten die ECAs der türkischen Regierung zur Auflage gemacht, dass mindestens 60 m³/s des Tigris aus dem Stausee nach Syrien und Irak abfließen müssen, falls der Damm gebaut wird. (s. Kapitel 2.1.) Diese Zahl orientiert sich jedoch an einer früheren Rekorddürre und würde nur so viel in den Irak und Syrien abfließen lassen wie zu Zeiten extremer Dürre in den 60er Jahren. Seither ist die Zahl der Personen, die existenziell auf das Flusswasser angewiesen ist, jedoch stark gewachsen. Möglicherweise wird daher in Trockenzeiten überhaupt kein Wasser aus dem Ilisu-Staudamm mehr bis zur Grenze gelangen. Rechnet man ein, dass unterhalb von Ilisu ein zusätzlicher Staudamm für Bewässerungszwecke (Cizre-Damm), geplant ist, ist zu befürchten, dass in trockenen Sommern kaum noch Wasser an der türkisch-syrischen Grenze ankommen wird. Andererseits werden große Flutwellen den Staudamm nach wie vor passieren, was zu einer erhöhten Überschwemmungsgefahr für die unterhalb lebenden Flussanrainer/innen führen wird.

Berücksichtigt werden muss auch, dass während der Auffüllphase des Stausees nur geringe Wassermengen abfließen: Nach Schätzungen würde dadurch allein die Hälfte der jährlichen Abflussmenge des Tigris beansprucht werden. Zudem ist mit einer weiteren Verschlechterung der Wasserqualität zu rechnen. (s. Kapitel 2.6.), was erhebliche Auswirkungen auf die Anrainerstaaten haben wird.

c. Keine Information und Konsultation mit Irak und Syrien

Einer der zentralen Kritikpunkte, die Ende der 1990er Jahre an den Planungen zum Ilisu-Staudamm geäußert wurden, war die mangelnde internationale Kooperationsbereitschaft der türkischen Regierung. Obwohl der Ilisu-Staudamm die Interessen der beiden Anrainerstaaten substantiell berührt, hatte die türkische Regierung im Vorfeld der Planungen weder Syrien noch den Irak offiziell über ihr Vorhaben informiert. Auch sind keine offiziellen Konsultationen durchgeführt worden.

Das internationale Völkergewohnheitsrecht - eine der Quellen des Völkerrechts – erlegt den Staaten jedoch Pflichten auf, die die Durchführung und Planung von Projekten beabsichtigen und die eine erhebliche grenzüberschreitende Umweltbeeinträchtigung für andere Staaten zur Folge haben können. Der türkische Staat wäre auch nach dem Völkerrecht dazu verpflichtet gewesen, bereits mit Beginn der Planung des Ilisu-Staudamms die Unterrainerstaaten zu konsultieren und offiziell zu informieren. Damit hatte die türkische Regierung bereits in der Planungsphase gegen völkerrechtliche Pflichten verstoßen. (Epiney 2000, S. 75f)

Ein im April 2000 veröffentlichtes Gutachten britischer und schweizerischer Professoren, das von Friends of the Earth (FoE) in Auftrag gegeben wurde, hat die Verletzung internationalen Rechts bei der Projektvorbereitung bestätigt. Die Gutachter wiesen darauf hin, dass sie die Durchführung eines ausführlichen Konsultationsprozesses für unerlässlich halten. Die britische Regierung drängte darauf, dass die ECAs der türkischen Regierung eine öffentliche Versicherung zur Auflage machen, in der sie festhalten, dass die vorgeschriebenen Konsultationen stattgefunden hatten.

Es ist bis heute nicht bekannt, dass Syrien oder Irak in nennenswerter Weise in die Planungen zum Bau des Ilisu-Staudamms einbezogen worden sind oder irgendwelche offiziellen Konsultationsgespräche stattgefunden hätten.⁵⁹

⁵⁹ Nach jüngsten Informationen aus Gesprächen vor Ort (Delegationsreise Oktober 2005) scheint es zwar eine neue Vereinbarung

Damit ignoriert die Türkei weiterhin zentrale völkerrechtliche Prinzipien. Und das, obwohl sie sich auf die Einhaltung von Weltbankstandards bei der Erstellung der Umweltverträglichkeitsstudie verpflichtet hat. Durch die Nicht-Konsultation mit den Anrainerstaaten verstößt die türkische Regierung jedoch klar gegen die World Bank Operational Policy zu Projekten bezüglich internationaler Wasserwege (OP 7.50) und Durchführungsverordnungen bezüglich Projekten zu internationalen Wasserwegen (BP 7.50), als auch gegen die World Bank Operational Policy bezüglich unfreiwilliger Umsiedlung. (Op 4.12) und Umweltverträglichkeit (OP 4.01).

Kasten 17: Weltbankstandards und die Konsultation mit Anrainerstaaten

OP und BP 7.50 verlangen die Benachrichtigung und die Konsultation mit Anrainerstaaten über Projekte an internationalen Wasserwegen (ähnlich wie die UN Konvention) und die Erteilung einer ‚positiven Antwort‘ bevor das Projekt realisiert werden kann.

www.worldbank.org

d. Vermeidung internationaler Kooperation

Aufgrund der strategischen Machtposition der türkischen Regierung in der Wasserfrage und des geopolitischen Konfliktpotentials des GAP ist auch die Aufforderung des Europäischen Parlaments an die Türkei zentral, *„im Zusammenhang mit der weiteren Verbesserung der Stabilität in der Region und der Förderung verbesserter Beziehungen zu ihren Nachbarn, den Wasserbedarf dieser Länder zu berücksichtigen, insbesondere im Bezug auf das untere mesopotamische Sumpfland im Irak und Iran, wo die Wasserströme durch den Bau des Atatürk-Damms stark verringert wurden; fordert, dass die Türkei gemeinsam mit ihren Nachbarn, einschließlich Syrien Arbeitsgruppen ins Leben ruft, um eine gerechte Aufteilung der Wasserressourcen von Flüssen, die in der Türkei entspringen, zu gewährleisten“* (Europäisches Parlament 2004).

Das Partnerschaftsabkommen über die Beitrittsverhandlungen mit der EU verpflichtet die Türkei darüber hinaus zu einer „Fortsetzung des Ausbaus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserpolitik im Einklang mit der Wasserrahmenrichtlinie und den internationalen Übereinkommen, denen die EG beigetreten ist“ (Europäischer Rat 2003, S. 49), und zwar bis 2003/2004.

Die EU Kommission hat deutlich gemacht, dass die Türkei durch ihr Gewicht in der Region einen entscheidenden Beitrag zur regionalen und internationalen Stabilität leisten kann.

Doch die türkische Regierung vermeidet es nach wie vor, sich in der Wassernutzung rechtliche Schranken auferlegen zu lassen und damit womöglich ihre Planungen für den Ilisu-Staudamm ändern zu müssen.

So weigert sich die türkische Regierung bis heute, zwei zentrale internationale Konventionen zu unterschreiben, die sich auf die Nutzung grenzüberschreitender Gewässer beziehen:

- Die UN ECE-Konvention zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im grenzüberschreitenden Rahmen von 1991 (sog. Espoo-Konvention), die ein Instrument der UN Wirtschafts-

zwischen der Türkei und Syrien zu geben, die die Wasserfrage betrifft. Den Syrern werden gewisse Rechte auf türkischer Seite zugesprochen. Jedoch gibt es keinerlei Kenntnis über einen offiziellen Konsultationsprozess, bei dem die Interessen von Syrien in die Planungen des Ilisu-Staudamms aufgenommen werden.

kommission für Europa (ECE) ist, das die Beteiligung betroffener Staaten (und deren Öffentlichkeit) am Verfahren der Erstellung der UVP bei Vorhaben mit möglicherweise erheblichen grenzüberschreitenden Auswirkungen auf andere ECE-Staaten regelt;

- Die UN-Konvention *über die Nicht-Schiffbare Nutzung Grenzüberschreitender Wasserwege* (s. Kasten 7).

Die Türkei gehört bislang nicht zu den Unterzeichnern der Espoo-Konvention, gleichwohl sie Mitgliedsländ der ECE ist. Da die EU jedoch beide Konventionen ratifiziert hat, wird die Türkei diese in naher Zukunft ebenfalls unterzeichnen müssen.

Die bilateralen Verträge, die die türkische Regierung mit den Nachbarstaaten Syrien und Irak geschlossen haben, sind bezüglich der rechtlichen Verpflichtungen sehr schwach, auch wenn sie sich u.a. auf die Wassernutzung beziehen und mögliche Vorgaben für den Bau von Staudämmen draus ableitbar sind:

- Das *Protokoll zwischen Irak und der Türkei von 1946*, das Rahmenbedingungen und Standards bezüglich wechselseitiger Information und Gestaltung in Bezug auf Projekte an Tigris (und auch des Euphrat) vorsieht;
- Das *Protokoll zwischen Syrien und der Türkei von 1987*, das bezogen auf die Wassernutzung des Tigris die grundsätzliche Bereitschaft zur Durchführung gemeinsamer Projekte enthält.

Beide Protokolle betonen die Zusammenarbeit der jeweiligen Vertragsparteien bei Fragen rund um das Wasser, sind jedoch bezüglich ihrer rechtlichen Bindewirkung und dem Inhalt der eingegangenen Verpflichtungen sehr wage und flexibel auslegbar gehalten.⁶⁰ Ob die Türkei aufgrund der fehlenden Konsultationen und offiziellen Informationen im Kontext der Vorbereitungen des Ilisu-Staudamms gegen die Bestimmungen der Protokolle verstoßen hat, ist umstritten.

Es gibt jenseits dieser schwachen rechtlichen Verpflichtungen, die aus den beiden Protokollen resultieren, keine Kenntnis über bilaterale Vereinbarung zwischen der Türkei und Syrien bzw. zwischen der Türkei und dem Irak, die der türkischen Regierung feste rechtliche Pflichten zur Wassernutzung von Euphrat und Tigris auferlegt. Derzeit ist auch nicht erkennbar, dass die Türkei gewillt ist, bei den Planungen zum Ilisu-Staudamm rechtliche Verpflichtungen einzugehen, die ihre mit dem Ilisu-Staudamm verfolgten Ziele in irgendeiner Weise beeinträchtigen würden. Die

e. Erhöhung des Erpressungspotentials

Durch den Bau des Ilisu-Staudamms wird das Erpressungspotential der Türkei gegenüber Syrien und dem Irak erheblich vergrößert. Im Fall von politischen Konflikten könnte das durchschnittliche Reservepotential des Ilisu-Stausees von der Türkei dazu benutzt werden, um den Irak und Syrien mehrere Monate vollständig von der Wasserzufuhr des Tigris abzuschneiden. Doch auch zur Durchsetzung von politischen Interessen in anderen Gebieten könnte das Wasser des Tigris instrumentalisiert werden. Das gleiche gilt für die Möglichkeit, durch eine zu hohe Abflussmenge Überflutungen im irakischen oder syrischen Gebiet zu verursachen. Durch den Bau weiterer Stau-

⁶⁰ siehe ausführlich: Epiney 2000

dämme – wie z.B. dem Cizre-Staudamm - wird dieses Erpressungspotential noch verschärft.

Die Vereinten Nationen und andere Organisationen, die sich mit Wasser als Ressource beschäftigen, warnen seit einigen Jahren davor, dass Wasser eine der Hauptursachen für internationale Konflikte der Zukunft werden wird. Die Kontrolle über internationale Wasserläufe wird damit zu einer außen- und machtpolitischen Schlüsselressource und in Zukunft ein immer wichtigerer Machtfaktor sein.

Die Fähigkeit, Wasserverteilungskonflikte in friedlicher oder gewaltsamer Weise zu lösen, hängt entscheidend von der Kooperationsbereitschaft der beteiligten Parteien ab. Die Türkei hat sich jedoch in der Frage der Nutzung der Wasserressourcen von Euphrat und Tigris als wenig kooperativ erwiesen. Trotz der auf Druck der ECAs erfolgten Zusicherung der türkischen Regierung, den Weiterfluss einer Mindestmenge Wasser in die Nachbarländer zu garantieren, ist nicht auszuschließen, dass sie im Konfliktfall auf das Erpressungspotential des Staudamms zurückgreift. Dies hat sie bereits in der Vergangenheit getan und mehrfach gedroht, das Wasser als Waffe einzusetzen. (s. Kapitel 1) Die Haltung der türkischen Regierung ist strikt auf ihre eigenen Interessen hin ausgerichtet, die sich nicht einer zufrieden stellenden Lösung für alle vom Staudambau betroffenen Staaten unterzuordnen bereit ist. Die besondere Problematik im Mittleren Osten ist, dass die Konflikte ums Wasser durch lang-jährige bestehende politische Konflikte in der Region zusätzlich angefacht werden.

Es ist absolut zentral, durch den Ausbau kooperativer Mechanismen auf internationaler Ebene potentiellen Konflikten um die Verfügbarkeit über Wasserressourcen vorzubeugen oder die Verschärfung bestehender Konflikte zu vermeiden. Der Bau des Ilisu-Staudamms würde genau das Gegenteil bewirken. Die bereits bestehenden Konflikte würden durch die Schaffung eines neuen effektiven Machtinstruments verschärfen werden. Der Bau des Ilisu-Staudamms würde damit erhebliche geo-politische Risiken in sich bergen.

Der Bau des Ilisu-Staudamms würde gegen völkergewohnheitsrechtlich verankerte Grundsätze verstoßen: gegen das Verbot erheblicher grenzüberschreitender Umweltbeeinträchtigungen und gegen das Gebot der angemessenen Nutzung gemeinsamer natürlicher Ressourcen, insbesondere Wasserressourcen. Lehnt die Türkei weiterhin ein kooperatives Verhalten und präventive Konfliktmechanismen ab, ist nicht auszuschließen, dass es in Zukunft angesichts der drohenden globalen Wasserkrise zu ernsthaften – auch kriegerischen - Auseinandersetzungen über den Zugang des Wassers des Tigris kommt. Die Verschlechterung der Wasserqualität und die Reduktion der Wasserdurchflussmengen bieten auch zusätzlichen Sprengstoff!

2.9. Politischer Protest gegen den Ilisu-Staudamm

Vor dem Hintergrund der fehlenden Akzeptanz für den Ilisu-Staudamm gibt es in der Region eine Vielzahl von Aktivitäten gegen den Bau des Ilisu-Staudamms.

In den Jahren nach der ersten Auftragsvergabe an Sulzer Hydro gingen die Proteste in erster Linie von den europäischen Gruppen aus, die auf die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards hinwirken wollten. In der Türkei selbst war der Protest gegen den Ilisu-Staudamm angesichts der katastrophalen Menschenrechtslage sehr schwierig. Nur wenige Menschen trauten sich, offen gegen den geplanten Damm Stellung zu nehmen. So brach z.B. der Bürgermeister von Hasankeyf eine Tour durch Europa ab, nachdem er Drohanrufe erhalten hatte. Das repressive politische Klima

bekamen auch Delegationsreisende aus Europa zu spüren, die selbst auf Schritt und Tritt beobachtet wurden. Es war ihnen kaum möglich, frei mit Projektbetroffenen zu sprechen.

Die einzige Kritik, die vor Ort überhaupt geäußert werden konnte, war der geplante Verlust von Hasankeyf. So wurden trotz der schwierigen Situation z. B. Vertreter des schwedischen Unternehmens Skanska bei einem Besuch in Hasankeyf mit Spruchbändern empfangen, die den Erhalt der Stadt forderten. Die Anwaltskammer Diyarbakirs sowie ein Anwalt nahmen deutlich Stellung zur Unzulänglichkeit der 2001 veröffentlichten Umweltverträglichkeitsprüfung für den Ilisu-Staudamm.

Wie die letzten Delegationsreisen europäischer NGO (Nichtregierungsorganisationen) gezeigt haben, hat sich die Situation verändert. Im Gegensatz zur Situation vor einigen Jahren äußern die BewohnerInnen in der Ilisu-Region inzwischen gegenüber ‚Besuchern‘ durchaus offen ihre Meinungen.⁶¹ In den leichter zugänglichen Dörfern vertraten GegnerInnen des Staudamms relativ frei ihre Position gegenüber der letzten europäischen Delegation von Oktober 2005. Politisches Engagement wird jedoch nach wie vor sanktioniert und offener Protest ist sehr schwierig. Wie die Archäologin Maggie Ronayne berichtet, trauen sich die Menschen aus Hasankeyf noch immer nicht, offen zu demonstrieren (Ronayne 2005, 88) Die Einschüchterungs- und Repressionsmethoden finden zudem oft auf einer subtilen Weise statt und sind schwer nachzuweisen. Viele Menschen trauen sich noch immer nicht, frei ihre Meinung zu äußern oder offenen Protest zu üben. Das erschwert öffentliche Diskussionen über die Vor- und Nachteile des GAP oder des Ilisu-Staudamms.

Für das vorhandene Klima politischer Repression ist das Verhalten der türkischen Behörden im Kontext einer Internationalen Wasserkonferenz, die am 30. Oktober 2005⁶² in Diyarbakir Stadt stattfand, charakteristisch. Zum ersten Mal trafen sich Aktivisten aus akademischem Umfeld und sog. ‚grassroots-AktivistInnen‘ von der Basis zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Die Konferenz wurde gemeinsam von der europäischen Ilisu-Kampagne und den aktiven Gruppen in der Türkei organisiert und stellte eine Plattform für den internationalen Erfahrungsaustausch mit bereits durchgeführten Staudammbauten und den Staudämmen im Südosten der Türkei dar.

Neben den türkischen Gruppen und Organisationen aus der Region waren die türkischen Behörden – unter ihnen das DSI – explizit eingeladen und im Vorfeld über die Konferenz informiert worden. Dennoch hatte insbesondere die staatliche Wasserbehörde (DSI) versucht, die Konferenz zu verhindern. Auch hat es Einschüchterungsversuche und Drohanrufe im Vorfeld der Tagung gegeben. Allerdings fehlte dazu jegliche rechtliche Grundlage, so dass die Konferenz durchgeführt werden konnte. Allerdings machte die türkische Polizei von der gesamten Konferenz Filmaufnahmen – ohne rechtliche Grundlage. Ein Angereister aus einer anderen GAP-Region wurde unter dem Verweis auf angebliche Visa Probleme festgenommen. Einige Projektbetroffene, die an einer internationalen Wasserkonferenz teilnehmen wollten, wurden unter Druck gesetzt, so dass sie ihre Teilnahme absagten.

Trotz dieser schwierigen politischen Situation gibt es eine Vielzahl von Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich mit dem Staudammbau auseinandersetzen und sich politisch engagieren. Einige Proteste und kleinere Initiativen werden von politischen, kulturellen, Umwelt-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen organisiert. Einige existierten schon, um auf die Auswirkungen von Konflikten zu reagieren, andere wurden in Opposition gegen die Dämme und zum

⁶¹ so die Erfahrung von zwei Delegationsreisen von WEED 2000 und vom Oktober 2005.

⁶² International Water Conference, organized by Berne Declaration, ECA-watch-Austria, KHRP, WEED.

Schutz des Kulturerbes des zu überfluteten Tales gegründet (wie z.B. Plattform zur Rettung von Hasankeyf).

Anfang des Jahres 2005 formulierten auf kommunaler und regionaler Ebene agierende politische Entscheidungsträger, darunter die Bürgermeister v. Batman, Gercüs, Besiri, Hasankeyf, Bekirhan, Balpinar und İkköprü, ihren Protest gegen den Ilisu-Staudamm und riefen zur Rettung der antiken Stadt Hasankeyf auf.

Sie wehren sich dagegen, dass die über 10.000 jährige Geschichte sowie die atemberaubende Szenerie des Ortes für eine Technologie geopfert werden, deren Haltbarkeitsdatum auf 50 Jahre geschätzt wird. Sie forderten den amtierenden Ministerpräsident Tayyip Erdogan auf, sein im Sommer 2003 in Batman gegebenes Versprechen, die Stadt nicht dem Staudamm zu opfern, sondern dem Tourismus zu öffnen, einzuhalten.⁶³ Bisher verdeutlicht jedoch der anstehende Verlust Hasankeyfs, dass die spektakulären Versprechen aus Ankara nichts als leere Worthülsen sind. Die protestierenden politischen Vertreter wollen daher alle wirksamen nationalen und internationalen rechtlichen Beschwerdemöglichkeiten bis in die letzte Instanz nutzen und eine breite Öffentlichkeit über das Ilisu-Projekt informieren, um Hasankeyf als ein Erbe der Menschheit für die nächsten Generationen zu erhalten.⁶⁴

Im Mai 2005 trafen 200 SchülerInnen aus Diyarbakir in Hasankeyf ein, um ihren Widerstand gegen das Ilisu-Projekt öffentlich zu bekunden. Bei einem Besuch der Denkmäler und Ruinen entrollten sie ein Transparent mit der Aussage: "Der Untergang Hasankeyfs bedeutet unseren Untergang." Weitere Protestaktionen sind geplant (Gündem 2005).

In den von aktuellen Staudammprojekten (Ilisu, Zap, Munzur und Hakkari Staudämme) bedrohten Gebieten haben sich unabhängige Gruppen formiert, die ihren Protest organisieren, Informationen austauschen und gemeinsame Positionen erarbeiten. Im Juni 2005 haben sie sich in Diyarbakir zu einer Staudamm-Plattform zusammengeschlossen, um ihre Arbeit stärker zu vernetzen. Eine eigene Hasankeyf/Ilisu-Plattform ist in Gründung. Sie will die Flutung der antiken Stadt Hasankeyf verhindern und die Öffentlichkeit über die ökologisch und sozial ungerechte Planungskonzeption und -umsetzung informieren, die internationale und nationale Richtlinien verletzt.

Ende August erreichte ein aus Istanbul kommender Solidaritätszug Hasankeyf. Die 300 Passagiere, darunter viele KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und NaturschützerInnen, waren insgesamt drei Tage in der Türkei unterwegs und brachten ihren Protest gegen die Zerstörung der denkmalgeschützten Stadt deutlich zum Ausdruck. Der vom Umweltverein (Doga Dernegi) und der Zeitschrift „Atlas“ organisierte Solidaritätszug zeigt, dass Hasankeyf über seine Stadtgrenzen hinaus ein wichtiges kulturelles und historisches Zentrum darstellt, dessen geplante Vernichtung in der ganzen Türkei Proteste auslöst.⁶⁵

Ein Ereignis der letzten Zeit wirkt auf die Aktivisten beflügelnd: 2 Dämme am Munzur und der Yusufeli-Damm konnten vorerst gerichtlich gestoppt werden. In Munzur entschieden sich die Gerichte aufgrund des Kulturerbes, bei Yusufeli waren ökologische Bedenken gegen den Dammbau ausschlaggebend.

⁶³ Wörtlich Übersetzung der Aussage ungefähr: „Die Spuren von 40 Kulturen tragende Stadt Hasankeyf werden wir nicht für den Ilisu-Staudamm opfern. Wir sind entschlossen Hasankeyf, diese Wiege der Zivilisationen, für den Tourismus zu öffnen.“

⁶⁴ Batman Belediyesi (Stadtverwaltung von Batman): Batman Sesi, Februar/März 2005, S. 10.

⁶⁵ Weitere Informationen (auf türkisch): <http://www.hasankeyfesadakat.com/>.

2.10. Alternativen zum Ilisu-Staudamm

Erfahrungen mit Staudambauten zeigen, dass deren Vorteile häufig absichtlich übertrieben dargestellt werden, und dass die Ziele der Staudämme mithilfe anderer Methoden und Maßnahmen sehr viel effizienter und nachhaltiger erreicht werden können.⁶⁶ Die gravierenden Folgekosten eines Staudambaus werden dagegen häufig unterschätzt. Eine umfassende Prüfung von Alternativen ist daher Grundvoraussetzung für eine Entscheidung für oder gegen den Staudambau.

a. Notwendigkeit umfangreicher Prüfung von Alternativen zum Ilisu-Staudamm

Schon bevor der Ilisu-Staudamm gebaut wird, wirkt er faktisch als Hemmschuh für eine Entwicklung der Ilisu-Region. In Erwartung des Staudamms werden seit Jahren staatliche und private Investitionen ausgesetzt. Viele Großgrundbesitzer lassen ihre Felder nicht bestellen, da sie nur darauf warten, durch die türkische Regierung entschädigt zu werden. Nur einige Großgrundbesitzer haben, im Wissen um die Redistribution materieller Ressourcen, Land aufgekauft und hoffen auf satte Entschädigungssummen. Ihnen geht es nicht um die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Zumal die touristischen Möglichkeiten der Gegend nicht ausgeschöpft werden. So stehen in Hasankeyf, dessen Potenzial als touristische Attraktion noch nicht erschlossen wurden, notwendige Investitionen in die touristische Infrastruktur aufgrund von Geldmangel aus. (Ronayne 2005a, S. 86f) Der Ilisu-Staudamm wirkt damit bereits in seiner Planungsphase als Wachstums- und Entwicklungsbremse.

Angesichts der massiven und irreversiblen Schäden, die ein Großstaudamm nach sich zieht, ist gerade hierbei die Alternativenprüfung besonders wichtig. Internationale Standards für die Erstellung von Umweltverträglichkeitsprüfungen schreiben dagegen eine intensive Befassung mit möglichen Alternativprojekten vor. In den *Common Approaches* der ECAs heißt es zur Analyse von Alternativen z. B.:

Kasten 18: Analyse von Alternativen in den Common Approaches

Vergleicht systematisch mögliche Alternativen zum geplanten Projektstandort, -design, und -betrieb (inklusive der „kein Projekt“-Situation) in Beziehung zu den möglichen Umweltauswirkungen; analysiert die Möglichkeit, diese Auswirkungen zu verringern; die Kapital- und wiederkehrenden Kosten der Alternativen, ihre Eignung unter den örtlichen Bedingungen sowie ihre institutionellen, Ausbildungs- und Überwachungserfordernisse. Quantifiziert für jede der Alternativen deren Umweltauswirkungen bis zum größtmöglichen Ausmaß und bewertet diese wirtschaftlich, soweit möglich. Stellt die Gründe für die Auswahl des geplanten spezifischen Projektdesigns dar, rechtfertigt empfohlene Emissionswerte und spricht Möglichkeiten zur Verringerung bzw. Vermeidung von Umweltverschmutzung an.

In der UVP von 2001 wurden Alternativen dagegen nur sehr cursorisch geprüft. Es bleibt abzuwarten, ob dies in der demnächst erscheinenden neuen UVP ausgeglichen wird. Nach bisherigem Anschein ist davon allerdings nicht auszugehen, obwohl die Türkei über eine Reihe anderer Energiepotenziale verfügt.

⁶⁶ WCD 2000.

b. Energiepolitische Alternativen

Die Türkei begründet den Ilisu-Staudamm vor allem mit dem wachsenden Energiebedarf. Die energiepolitischen Argumente für den Bau des Ilisu-Staudamms sind jedoch nicht überzeugend.

Das GAP-Plansoll im Bereich Energie ist bereits zu 84% erreicht worden. Das sind 15 Prozent der türkischen Gesamtproduktion. Neben dem Ilisu-Staudamm werden drei weitere Staudämme zur Stromgewinnung geplant, die insgesamt etwa halb so viel Strom produzieren sollen. (ORF 28.9.2005) Von Aktivisten vor Ort wurde mehrfach vorgeschlagen, statt des Ilisu-Staudamms mehrere kleine Dämme zu bauen. Allerdings ist bei Staudämmen insgesamt zu beachten, dass sie nicht immer verlässlich arbeiten. Bei niedrigen Pegeln aufgrund von Dürrezeiten kann es zu einer eingeschränkten Leistungsfähigkeit kommen. Es ist also fraglich, ob der geplante Ilisu-Staudamm tatsächlich das Plansoll erzielen kann.⁶⁷

Zudem gibt es für die Türkei eine Vielzahl anderer Möglichkeiten, den Energiebedarf des Landes zu decken. So bietet das Land ein enormes Potenzial für den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz.

- *Verbesserung der Energieeffizienz:* In der Türkei wächst der Bedarf an Energie jährlich um mehr als 7 Prozent. Alle langfristigen Szenarien gehen davon aus, dass der Energieverbrauch der Türkei weiter ansteigen wird. Gleichzeitig hat das Land jedoch unter den OECD Mitgliedern die niedrigste Energieeffizienz: 21 Prozent des produzierten Stroms geht durch das marode Verteilernetz verloren. Nach Angaben eines ehemaligen DSI-Mitarbeiters⁶⁸ laufen die bereits in Betrieb befindlichen Dämme schon unter ihrer Kapazität.
- *Verstärkte Nutzung des Potenzials an Erneuerbaren Energien:* Zudem hat die Türkei ein gigantisches Potenzial für die Nutzung regenerativer Energien. Diese sind mit einem Anteil der erneuerbaren Energien am jährlichen Primärenergieverbrauch von sechs Prozent enorm ausbaubar (Europa Digital, o. Datum). Das Land ist reich an Sonnen-, Wind- und Bioenergie. Allein das nutzbare Solarenergie-Potenzial wird auf 113 TWh/y geschätzt, bei einer durchschnittlichen Strahlungsaufnahme von 2000 kWh/m²/y (Greenpeace et al., 2005).

c. Ein innovativer Planungsansatz für Staudammprojekte

Sollte nach einer umfassenden Prüfung energiepolitischer Alternativen der Bau des Ilisu-Staudamms noch immer notwendig erscheinen, sollte dieser zumindest in einem alternativen Planungsrahmen erfolgen.

In den letzten Jahren konnten bei der Durchsetzung von Umweltstandards im Rahmen der OECD zwar Erfolge erzielt werden (s. Kasten 10). Doch auch die jüngsten Erfahrungen mit Staudammprojekten zeigen deutlich, dass die bisherigen Umweltstandards der Exportkreditagenturen und der Weltbank nicht ausreichen, um die negativen Auswirkungen von Großstaudämmen zu vermeiden. (ECA-Watch 2005)

Demgegenüber wurden die Empfehlungen der Weltstaudammkommission speziell für Großstaudämme konzipiert und in mehrfacher Hinsicht den Weltbankrichtlinien überlegen. Während die WCD-Empfehlungen alle relevanten Aspekte umfassen, gelten die Weltbankrichtlinien für sämtliche Projekte mit

⁶⁷ Die natürliche Fließgeschwindigkeit beträgt durchschnittlich 905 Kubikmeter pro Sekunde.

⁶⁸ WEED/FERN Delegationsreise Juli 2005, Diyarbakir.

möglichen ökologischen oder sozialen Auswirkungen und bestehen aus zehn verschiedenen „safeguard policies“, von denen jeweils mehrere auf ein Projekt Anwendung finden. Dies führt dazu, dass einige wesentliche Folgewirkungen kaum von den Richtlinien berücksichtigt werden, z. B. die Auswirkungen auf Flussdeltas und Ökonomien, die auf Flutspitzen unterhalb eines Dammes angewiesen sind.⁶⁹

Um zu gewährleisten, dass alle ökologischen und sozialen Risiken angemessen erfasst und vor allem die Rechte und Ansprüche aller betroffenen Gruppen anerkannt werden, schlägt die Weltstaudammkommission einen „Rechte-und-Risiken“-Ansatz vor:

„Ein 'Rechte und Risiken' Ansatz bei der Prüfung von Optionen, bei der Planung und im Projektzyklus bietet einen effektiven Entscheidungsrahmen um zu bestimmen, wer einen legitimen Platz am Verhandlungstisch einnehmen kann und welche Fragen auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Dieser Ansatz stärkt Entscheidungsfindungs-Prozesse, die auf Verhandlungsergebnissen beruhen, die offen und transparent unter Beteiligung aller legitimen Akteure erzielt werden. So trägt er also zur Lösung der vielfältigen und komplexen Fragen in Zusammenhang mit Wasser, Staudämmen und Entwicklung bei. Das bedeutet höhere Anforderungen in den Frühstadien der Prüfung und Projektierung von Bauvorhaben, aber auch mehr Klarheit und Legitimität bei den anschließenden Schritten der Entscheidungsfindung und Durchführung.“ (WCD 2000, S. 18)

Gerade angesichts der menschenrechtlich und sozial prekären Situation in der Ilisu-Region reichen die Standards der Weltbank oder der OECD nicht aus, sondern müssen die WCD-Richtlinien zugrunde gelegt werden. Nur eine Planung des Ilisu-Staudamms, die diesen Ansatz befolgt, kann gewährleisten, dass die Rechte der betroffenen Bevölkerung gewahrt werden und ökologische und soziale Folgeschäden minimiert werden. Die EU hat die Relevanz der WCD-Richtlinien bestätigt⁷⁰ und diese als Referenzmarke in ihre „Linking Direktive“ vom Oktober 2004 aufgenommen⁷¹.

2.11. Der Ilisu-Staudamm im Kontext der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Die Türkei, die am 3. Oktober in offizielle Beitrittsverhandlungen mit der EU eingetreten ist, ist gefordert, ihre Gesetze, Verwaltungsvorschriften und -praxen den EU-Normen anzugleichen. Im Falle eines Beitritts ist sie zur Übernahme des "acquis communautaire" (gemeinschaftlichen Besitzstands) – also des Gesamtbestandes an Rechten und Pflichten, der für die Mitgliedsstaaten der EU verbindlich ist – verpflichtet.

Alle zur Zeit verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass der Planungsprozess zum Bau des Ilisu-Staudamms EU Normen und Standards zu wider läuft. Die EU hat in ihren Fortschrittsberichten bereits die

⁶⁹ Scudder 2005

⁷⁰ Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der EU im Sinne der projektbezogenen Mechanismen des Kyoto-Protokolls wird als „Linking Directive“ bezeichnet. Sie wurde im Oktober 2004 vom Rat der Europäischen Union endgültig angenommen und ist seit dem 13.11.2004 in Kraft.

Europäisches Parlament (2004): RICHTLINIE 2004/101/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 27. Oktober 2004 zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft im Sinne der projektbezogenen Mechanismen des Kyoto-Protokolls, URL: http://www.europa.eu.int/comm/environment/climat/emission/pdf/dir_2004_101_de.pdf (28.10.2005).

⁷¹ Die Linking Directive verknüpft das EU-Emissionshandelssystem mit den Kyoto-Mechanismen („Joint Implementation“ und „Clean Development Mechanism“). Damit Wasserkraftprojekte im Europäischen Gemeinschaftssystem für den Handel mit Emissionsberechtigungen anerkannt werden, müssen sie nach der „Linking Direktive“ bei ihrer Planung und Durchführung die Richtlinien der Weltstaudammkommission einhalten.

Kritik an den politischen, sozialen, menschenrechtlichen und umweltpolitischen Rahmenbedingungen des Baus des Ilisu-Staudamms deutlich gemacht.

a. Mangelnde Umsetzung von Gesetzen

Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hat die EU Versäumnisse im Bereich der Menschenrechtspolitik und der Umweltpolitik klar benannt. In ihrer letzten Stellungnahme zum Beitrittsprozess der Türkei hielt die EU-Kommission fest: „Trotz einiger Fortschritte ist der Stand der Übernahme des Besitzstands im Umweltbereich noch niedrig“ und dass „der fortschreitende Verlust von Habitaten (Lebensraum einer Lebensart, d. Verf.) [...] Anlass zur Besorgnis (bietet, d. Verf.)“ (Europäische Kommission 2004a, S. 138). Der Bericht der Kommission unterstreicht aus diesem Grund, dass „alle neuen Investitionen mit dem umweltpolitischen *acquis* im Einklang stehen sollten.“

Zwar hat die türkische Regierung in letzter Zeit zahlreiche Gesetzesreformen beschlossen und wichtige Menschenrechtsabkommen ratifiziert. Gleichwohl bleibt noch sehr viel zu tun, um auf die rechtlichen Standards der EU zu kommen. Das zentrale Problem ist dabei vor allem die Umsetzung der beschlossenen Gesetze. Schon 2000 wurde in einer von der schweizerischen Exportkreditagentur in Auftrag gegebenen Studie bemängelt, dass zur Umsetzung der „best practice“-Richtlinien von Weltbank und OECD noch tief greifende institutionelle Reformen in der Türkei nötig seien (s. Kudat 2000). Dies betont die EU auch in ihren Fortschrittsberichten.

Sollte das Projekt wie geplant fortgesetzt werden, besteht die Gefahr, dass EU-Gesetze und andere internationale Richtlinien – die Europäische Menschenrechtskonvention inbegriffen – verletzt werden. Dies würde ein deutliches Abrücken vom *acquis* und den politischen Zielsetzungen der EU bedeuten und einen klaren Verstoß gegen die abgeschlossenen Beitrittsverträge darstellen.

b. Zentrale Rolle für die EU-Kommission

Die Kommission steht in der Verantwortung für die Überwachung der Umsetzung und des Fortschritts der EU-Umweltgesetzgebung in der Türkei. Deshalb sollte sie gegen die Haltung der Türkei strikte Einwände formulieren. Mehr noch – der Kommission kommt die zentrale Rolle zu, für die Einhaltung der EU-Standards und Gesetze beim Bau des Ilisu-Staudamms zu sorgen.

Die EU Kommission hat deutlich gemacht, dass die Türkei durch ihr Gewicht in der Region einen entscheidenden Beitrag zur regionalen und internationalen Stabilität leisten kann. Eine kooperative Haltung gegenüber den Nachbarstaaten lässt die türkische Regierung allerdings nicht erkennen.

Zudem würde der Bau des Ilisu-Staudamms eine weitere Enteignung von mehreren zehntausenden Menschen in einer Region bedeuten, für die die EU von der Türkei fordert: „jenen, die dies wünschen, die Möglichkeit zu geben, in ihre Dörfer und Städte im Südosten zurückzukehren“ (Kudat 2000., S. 12).

Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen hat die EU einen wirksamen Hebel, um eine im menschen- und umweltpolitischen Sinne fortschrittliche Politik in der Türkei voranzubringen.

- Rolle der Kommission: Als Wächter des *acquis* hat die Kommission sicherzustellen, dass der Bau

des Ilisu-Staudamms relevante EU-Standards erfüllt.

- Die große Gefahr, dass der Bau des Ilisu-Staudamms den Konflikt über die Kontrolle der Wasserreserven im Nahen Osten verschärft, muss von der EU mit Priorität behandelt werden. Sie muss darauf hinwirken, dass die Türkei sich auf einen kooperativen Umgang mit den Wasserressourcen einlässt.

c. Druck auf Mitgliedsstaaten und europäische Unternehmen

Die derzeitige Situation ist paradox: die EU fordert von der türkischen Regierung eine Angleichung an EU-Normen und Praktiken, während Unternehmen aus EU-Mitgliedsländern ein Projekt vorantreiben, das zwangsläufig zu zahlreichen Brüchen von EU-Standards führen wird. Unter diesen Umständen ist es mehr als widersprüchlich, dass Finanzinstitutionen aus der EU an der Planung und Durchführung eines Projekts wie dem Ilisu Staudamm mitwirken.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich einerseits auf gemeinsame Umwelt- und Menschenrechtspolitiken verpflichtet. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass sie diese Verpflichtungen mit ihrer Exportförderung unterlaufen. Für die EU-Kommission – als Hüterin der EU-Verträge - bedeutet dies, dass sie das Vorgehen der angefragten europäischen Exportkreditagenturen (ECAs) genau beobachten und darauf hinwirken sollte, dass die ECAs die Einhaltung des *acquis communautaire* zur Voraussetzung einer Bürgschaftsbewilligung machen.

3. Fazit

Am Vorgehen der türkischen Regierung zeigt sich, dass der Bau des Ilisu-Staudamms längst beschlossene Sache ist. Genau dies ist das Problem. Staudambauten sind nur unter sehr spezifischen Rahmenbedingungen als Instrumente einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung zu betrachten. Diese hat die Welstaudammkommission in ihrem Abschlussbericht klar und im Konsens mit KritikerInnen und BefürworterInnen von Staudämmen definiert. Genau diese Rahmenbedingungen liegen im Fall des Ilisu-Staudamms nicht vor.

Ein Umsiedlungsplan soll sicherstellen, dass die sozialen Auswirkungen von Projekten berücksichtigt werden, *bevor* die Entscheidung über die Durchführung gefällt werden. Das gleiche gilt für die Umweltverträglichkeitsprüfung. Die türkische Regierung macht es genau andersherum: sie fällt erst die Entscheidung über das Projekt und stellt dann – quasi im *Nachhinein* – die von den internationalen Finanzinstitutionen geforderten Berichte zusammen. Das Projekt wurde beschlossen unabhängig davon, ob es den Menschen vor Ort schadet, die Ökologie des Flusses massiv schädigt oder kulturelle Güter zerstört. Insofern ist zu erwarten, dass die erstellten Umweltstudien und der Umsiedlungsplan zwar die von der türkischen Regierung gewünschten Ergebnisse liefern werden – bestenfalls jedoch einige Verbesserungen gegenüber den alten Dokumenten enthalten.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass entgegen den Absichtserklärungen der türkischen Regierung *bereits im Planungsprozess* wichtige internationale Standards verletzt werden (s. Kasten 19).

Kasten 19: Verletzung von Standards und Gesetzen in der *Planungsphase* des Ilisu-Staudamms

- Beitrittsvertrag der Europäischen Union und der Türkei;
- Artikel 6 des „Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Union der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften einiger damit zusammenhängender Rechtsakte“;
- Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3 März 1997 zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG über die UVP bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten;
- Richtlinie 2001/42/EC des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme;
- Richtlinie 2003/35/EG Des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten;
- Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000;
- zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik;
- Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950;
- Internationale Vertragsregime, wie etwa die UN Konvention zur „Nichtschiffbaren Nutzung grenzüberschreitender Wasserwege“ und die UN ECE Konvention zum Schutz und Nutzung grenzüberschreitender Wasserverläufe und Seen, bestätigt durch den Ratsbeschluss 95/308/EEC;
- Die UN ECE-Konvention zur Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo, 1991), von der EU ratifiziert;
- World Bank Operational Policy zu Projekten bezüglich internationalen Wasserwegen (OP 7.50) und Durchführungsverordnungen bezüglich Projekten zu internationalen Wasserwegen (BP 7.50)

als auch Operational Policy bezüglich unfreiwilliger Umsiedlung. (OP 4.12) und Umweltverträglichkeit (OP 4.01);

- Die *policy principles* und *strategic priorities* der Empfehlungen der Weltstaudammkommission (WCD)

Andere Richtlinien, die im Falle des Baus des Ilisu-Staudamms verletzt werden könnten:

- Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten;
- Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

Aufgrund der mangelhaften Informationspolitik der türkischen Regierung, dem Fehlen von Konsultationen und dem Klima politischer Repression ist eine effektive Partizipation der Bevölkerung nicht möglich. Die Menschen können demzufolge auch nicht ihre Rechte artikulieren. Jede wirksame öffentliche Kontrolle des Ilisu-Staudammprojekts wird von den beteiligten Unternehmen und der türkischen Regierung verhindert.

Neben den schwerwiegenden Versäumnissen der türkischen Regierung sind jedoch auch die im Südosten der Türkei vorgefundene gesellschaftliche Struktur, die ungleichen Besitzverhältnisse, die anhaltende prekäre Menschenrechtsslage, die vielen unschätzbaren Kulturgüter in der Region und das hohe Konfliktpotential um die Wassernutzung im Mittleren Osten die grundfalschen Voraussetzungen für die Durchführung eines Staudammprojekts von der Größe des Ilisu-Staudamms.

Unter den derzeitigen sozio-ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen kann der Ilisu-Staudamm kein Erfolgsprojekt sein. Wird der Damm gebaut sein, dann ist zu erwarten, dass:

- *sich die Lebensbedingungen von mehreren zehntausend Menschen dramatisch verschlechtern;*
- *Menschenrechte massiv verletzt werden;*
- *das Konfliktpotential um das Wasser im Mittleren Osten verschärft wird;*
- *einzigartige Kulturgüter zerstört werden;*
- *massive und unrevidierbare Umweltzerstörungen verursacht werden und*
- *gegen türkisches Recht und internationale Standards verstoßen wird.*

Die Kosten für den Staudambau sind also sehr hoch: Allein mit der Flutung von Hasankeyf würde ein mehrere tausend Jahre altes unschätzbares Kulturgut für die Menschheit verloren gehen, und das für einen Staudamm, der maximal 100 Jahre in Betrieb sein wird, der energiepolitisch nicht notwendig ist und enorme geopolitische Risiken in sich birgt.

Das Projekt sollte unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen nicht fortgeführt werden. Es ist kein Erfolgsprojekt. Den involvierten Exportkreditagenturen und den jeweiligen Regierungen kommt also eine zentrale Rolle zu. Es liegt in ihren Händen, ob sie ein Projekt unterstützen, das bereits in der Planungsphase gegen menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards verstößt.

Statt den Ilisu-Staudamm gegen den Willen der beteiligten Bevölkerung voranzutreiben, sollten die möglichen Alternativen zum Staudammprojekt umfassend geprüft werden, damit die Region eine wirkliche Perspektive für ihre politische, soziale und ökonomische Entwicklung enthält.

Erst wenn die Rahmenbedingungen für die Durchführung solch großer Staudammprojekte geschaffen sind, sollte die Planung s müssen erst die Rahmenbedingungen für die Durchführung solch großer Staudammprojekte geschaffen werden. Die Planungen müssen dann jedoch *ergebnisoffen* verlaufen.

Literatur

- Bosshard, Peter (1999): A Test Case of International Policy Coherence. Case Study of the Ilisu Hydropower Project.
- Brensell, Ariane (2005): Ilisu-Staudamm zu verkaufen, in: taz Nr. 7777 vom 24.9.2005, S. 8.
- Brown, Paul (2000): "Swedish firm deals blow to British-backed dam project", in: The Guardian, vom 26.9.2000.
- Carkoglu, Ali and Eder, Mine (2001): Domestic Concerns and the Water conflict over the Euphrat-Tigris River Basin, in: Middle Eastern Studies, Vol. 37, No.1, January 2001, S. 52.
- Der Verband der StudentInnen aus Kurdistan. URL: <http://www.yxk-online.de/content/view/85/47/> (28.10.2005).
- Dietzener Jörg (1998): Wasser als Waffe. Türkische Dämme und Schweizer Helfer. Die Bedeutung des Söstanatolienprojekts GAP und die geplante Zerstörung von Hasankeyf durch Sulzer Hydro und ABB Schweiz. Zürich.
- DSI/ENCON (2005): Bilgilendirme Kitapçigi, Diyarbakir, Batman, Siirt, Sirnak, Mardin. Broschüre von ENCON und DSI zum geplanten Bau des Ilisu-Staudamms.
- ECA-Watch (2005): A Trojan Horse for Large Dams. How export credit agencies are offering new subsidies for destructive projects under the guise of environmental protection. URL: http://www2.weed-online.org/uploads/Trojan_Horse_for_Large_Dams.pdf (5.11.2005)
- Environmental Resources Management (1999) : Ilisu EIA Review. Unveröffentlichtes Dokument.
- Epiney, Astrid (2000): Völkerrechtliche Aspekte des Staudammprojekts Ilisu (Türkei). Freiburg.
- Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH) (2001): Case-Study: Southeastern Anatolia Projekt in Turkey – GAP, EHT, Zürich: ETH. URL: http://www.eawag.ch/research_e/apec/damsworldwide_e.html (25.10.2005)
- Europarat (1992): European Convention on the Protection of Archeological Heritage (Revised). URL: <http://conventions.coe.int/Treaty/en/Treaties/Html/143.htm>. (28.10.2005).
- Europa Digital (o. Jahr): <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/tuerkei/sonne.shtml>. (4.11.2005).
- Europäische Kommission (2003): Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt 2003, B.1.6. URL: http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2003/pdf/rr_tk_final_de.pdf (28.10.2005).
- Europäische Kommission (2004): Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt 2004, B.1.3. URL:

http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2004/pdf/rr_tr_2004_de.pdf (28.05.2005).

Europäisches Parlament (2004a): Bericht über den Regelmäßigen Bericht 2004 und die Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten; Berichterstatter: Camiel Eurlings. URL: <http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PUBREF=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2004-0063+0+DOC+PDF+V0//DE&L=DE&LEVEL=4&NAV=S&LSTDOC=Y> (28.10.2005).

Europäisches Parlament (2004b): RICHTLINIE 2004/101/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 27. Oktober 2004 zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft im Sinne der projektbezogenen Mechanismen des Kyoto-Protokolls, URL: http://www.europa.eu.int/comm/environment/climat/emission/pdf/dir_2004_101_de.pdf (28.10.2005)

Europäischer Rat (1997): Richtlinie 97/11/EG vom 03. März 1997 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten. URL: <http://europa.eu.int/comm/environment/eia/full-legal-text/9711.htm> (28.10.2005).

Europäischer Rat (2003): BESCHLUSS DES RATES vom 19. Mai 2003 über die Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei. URL: http://europa.eu.int/comm/enlargement/turkey/pdf/revise_ap_de.pdf (28.10.2005).

Gilli, Adi et al. (2001): Case Study: Southeastern Anatolia Project in Turkey – GAP, Swiss Federal Institute of Technology, Zurich: Swiss Federal Institute of Technology.

Greenpeace, IEA SolarPACES, European Solar Thermal Industry Association (2005): Concentrated Solar Thermal Power – Now! URL: http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/energie/greenpeace_concentrated_solar_thermal_power.pdf (01.11.2005).

Gündem, Ülkede Özgür (2005): Protest by high school students in Hasankeyf, in: Tigris News Agency (Diyarbakir), 31.05.2005.

Hildyard, Nicholas et al. (2000) : The Ilisu Dam, the World Commission on Dams and Export Credit Reform, The Final Report of a Fact-Finding Mission to the Ilisu Dam Region 9-16 October 2000.

Höhler, Gerd (2005): Neue Militanz, alter Name. Frankfurter Rundschau vom 12.07.2005, S.3.

Human Rights Watch (2005a): Türkei: Leere Versprechen für vertriebene Kurden. Pressemitteilung HRW, im HRW Report „Still critical“, prospects in 2005 for internally displaced Kurds in Turkey, März 2005, Vol. 17, No.2 (D). URL: <http://hrw.org/german/docs/2005/03/07/turkey10314.htm> (01.11.2005).

Human Rights Watch (2005b): „Still Critical“. Prospects in 2005 for Internally Displaced Kurds in Turkey, März 2005, Vol. 17, No.2 (D). URL: <http://www.hrw.org/reports/2005/turkey0305> (01.11.2005).

Kasapoglu, K. Ercin (1999): Lasst uns GAP nicht zum Erdbeben bringen. Milliyet, 09.10.1999.

- Kudat, Ayse (2000): Ilisu Dam`s Resettlement Action Plan (RAP). Achieving International Best Practice, August 7, 2000, Istanbul; unpublished.
- Kurdish Human Rights Project (1999): The Ilisu Dam: A Human Rights Disaster in the Making, November 1999, URL: www.khrp.org/publish/p1999/IlisuReport.htm (15.10.2005).
- Kurdish Human Rights Project et al. (2001): `If the river were a pen ...`, The Ilisu Dam, the World Commission on Dams and Export Credit Reform, KHRP, London.
- Luyken, Reiner (2000): Dem Strom geopfert. Der neue türkische Stausee am Euphrat hat die römische Stadt Zeugma unter seinen Fluten begraben, in: Die Zeit vom 26.10.2000. URL: http://zeus.zeit.de/text/2000/42/200042_zeugma.xml (4.11.2005)
- McCully, Patrick (1996): Silenced Rivers, The Ecology and Politics of Large Dams, London: Zed Books.
- McDowell, David (ohne Datum): Ilisu: the economic and political context, URL: <http://www.ilisu.org.uk/david.html>. (30.10.2005).
- McDowell, David (2004): A modern history of the Kurds, (revised edition).
- Memorandum from the Kurdish Human Rights Project (ohne Datum): URL: <http://www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/cm199900/cmselect/cmintdev/73/73ap05.htm> (30.10.2005).
- Morvaridi, Behrooz (2002): "Contentious Development Issues and Transnational Networks, The Denouement of the Ilisu Dam ?" *Bradford Centre for International Development, University of Bradford*. Presented at the conference "Towards a New Political Economy of Development: Globalisation and Governance," University of Sheffield- July 4th-6th, 2002. URL: <http://www.shef.ac.uk/~perc/dev/papers/morvaridi.pdf>+Morvaridi,+Behrooz+The+Denouement+of+the+Ilisu+Dam+&hl=de (28.10.2005).
- ORF (2005): Radiokolleg. Türkische Spannungsfelder, 28.9.2005.
- O.V. (2005): „Kreise: Siemens hat bei VA-Tech-Hydro-Verkauf Allianz als 'Sicherheitsnetz'“, sueddeutsche.de, 4.11.05. URL: http://finanzen.sueddeutsche.de/nws.php?nws_id=1000452447&cmp_id=&ntp_id=362,383,385. (5.11.05).
- Philip Williams & Associates (PWA) (2001): A Review of the Hydrologic and Geomorphic Impacts of the Proposed Ilisu Dam.
- Ronayne, Maggie (2002): The Ilisu Dam. Displacement of Communities and Destruction of Culture. Published by Kurdish Human Rights Project.
- Ronayne, Maggie (2005a): The Cultural and Environmental Impact of Large Dams in Southeast Turkey: Fact-Finding Mission Report, National University of Ireland, Galway and Kurdish Human

- Rights Project. URL: <http://www.khrp.org/publish/p2005/05A.htm>. (28.11.2005).
- Ronayne, Maggie (2005b): „Wir wollen den Damm nicht, niemand will ihn...“. Kurdistan Report Nr. 120, Juli 2005. URL: http://www.nadir.org/nadir/periodKastena/kurdistan_report/2005/120/13.htm (05.11.2005).
- Scudder, Thayer (2005): *The Future of Large Dams: Dealing with social, environmental, institutional and political costs*. London.
- Stern, Selma (2004): *International project finance: the Ilisu Dam Projekt in 2004 and the development of common guidelines and standards for Export Credit Agencies*, in: *Journal of Structured and Project Finance*, No. 1, Vol. 10., S. 46.
- The Corner House, Environmental Defense, FERN, Friends of the Earth-Japan, the Halifax Initiative, International Rivers Network, Probe International, and the World Development Movement (2005): *A Trojan Horse for Large Dams. How credit agencies are offering new subsidies for destructive projects under the guise of environmental protection*. URL: <http://www.thecornerhouse.org.uk/item.shtml?x=369029>. (05.11.2005).
- The Export Credits Guarantee Department (ECGD) (1999): *Stakeholders' Attitudes to Involuntary Resettlement in the Context of the Ilisu Dam Project*.
- Thiede, Agis/Amed Omeri (Hg) (2001): *Die Zerstörung Kurdistans. Das Südostanatolienprojekt (GAP), Hasankeyf und die Vertreibung der Kurden*. Berlin: Kurdistan AG FU Berlin.
- Turkish Embassy, Altinbilek, Dogan (2000): *"The Ilisu Dam Project"*, in: *Water and Development in Southeastern Anatolia: Essay on the Ilisu Dam and FAP*, London.
- Ucar, C. (2000): „Skanska withdraws from the Ilisu project, saying it will harm both the people and the environment“, in: *Kurdish Observer* vom 30.9.2000.
- UNESCO (o. Datum): *Türkei. Weltkulturerbe*. URL: <http://whc.unesco.org/en/statesparties/tr>.
- Weltstaudammkommission (2000): *Staudämme und Entwicklung: ein neuer Rahmen zur Entscheidungsfindung. Bericht der Weltkommission für Staudämme. Ein Überblick*. URL: www.dams.org/report/wcd_uberblick.htm. (07.11.2005).